

Genehmigung am 25.04.2024 (genehmigt)

Protokoll 06

Stadtratssitzung
Donnerstag, 14.03.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	2
2023.SR.0112.....	3
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2024.SR.0034.....	4
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 1 vom 11.01.2024, 2 vom 18.01.2024, 3 vom 01.02.2024)	
2014.PRD.000136.....	4
3 Provisorium im Gaswerkareal während den Sanierungen der Volksschulen Kirchenfeld und Sulgenbach; Projektierungskredit und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)	
2020.PRD.000043.....	16
4 Überbauungsordnung Wylerringstrasse 34, 36, 46 und 48 (Wifag-Areal) (Abstimmungsbotschaft)	
2015.BSS.000071	34
5 Strategische Schulraumplanung für die Volksschulen der Stadt Bern	
Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.	37
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.55 Uhr.....	38
2015.BSS.000071	39
5 Strategische Schulraumplanung für die Volksschulen der Stadt Bern	
2019.BSS.000060	43
6 Betreuungsgutscheine: Zusatzleistungen der Stadt: Reglement vom 11. Juni 2020 über die familienergänzende Betreuung von Kindern (Betreuungsreglement; FEBR; SSSB 862.31); Teilrevision; 1. Lesung	
2014.PRD.000100.....	55
10 Öffentliche Infrastruktur Raum ESP Ausserholligen: Rahmenkredit (Abstimmungsbotschaft)	
2014.BSS.000068	65
7 Mahlzeitenstrategie der Stadt Bern: «Vielfalt+»	
Verschoben und eingereicht.....	78
Schluss der Sitzung: 22.53 Uhr.	81

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Claude Grosjean	Matteo Micieli
Janina Aeberhard	Lukas Gutzwiller	Szabolcs Mihalyi
Timur Akçasayar	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Bernhard Hess	Niklaus Mürner
Lena Allenspach	Michael Hoekstra	Barbara Nyffeler
Emanuel Amrein	Thomas Hofstetter	Mehmet Özdemir
Ursina Anderegg	Matthias Humbel	Florence Pärli Schmid
Mirjam Arn	Seraphine Iseli	Halua Pinto de Magalhães
Oliver Berger	Ueli Jaisli	Simone Richner
Tom Berger	Bettina Jans-Troxler	Claudio Righetti
Laura Binz	Anna Jegher	Mirjam Roder
Gabriela Blatter	Raffael Joggi	Sarah Rubin
David Böhner	Nora Joos	Michael Ruefer
Michael Burkard	Barbara Keller	Mahir Sancar
Francesca Chukwunyere	Ingrid Kissling-Näf	Judith Schenk
Milena Daphinoff	Fuat Köçer	Nicole Silvestri
Sibyl Eigenmann	Nora Krummen	Chandru Somasundaram
Nik Eugster	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Alexander Feuz	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Jelena Filipovic	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Sofia Fisch	Simone Machado	Lukas Wegmüller
Katharina Gallizzi	Salome Mathys	Janosch Weyermann
Lionel Gaudy	Esther Meier	Marcel Wüthrich
Thomas Glauser	Daniel Michel	Paula Zysset
Muriel Graf		

Stadtrat entschuldigt

Ruth Altmann	Franziska Geiser	Irina Straubhaar
Lea Bill	Dominic Nellen	Michael Sutter

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Geschätzte Kolleg*innen, liebe Medienschaffende, liebe Gäste, willkommen auf der Tribüne, ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen Stadtratssitzung. Ich bitte alle, sich zu setzen und leiser zu werden, sonst höre ich meine eigene Stimme nicht. Danke vielmals. Ich gebe die Entschuldigungen bekannt. Für beide Sitzungen entschuldigt sind Michael Sutter von der SP, Ruth Altmann, parteilos, Dominic Nellen von der SP, Lea Bill vom Grünen Bündnis, für die erste Sitzung Franziska Geiser vom GB, für die zweite Sitzung Bernadette Häfliger von der SP. Ein bisschen später kommen Chandru Somasundaram von der SP und Mehmet Özdemir von der SP, falls sie noch nicht da sind. Rücktritte haben wir heute keine und deshalb auch keine neuen Eintritte. Geburtstage haben wir auch keine. Morgen hat Bernadette Häfliger Geburtstag, ich gratuliere jetzt noch nicht, aber ihr könnt morgen gerne daran denken. Dann kommen wir schon zu den Mitteilungen. Letztes Mal gab es eine Spendenaktion, bei der einige von uns einen Teil der Sitzungsgelder gespendet haben, und zwar für "Medico international". Es sind 5140 Franken zusammengekommen, also ein sehr grosser Betrag. Merci vielmals allen, die sich daran beteiligt haben.

Dann wie immer: Denkt bitte daran zu badgen und erspart dem Ratssekretariat so zusätzliche Arbeit. Das Einreichen von Vorstössen erfolgt wie immer bei Tom Berger – bis um 21 Uhr die dringlichen und bis um 21.30 Uhr die übrigen Vorstösse.

Dann starten wir mit einem Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis. Die SVP hat einen Antrag eingereicht. Ihr findet diesen auf der Antragsliste. Es geht um einen Vorfall auf dem Vorplatz der Berner Reitschule. Wenn die Mehrheit dafürstimmt, gibt es eine Diskussion. Wenn nicht, fahren wir mit der Traktandenliste weiter. Wir stimmen über den Antrag ab.

Antrag

Antrag SVP auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR)

Ein Mann ist am Samstagnachmittag schwerverletzt auf dem Vorplatz der Berner Reithalle aufgefunden worden. Zuvor war es dort mutmasslich zu einem Streit gekommen. Vgl. dazu <https://www.bernerzeitung.ch/reithalle-schwerverletzter-auf-vorplatz-gefunden-558237418591>

Braucht es noch weitere Tode auf dem Vorplatz, bis der Gemeinderat dort selber Überwachungskameras aufstellt oder er seinen politischen und rechtlichen Kampf gegen die Änderungen des kantonalen Polizeigesetzes aufgibt?

Abstimmung Nr. 001

2023.SR.0112: Antrag auf Diskussion	
Ablehnung	
Ja	13
Nein	32
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr lehnt den Antrag auf Diskussion aus aktuellem Anlass ab.

2024.SR.0034

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 1 vom 11.01.2024, 2 vom 18.01.2024, 3 vom 01.02.2024)

Präsidentin: Dann kommen wir direkt zu Traktandum 2. Das ist die Genehmigung der Protokolle vom 11. Januar, 18. Januar und 1. Februar 2024. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen, darum die Frage: Sind die Protokolle bestritten? – Das ist nicht der Fall. Dann sind sie somit genehmigt, und ich danke den Verfasserinnen ganz herzlich für diese Protokolle.

2014.PRD.000136

3 Provisorium im Gaswerkareal während den Sanierungen der Volksschulen Kirchenfeld und Sulgenbach; Projektierungskredit und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 3. Das ist das Provisorium im Gaswerkareal. Es geht um den Projektierungskredit, um den Baukredit sowie um die Abstimmungsbotschaft. Ich erteile der Kommission das Wort, und zwar spricht für die PVS Nicole Silvestri. Sie müsste sich noch kurz anmelden, damit ich das Mikrofon freigeben kann.

Nicole Silvestri (SP) für die PVS: Während der Zeit der Sanierung der Volksschulen Kirchenfeld und Sulgenbach soll für die Schulkinder ein Provisorium errichtet werden. Dafür möchte man die noch unbebaute Fläche beim Gaswerkareal nutzen. Die Modulbauten werden in den Jahren 2025 bis 2028 von 12 Klassen von der 1. bis zu der 6. Primarklasse der Volksschule Kirchenfeld und in den Jahren 2028 bis 2031 von 9 Klassen aus der Volksschule Sulgenbach genutzt. Die geplanten Sanierungen und Erweiterungen des Schulhauses Kirchenfeld sind dringend. Der Wettbewerb liegt 12 Jahre zurück und der Baukredit ist bereits 2016 von der Stimmbevölkerung bewilligt worden. Die Zonenplanänderung hat jedoch zu Beschwerden geführt, die bis ans Bundesgericht weitergezogen wurden, was das Baubewilligungsverfahren stark verzögert hat. Jetzt ist die Baubewilligung da und man kann mit der Sanierung und der Erweiterung beginnen. Geplant sind 2 dreigeschossige Holzmodulbauten für den Schulunterricht, eine Traglufthalle als Turnraum-Provisorium und Sportgarderoben im Holzelementbau. Der Aussenraum der Schulanlage wird einen multifunktionalen Hartplatz und einen Grünbereich mit Spielmöglichkeiten umfassen. Um den Zugang zu erleichtern, wird ein provisorischer Treppenabgang von der Monbijoubrücke gebaut. Das Provisorium soll so einfach wie möglich, kinderfreundlich und naturnah gestaltet werden. Nach 6 bis 8 Jahren werden die Provisorien demontiert. Anschliessend erfolgt die Realisierung des definitiven Gaswerkareal-Bauprojekts. Die Stadt hat gute Erfahrungen mit dem Modulbau gemacht. Der Vorteil ist, dass die Bauten rasch realisierbar sind. Sie sind demontierbar und können zu verhältnismässigen Kosten an einem anderen Standort wiederverwendet werden. Neben dem Modulbau ist eine Traglufturnhalle geplant. Die Stadt Bern hat bereits eine. Diese wird aber während der Sanierung des Schulhauses Schwabgut jetzt bereits zum dritten Mal genutzt und darum braucht es eine neue. Diese kann man nach dem Abbau wieder an einem anderen Ort zum Einsatz bringen oder einlagern. In der Kommission haben wir auch noch über die Kosten gesprochen. Es ist ein hoher Betrag, über den wir heute abstimmen, aber die Kommission überzeugt das Argument, dass diese Elemente wieder verkauft und weiterhin genutzt werden können. Dass die

Sanierung nötig und dringend ist und dass für die Kinder eine Lösung gefunden werden muss, stand ausser Frage.

Dann noch zum Schulweg: Geplant ist, dass Kirchenfeld-Kinder, die zu Fuss zur Schule kommen, auf der linken Brückenseite gehen und dann das Treppenprovisorium nutzen, das gebaut wird, und die Kinder, die mit dem Velo kommen, den Schönausteg nutzen. Weil das Treppenprovisorium voraussichtlich auch von der breiten Öffentlichkeit genutzt wird, wurde noch ein Prüfauftrag für einen Zebrastreifen auf der Brücke besprochen. Damit könnte die Schulwegsicherheit für die Kinder, aber auch die Sicherheit im Strassenraum für alle Menschen gefördert werden. Die Kommission empfiehlt uns das Projekt und den Prüfantrag einstimmig zur Annahme.

Präsidentin: Vielen Dank, Nicole. Dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Alex Feuz hat das Wort für die SVP. Einen Moment, Alex. Das System braucht gerade noch ein bisschen Zeit.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Vorab muss ich euch meine Interessenbindungen offenlegen. Ihr wisst, ich habe eine Tochter, die ins Primarschulhaus Kirchenfeld geht. Ich selbst bin auch im Kirchenfeld-Schulhaus zur Schule gegangen. Darum lege ich euch das offen. Ich war nie Beschwerdeführer oder Einsprecher, aber es ist doch ein Bauvorhaben, das das Quartier betrifft, insbesondere hat auch das Provisorium Auswirkungen. Ich hatte im Vorfeld des heutigen Tages mit verschiedenen Leuten Kontakt und habe dementsprechend auch Anträge eingereicht, aber auch meine Anträge modifiziert. Vielleicht etwas, was wichtig ist: Ihr kennt meine Auffassung. Das bestehende Schulhaus zu renovieren, hätte ursprünglich 28 Mio. Franken gekostet. Man hat nachher gesagt, man müsse unterirdische Anbauten machen, man müsse es vergrößern. Jetzt kostet es 48 Mio. Franken. Wir haben eine Verzögerung von jetzt 7 oder 8 Jahren. Es liegt immer noch kein rechtskräftiger Entscheid des Bundesgerichts vor. Ich bin immer der Meinung – das ist eigentlich auch unser Antrag gewesen –, dass man angesichts der schlechten Finanzlage prüfen sollte, ob man beim Gaswerkareal nicht oben das Primarschulhaus eigentlich so sanieren sollte, wie es ursprünglich geplant war, ohne umstrittene Anbauten und unterirdische Bauten. Ich bin der Meinung, die Finanzlage, die wir haben, würde das eigentlich rechtfertigen und wir hätten unten, wenn wir das Gaswerkareal-Provisorium erstellen, denn auch das nötige Reserve-Schulhaus. Und der Antrag 5 von uns geht ein bisschen weniger weit. Darin verlangen wir, dass man das zumindest prüfen soll. Und jetzt werdet ihr überrascht sein. Jetzt komme ich zu den Anträgen der Fraktion GB/JA! Ihr werdet überrascht sein, dass ich diese mit Nachdruck unterstützen werde.

Ich bin selber nicht direkt betroffen, aber für mich ist ganz klar: Wenn ihr ein Jugendzentrum betreibt – ihr wisst, dass ich das schon gesagt habe, als es um das Gebäude dort beim Progr, bei der Polizei, bei der Predigerasse ging, das geht nicht gut –, dann schafft ihr unweigerlich Probleme, wenn ihr dem Antrag GB/JA! nicht zustimmt.

Ich kenne die Anwohner, ich habe mit ihnen Kontakt. Sie haben immer gesagt: Gaswerkareal, das geht. Natürlich hätten sie gerne Ruhe, aber sie haben sich arrangiert. Es geht bestens, aber wenn man dann eben dem Antrag nicht entspricht und diese Lärmkonzepte nicht anschaut und die Wege offenhält, dann haben wir unweigerlich ein Problem. Und das ist auch der Grund, wieso ich die Anträge, die ich zuerst eingereicht habe, auch geändert habe. Bezüglich der Brücke, die ich nach wie vor für die kleinen Knöpfe als sinnvoll erachte, ist für mich natürlich auch klar, dass die zu Nachtzeiten zu und abgeschlossen sein muss, sonst schaffen wir dort unweigerlich Probleme, weil die

Leute dann auf dieser Brücke – ich finde auch, das ist lustig oder romantisch – vielleicht dort eine Party machen zu nachtschlafender Stunde. Aber so habt ihr unweigerlich Probleme. Und darum sind das für mich ganz entscheidende Sachen. Darum werdet ihr überrascht sein – und wir haben am Anfang gesagt, dass wir und zumindest die Mehrheit der Fraktion dem Antrag GB/JA! so wie er hier steht, zustimmen. Denn sonst habt ihr unweigerlich Probleme mit den Anwohnern. Und wenn ihr das habt, dann gibt es Einsprachen gegen das Gaswerkareal-Provisorium und dann haben wir wieder 6 oder 7 Jahre Stillstand, weil eben die Stadt, ich habe das immer gesagt, falsch geplant hat und das eben falsch aufgeleitet hat.

Ich komme zu den anderen Anträgen. Dann habt ihr Antrag 7 gesehen mit der verschiebbaren provisorischen Behelfsbrücke. Hier möchte ich einfach sagen. Das kann man machen. Das Militär hat solche Möglichkeiten. Ich bin selber im Militär gewesen. Als Artillerieoffizier war ich sogar einmal den Genietruppen zugeteilt. Und ich weiss, dass es das Material gibt. Es ist schon wichtig, dass man die allenfalls verschiebt. Aber wir wissen, dass es andere Gruppen gibt, die längere Zeit an gewissen Orten sein können. Da bin ich der Meinung, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Beim Antrag 8 geht es uns um die Sicherheit. Mir geht es hier darum, dass wir eine klare räumliche Abtrennung haben auf der Monbijou-Brücke. Wenn ihr da dann schnelle E-Bikes habt mit 45 Stundenkilometern und Kinder, die sich auf dem Schulweg necken, schafft ihr Gefahren. Das ist sicher nicht gut.

Ebenfalls wichtig ist für mich Antrag 9, der fordert, dass man bei der Sandrainstrasse und an den anderen Orten die Schulwegsicherheit für die Kleinen sicherstellt. Und auch Antrag 10: Denkt an Kinder mit Mobilitätseinschränkungen. Es kann sein, dass eines sich beim Skifahren oder beim Sport das Bein bricht oder verstaucht. Daran muss man denken. Und wir wissen, es gibt ja im Gaswerkareal auch andere Gruppen. Man muss hier an die nötige Sicherheit denken, damit wir hier nicht Probleme bekommen. Auch dem Antrag der PVS kann ich zustimmen. Auf beiden Seiten gibt es Liftanlagen im Brückenpfeiler. Meine Tochter geht dort ins Ballett. Sie hat mehr übrig für Sport als ich. Also es ist nun so: Beim einen Brückenpfeiler könnt ihr nicht hinauf-, sondern nur runterfahren. Das spielt natürlich nachher eine gewisse Rolle wegen des Fussgängerstreifens. Deshalb bin ich einverstanden, das zu prüfen, wie es formuliert ist. Einfach damit ihr seht, dass man etwas machen muss. Über den Standort bin ich mässig glücklich. Für mich ist entscheidend und da danke ich wirklich dem Grünen Bündnis und den Vertretern des Gaskessels, des Gaswerkareals dafür. Die Probleme mit dem Lärm sind effektiv ein Problem und darum braucht es zur Sicherheit die Anträge. Denkt daran. Stimmt denen zu, denn sonst werdet ihr unweigerlich Lärmeinsprachen haben; insbesondere, wenn wir Vorstösse haben, die darauf abzielen, auf dem Sportareal in der ganzen Nacht Tennis zu spielen. Dann habt ihr unweigerlich ein Problem. Deshalb empfehle ich euch nachdrücklich, diesen zuzustimmen. Die SVP wird es grossmehrheitlich machen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci vielmals, Alex. Dann hat Nora Joos von der GB/JA!-Fraktion das Wort.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion stimmt dem Kredit von 23 Mio. Franken für das Schulhausprovisorium auf dem Gaswerkareal zu. Wir begrüssen, dass ein Standort gefunden wurde, wo die Schüler*innen während der Sanierung Kirchenfeld und Sulgenau in die Schule gehen können. Weniger erfreulich ist die Vorgeschichte

und die Beschwerden rund um die Sanierung Kirchenfeld. Mit dem ursprünglichen Vorhaben wären fast keine Provisorien nötig gewesen und es wäre kostengünstiger gewesen als der jetzt vorliegende Modulbau.

Obwohl es vom Aufwand her nicht der Idealfall ist, steht die GB/JA!-Fraktion klar hinter diesem Provisorium. Uns freut es, dass das Prinzip der Wiederverwendbarkeit der Elemente und Materialien im Zentrum des Projekts steht. Zudem begrüßen wir die neue Treppe bei der Monbijoubücke. Sie wird wahrscheinlich nicht nur von den Schulkindern rege genutzt werden, sondern von der breiten Öffentlichkeit. Entsprechend macht es Sinn, sie mit einem Fussgängerstreifen zu verbinden. Dem Antrag der PVS stimmen wir deshalb zu.

Der Verein Gaskessel, der heute zum Teil auch da ist, steht dem Schulhausprovisorium allgemein positiv gegenüber. Sie begrüßen eine Volksschule als neue Nachbarin ausdrücklich, da sich die Nutzungszeiten einer Schule und eines Jugend- und Kulturzentrums gut ergänzen. Für den Verein sind Synergien bei der Nutzung von Innen- und Aussenräumen gut denkbar. Weniger erfreut sind sie vom Absatz im Stadtratsvortrag, der festhält, dass während des Schulhausprovisoriums neue Wegverbindungen durch das Gaswerkareal getestet werden sollen. Das ist laut der Kessel-Co-Leitung nicht mit ihnen im Voraus abgesprochen worden, und die städtische Projektleitung meint dem Verein gegenüber auch, die Wegverbindungen seien für den Betrieb des Schulhausprovisoriums nicht notwendig.

Der Verein Gaskessel hat grosse Bedenken bezüglich der neuen Wegverbindungen, da durch die Öffnung des Areals die Gefahr für Sekundarlärmbeschwerden zunimmt. Das gilt es aus Sicht von GB/JA! unbedingt zu vermeiden. Das Kultur- und Jugendzentrum Gaskessel ist ein wichtiger Begegnungsort für junge Menschen. Sein Betrieb darf auch zukünftig nicht durch Beschwerden erschwert werden und seine Befürchtungen müssen in die Planung des Wegnetzes einfließen. Diese Partizipation darf nicht nur auf dem Papier existieren. Vielmehr sollen die Anliegen des Gaskessels in die Planung einfließen. Partizipation soll so gelebt werden, dass Ängste und Befürchtungen wahrgenommen werden und nicht, dass beschlossene Wettbewerbsresultate die Entwicklung des Raums bestimmen, vielmehr sollen das die Nutzenden sein. Die GB/JA!-Fraktion beantragt darum mit den 2 Anträgen, dass die Verwaltung noch einmal mit dem Verein Gaskessel prüft, wie und wo neue Wege ohne potenzielle Lärmkonflikte umsetzbar sind. Es ist klar zusammen mit dem Verein Gaskessel zu regeln, welcher Weg wo verläuft, wie dieser zeitlich offen ist, und wer die Verantwortung bezüglich der Sicherheit und des Lärms hat. Merci, dass ihr den 2 Anträgen zustimmt, damit eine Schulhausnutzung und eine Gaskesselnutzung parallel gut funktionieren.

Präsidentin: Merci, Nora. Dann kommt Michael Ruefer von der GFL.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Die GFL-Fraktion stimmt dem Geschäft selbstverständlich zu. Es ist sehr wichtig und auch eine sehr gute Lösung für die kommenden Jahre, dass man die beiden Provisorien eins nach dem anderen führen und die Schulhaussanierungen so auf den Weg bringen kann. Ich sage kurz etwas zur Positionierung punkto Anträge. Wir nehmen Antrag 1 PVS zur Treppe respektive zum Zebrastrreifen auf der Monbijoubücke an.

Nachher die beiden Anträge GB/JA!: Da muss ich jetzt ehrlich gesagt offen ins Mikrofon sagen: Ich fühle mich gerade sehr unter Druck gesetzt in dem Augenblick, einerseits wenn ich hier hinaufschau zu dieser Kulisse, und nachher auch, wenn ich da ein bisschen nach hinten schau. Darum: Ja, wir haben auch kein Rezept, keine Patentlösung.

Aber wir möchten uns sicher dafür einsetzen, dass die Diskussion über die Wege, den Zugang zur Schule und auch die ganze Nachtlärmdiskussion, die wegen der Nachtschwärmer*innen entsteht, noch einmal sorgfältig geführt wird. Ich glaube wirklich, die Botschaft ist angekommen. Wir wollen sicher verhindern, dass man sich wegen einer schlechten Absprache im Zusammenhang mit dem Schulhausprovisorium plötzlich Beschwerden einhandelt. Das ist sicher nicht im Sinn der Sache und dieses Schulhausprovisoriums. Das möchte ich festgehalten haben. Wir haben trotzdem in letzter Minute beschlossen, dass wir noch einen Gegenantrag zu diesen beiden GB/JA!-Anträgen 2 und 3 einreichen. Ihr habt ihn per Mail bekommen. Ich sage ihn euch noch kurz im Wortlaut: "Der Gemeinderat wird beauftragt, die Arealöffnung im Rahmen des Schulhausprovisoriums als Test auszugestalten und regelmässig Rückmeldungen der Schulleitung, des Quartiers und des Vereins Gaskessel einzuholen. Die Rückmeldungen gilt es abzuwägen, den Testbetrieb bei Bedarf anzupassen und die Erkenntnisse in die weiteren Planungen einfließen zu lassen." Das heisst also, wir möchten diesen noch ein bisschen breiter fassen, insbesondere auch, indem die Schulleitung und das Quartier einbezogen werden.

Die weiteren Anträge der SVP: Auf die Polemik zum Kirchenfeldschulhaus lassen wir uns nicht ein. Die lehnen wir alle ab. Und ich möchte auch noch einmal an dieser Stelle kurz betonen. Die Wegediskussion ist natürlich für einige sehr relevant, aber es geht doch hier insgesamt zuerst mal um ein Schulhausprovisorium und noch nicht um die Zukunft des Gaswerkareals. Das möchte ich schon noch einmal betont haben. Und ich lade auch die verschiedenen Akteure, die jetzt hier im Ratssaal sind, dazu ein, zu einem konstruktiven Dialog beizutragen und vor allem dazu beizutragen, dass das Gaswerkareal dann auch einmal erfolgreich realisiert werden kann. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Michael. Als nächster kommt Thomas Hofstetter von der FDP/JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: FDP-Jungfreisinn stimmt dieser Vorlage zu. Wir finden das Provisorium zwar sehr teuer, aber notwendig, und möchten der Verwaltung für ihre Kreativität bei der Lösungsfindung gratulieren, weil der Spielraum für ein Schulprovisorium nicht sehr gross war. Für unsere Fraktion sind Investitionen in die Bildung sehr wichtig. Bildung ist praktisch unsere einzige Ressource und muss deshalb gefördert werden. Zu allen Anträgen haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Auch für uns ist die Sicherheit der Schüler*innen sehr wichtig. Die Verwaltung hat anlässlich der Präsentation in der PVS glaubwürdig erklärt, dass auf die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler grossen Wert gelegt wird. Auf der anderen Seite sind gewisse Anträge aber nicht unsympathisch. Auch bezüglich der Diskussion mit dem Gaskessel über die Wegverbindung hat uns die Verwaltung erklärt, dass dies sorgfältig durchgeführt worden ist. Auf der anderen Seite hat es in unserer Fraktion aber auch Stimmen, die in diesem Bereich noch eine Verbesserung sehen. Deshalb Stimmfreigabe.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann kommt Nicole Silvestri für die SP-JUSO.

Nicole Silvestri (SP) für die Fraktion: Ich mache es relativ kurz. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt natürlich das Projekt. Wir finden es ein gutes Projekt. Es ist für die Stadt absolut zentral, dass genügend Schulraum zur Verfügung steht. Und die Elementbauten haben sich bewährt. Die Sanierung der Volksschule Kirchenfeld ist dringend. Es ist

mehrfach gesagt worden und wir finden es sinnvoll, dass diese Brache jetzt quasi zwischengenutzt wird. Die Elemente und die Turnhalle sehen wir als Investition und gehen davon aus, dass man die auch in Zukunft gut brauchen kann und dass sie eingesetzt werden können. Zu den Anträgen: Dem Prüfungsantrag für den Zebrastreifen stimmen wir ebenfalls zu.

Uns ist es ein sehr grosses Anliegen, dass es eine funktionierende Zusammenarbeit und Absprache gibt mit der Nachbarschaft. Wir möchten, dass gute Lösungen entwickelt werden können und dass die Nachbarschaft einbezogen wird – der Gaskessel, aber auch das Quartier und die Schulleitung. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, die zukünftigen Wegverbindungen, über die jetzt schon viel diskutiert wurde, zu testen, um am Schluss eine Lösung zu haben, die für alle funktioniert. Genau so fordert es auch der GFL-Antrag und deshalb werden wir diesen auch annehmen. Bei den GB/JA!-Anträgen sind wir uns nicht einig geworden und haben schlussendlich Stimmfreigabe beschlossen.

Präsidentin: Danke, Nicole. Wenn es keine Fraktionserklärungen mehr gibt, sind wir bei den Einzelvoten. – Es gibt keine Einzelvoten. – Der Gemeinderat hat das Wort. Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Herzlichen Dank für die Debatte. Herzlichen Dank auch für die gute Aufnahme des Projektes. Das ist nicht selbstverständlich, das wissen wir. Es ist ein bisschen eine Notlösung. Über das Kirchenfeld-Schulhaus ist vor siebeneinhalb Jahren abgestimmt worden. Wir haben die definitive Baubewilligung nach 7 Jahren bekommen und natürlich ist die grosse Herausforderung, dass man nachher, wenn die Baubewilligung kommt, ein Schulraumprovisorium, Schulräume zur Verfügung stellen muss, damit die Kinder eben dann auch an einem anderen Ort in die Schule gehen können. Ich glaube, dass man im Gaswerkareal, wie ich das auch in der Kommission gesagt habe, einen wunderbaren Ort gefunden hat. Das ist natürlich ein Paradies für die Kinder, die das Privileg haben werden, dort in die Schule gehen zu können. Und ich glaube, mit dem Provisorium hat man einen guten Weg gefunden. "Weg gefunden" ist genau das richtige Stichwort. Man muss auch einen Schulweg finden. Und auch für den Schulweg hat man eine gute Lösung gefunden. Beim Schulweg vom Kirchenfeld, später dann auch von der Sulgenau, ist die Möglichkeit gegeben, dass man mitten auf der Monbijoubücke eine Treppe hinabsteigt und auf dem Gaswerkareal landet. Es ist klar, dass die Kinder von dort, wo die Treppe hinunterkommt, nachher auch zu ihrem Schulhaus gelangen müssen. Und was wir nicht wollen, ist, dass man die Kinder dort an die Aare geleitet werden und dass der Schulweg der Aare entlangführt. Was wir auch nicht wollen, ist, dass man die Kinder auf die Sandrainstrasse leitet und dass sie Sandrainstrasse entlang gehen müssen. Was wir natürlich wollen, ist, dass die Kinder direkt zu ihrem Schulhaus gehen können. Und das Areal dort ist im Moment eingezäunt. Und daher möchten wir natürlich den Zaun öffnen, damit die Kinder dort über das Areal zu ihrem Schulhaus gehen können.

Jetzt sagt der Gaskessel, aber wenn der Weg nachher offen ist, laufen dann je nachdem auch Nachtschwärmer hindurch und dann haben wir mit dem sorgfältigen Konzept zum Lärmschutz, das wir haben, nachher Probleme. Der Zaun besteht noch. Und wenn wir den Zaun öffnen, dann können wir natürlich diesen Zaun auch wieder schliessen. Es hat dort Tore und es ist kein Problem, nachts diesen Zaun zu schliessen. Und dann ist eigentlich das Problem eliminiert. Wir haben jetzt noch ein Jahr lang Zeit, das auszutesten und genau zu prüfen, wie man das machen will. Wir haben darum zu den Anträgen von GB/JA! betreffend die Wegführungen eine Alternative erarbeitet. Das ist der

Antrag GFL, der euch noch ausgeteilt wurde. Wir können leider in so kurzer Zeit nicht als Gemeinderat einen Antrag stellen, und darum habe ich ihn heute Nachmittag in die PVS-Kommission gegeben und die GFL gefragt, ob sie den Antrag einreichen würden. Das wäre der Antrag, der abgesprochen ist mit der Arealentwicklung. Der Antrag von GB/JA! ist mit der Arealentwicklung nicht abgesprochen. Deshalb wäre ich froh, wenn ihr den neu ausgeteilten Antrag, der diesen Bedenken Rechnung trägt, annehmen und den Antrag von GB/JA! ablehnen würdet. Sie sind auch wieder sehr, sehr kurzfristig gekommen, und ich bitte euch, solche Anträge jeweils in der Kommissionsdebatte einzubringen oder auch schon ein bisschen früher, damit man nicht so Last-minute-Übungen machen muss. Wir haben einen Antrag PVS für einen Fussgängerstreifen auf der Monbijoubücke. Das ist ein Prüfantrag, den wir selbstverständlich entgegennehmen. Ich glaube, es ist eine gute Idee, dass man anschaut, ob allenfalls ein Fussgängerstreifen in der Mitte der Monbijoubücke gewissen Kindern oder anderen Personen erleichtern würde, zu dieser Treppe zu gelangen. Vielleicht gibt es auch noch eine andere Lösung. Aber diese Lösungen werden wir sicher sorgfältig prüfen. Entsprechend danke ich euch für die sehr gute Aufnahme dieses Geschäfts auch schon in der Kommission. Ich danke euch auch, wenn ihr dem Geschäft zustimmt, und wir hoffen, dass es auch bei der Volksabstimmung ein positives Ergebnis gibt. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Und dann hat noch Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Über die Sanierung des Kirchenfeld-Schulhauses ist natürlich in den letzten Jahren sehr viel diskutiert, sehr viel auch gestritten worden, und ich bin wirklich froh, dass wir jetzt einen Schritt weiter sind, denn die Sanierung ist dringend notwendig für die Schulkinder, für die Lehrpersonen und für die Leute, die in der Tagesbetreuung arbeiten. Jene, die in der letzten Zeit im Kirchenfeld-Schulhaus waren, wissen, dass die Bausubstanz sehr, sehr schlecht ist. Ich möchte nur ein paar Beispiele erwähnen. Die Tagesbetreuung ist im Untergeschoss untergebracht, was eigentlich schon nicht ein optimaler Standort ist. Und sie hat natürlich nicht mehr genügend Platz, weil es immer mehr Kinder hat, die die Tagesbetreuung besuchen. Die Anzahl der Kinder hat sich von der ursprünglichen Raumbestellung, die wir im Jahr 2012 gemacht haben, mehr als verdoppelt. Und leider fehlen im Schulhaus jetzt auch Förder- und Gruppenräume und es gibt auch keine grossen Aufenthaltsräume und Arbeitsräume für die zunehmende Anzahl Lehrerinnen und Lehrer, die dort arbeiten, und für die Mittagsbetreuung. Deshalb muss ich der SVP, Alexander Feuz, sagen: Es geht eben nicht, wie ihr immer behauptet, dass wir das Schulhaus so, wie es ursprünglich geplant war, umsetzen können. Schon damals mussten wir Anpassungen machen, damit eben alle unsere Bedürfnisse, unser Bedarf, den wir haben, auch mit dem Gebäude abgedeckt werden kann.

Das Gebäude hat einen langen Weg hinter sich. Wir mussten jetzt eine Provisoriumslösung suchen, weil wir den Idealfall nicht umsetzen konnten. Wenn wir das Schulhaus termingerechtere hätten machen können, hätten wir nämlich die teuren Provisorien nicht gebraucht. Trotzdem finde ich, es lohnt sich jetzt, die 21,5 Mio. Franken auszugeben, denn die Provisorien werden wir für mehrere Jahre brauchen können, damit die Kinder während dieser provisorischen Zeit einen guten Schulraum haben. Und schön ist ja, dass die Provisorien bei den Lehrpersonen und bei den Kindern sehr, sehr beliebt sind, weil es sehr schöne, helle Räume sind, die man deshalb auch gut nutzen kann.

Mir ist natürlich auch der Schulweg sehr wichtig, weil ich finde, dass die Kinder einen weiten und einen anspruchsvollen Schulweg haben. Und darum bin ich sehr froh, dass

es eine Gruppe gibt, die das Projekt begleitet hat – die Schulwegsicherheit der Volksschule Kirchenfeld, in der Schulleitungen, Lehrpersonen, Elternrat und Fachpersonen zusammenarbeiten. Zu den Anträgen, die vorliegen, hat der Gemeinderat natürlich noch nicht Stellung nehmen können, weil wir die Vorlagen jeweils zuhause des Parlaments verabschiedet. Aber wie Alec von Graffenried vorhin ausgeführt hat, finde ich es auch sinnvoll, dass man prüft, ob es dort einen Zebrastreifen geben könnte, wo man direkt von der Treppe über die Strasse geht oder umgekehrt. Daher freue ich mich, wenn ihr dem doch recht hohen Kredit zustimmt, aber ich wäre sehr froh, wenn wir jetzt endlich, endlich, endlich nach dieser langen Wartezeit mit dem Schulhaus Kirchenfeld vorwärts machen könnten. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Franziska. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Zuerst stimmen wir über die Anträge ab. Ihr findet sie auf Seite 2 der Antragsliste. Ihr habt es gehört: Es ist ein Antrag der GFL eingegangen, der mündlich begründet worden ist. Wir stellen den Antrag nicht dem GB/JA!-Antrag gegenüber. Das heisst, wir werden am Schluss über diesen abstimmen. Und ich werde noch einmal sagen, worum es geht. Wir beginnen mit dem ersten Antrag der PVS über den Zebrastreifen.

Antrag

1 PVS

Es ist zu prüfen, ob auf der Monbijoubücke auf der Höhe des Treppenprovisoriums ein Zebrastreifen angebracht werden kann.

Abstimmung Nr. 002

2014.PRD.000136: Antrag 1

Annahme

Ja	68
Nein	1
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

Wir sind beim zweiten Antrag der GB/JA!-Fraktion über die neuen Wegverbindungen.

Antrag

2 GB/JA

Der Gemeinderat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Verein Gaskessel zu prüfen, ob in der Zeit des Schulhausprovisoriums neue Wegeverbindungen über das Gaswerkareal getestet werden sollen oder nicht. Falls ja, ist zu klären, ob diese Wegeverbindungen nur zeitlich beschränkt geöffnet werden sollen.

Eine allfällige Öffnung des Areals ist mit dem Verein Gaskessel abzusprechen und die zeitliche Wegenutzung sowie die Verantwortungen für die Öffnung und Schliessung der Wege über das Gaswerkareal sind zu vereinbaren.

Abstimmung Nr. 003

2014.PRD.000136: Antrag 2

Annahme

Ja	46
Nein	19

Enthalten	6
-----------	---

Präsidentin: Ihr nehmt den Antrag an. Wir stimmen ab über den Antrag 3 GB/JA! Lärmtechnische Anliegen.

Antrag

3 GB/JA

Lärmtechnische Anliegen sind im weiteren Prozess der Planung des Wegnetzes um und durch das Gaswerkareal unter Einbezug des Verein Gaskessel zu berücksichtigen. Falls nötig, wird auf lärmtechnisch bedenkliche Wegeverbindungen verzichtet.

Abstimmung Nr. 004

2014.PRD.000136: Antrag 3

Annahme

Ja	58
Nein	10
Enthalten	3

Präsidentin: Den Antrag nehmt ihr an. Jetzt kommen 2 Anträge von der SVP, die wir zuerst einander gegenüberstellen und nachher über den obsiegenden abstimmen. Wer Antrag 4 zustimmen will, drückt Grün. Wer Antrag 5 zustimmen will, drückt Rot. Wer sich enthält, drückt Weiss.

Anträge

4 SVP

Der Gemeinderat soll angesichts der schlechten Finanzlage und dem Bau des Provisoriums beim Gaswerkareal beim Kirchenfeldschulhaus auf die umstrittenen unterirdischen Anbauten verzichten.

5 SVP

Der Gemeinderat soll angesichts der schlechten Finanzlage und dem Bau des Provisoriums beim Gaswerkareal beim Kirchenfeldschulhaus überprüfen, ob auf die umstrittenen unterirdischen Anbauten verzichtet werden kann.

Abstimmung Nr. 005

2014.PRD.000136: Antrag 4 vs. Antrag 5

Antrag 5 obsiegt

Ja	11
Nein	34
Enthalten	27

Präsidentin: Antrag 5 hat mehr Stimmen als Antrag 4. Wir stimmen jetzt noch über den Antrag 5 ab.

Abstimmung Nr. 006

2014.PRD.000136: Antrag 5

Ablehnung

Ja	7
Nein	64
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr lehnt den Antrag von der SVP ab. Wir sind bei Antrag 6 Abgang von der Brücke zum Schulhaus.

Antrag

6 SVP

Es sei sicher zu stellen, dass der Abgang von der Brücke zum Schulhaus zeitgleich mit dem Bau des Provisoriums fertig wird.

Abstimmung Nr. 007

2014.PRD.000136: Antrag 6	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	63
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr lehnt den Antrag ab. Wir sind bei Antrag Nummer 7 Verschiebbare, provisorische militärische Behelfsbrücke.

Antrag

7 SVP

Es sei abzuklären, ob unten bei der Aare im Raume Kindergaren Dalmazi-Gaswerkareal eine verschiebbare provisorische militärische Behelfsbrücke nur während Schulzeiten (ca. 30 Min. vor Schulbeginn und ca. 30 Min. nach Schulschluss) erstellt werden kann.

Abstimmung Nr. 008

2014.PRD.000136: Antrag 7	
Ablehnung	
Ja	8
Nein	63
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 8: Räumliche Abtrennung gegen die Velospuren auf dem Trottoir.

Antrag

8 SVP

Es sei sicher zu stellen, dass für die Schüler der Weg über die Monbijoubrücke aber auch über die Sandrainstrasse die Verkehrssicherheit bestmöglich gewährleistet wird, dies erfordert eine räumliche Abtrennung zur Velofahrspuren auf dem Trottoir.

Abstimmung Nr. 009

2014.PRD.000136: Antrag 8	
---------------------------	--

Ablehnung

Ja	16
Nein	55
Enthalten	1

Präsidentin: Wir haben den Antrag abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 9 Verkehrswegsicherheit.

Antrag

9 SVP

Es sei die Verkehrswegsicherheit sicher zu stellen; insbesondere bei der Sandrainstrasse sei sicher zu stellen, dass die Kinder gefahrlos zu Schulzeiten die Strasse überqueren können.

Abstimmung Nr. 010

2014.PRD.000136: Antrag 9

Ablehnung

Ja	21
Nein	44
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt.

Wir sind bei Antrag Nummer 10 Kinder und Lehrpersonen mit Mobilitätseinschränkungen.

Antrag

10 SVP

Es sei sicher zu stellen, dass auch für Kinder- und Lehrpersonen mit Mobilitätseinschränkungen der Weg über die Monbijoubücke, aber auch über die Sandrainstrasse gefahrlos möglich ist.

Abstimmung Nr. 011

2014.PRD.000136: Antrag 10

Annahme

Ja	44
Nein	17
Enthalten	10

Präsidentin: Den Antrag habt ihr angenommen.

Wir sind bei Antrag Nummer 11 SVP zu der alternativen Wohngruppe.

Antrag

11 SVP

Es sei durch geeignete Massnahmen sicher zu stellen, dass die Kinder nicht von Angehörigen der im Gaswerkareal lebenden alternativen Wohngruppen belästigt werden.

Abstimmung Nr. 012

2014.PRD.000136: Antrag 11

Ablehnung

Ja	7
Nein	63
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Dann kommen wir noch zum GFL-Antrag. Ich sage noch einmal, worum es geht.

"Der Gemeinderat wird beauftragt, die Arealöffnung im Rahmen des Schulhausprovisoriums als Test auszugestalten und regelmässig Rückmeldungen der Schulleitung, des Quartiers und des Vereins Gaskessel einzuholen. Die Rückmeldungen gilt es abzuwägen, den Testbetrieb bei Bedarf anzupassen und die Erkenntnisse in die weitere Planung einfließen zu lassen." Wir stimmen ab über den GFL-Antrag.

Antrag

Gegenantrag GFL zu Antrag 2 und 3

Der Gemeinderat wird beauftragt die Arealöffnung im Rahmen des Schulhausprovisoriums als Test auszugestalten und regelmässig Rückmeldungen der Schulleitung, dem Quartier und dem Verein Gaskessel einzuholen.

Die Rückmeldungen gilt es abzuwägen, den Testbetrieb bei Bedarf anzupassen und die Erkenntnisse in der weiteren Planung einfließen zu lassen.

Abstimmung Nr. 013

2014.PRD.000136: Antrag GFL

Annahme

Ja	49
Nein	20
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr stimmt dem Antrag zu. Wir sind fertig mit den Anträgen.

Es gibt noch 3 weitere Abstimmungen; zuerst über den Projektierungskredit, dann über die Abstimmungsvorlage zuhanden der Stimmberechtigten und dann über die Abstimmungsbotschaft. Wir stimmen über den Projektierungskredit ab.

Abstimmung Nr. 014

2014.PRD.000136: Kredit

Annahme

Ja	70
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt diesem zugestimmt. Wir stimmen ab über die Abstimmungsvorlage zuhanden der Stimmberechtigten.

Abstimmung Nr. 015

2014.PRD.000136: Abstimmungsvorlage

Annahme

Ja	70
Nein	0
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt die Abstimmungsvorlage verabschiedet. Und jetzt stimmen wir ab über die Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung Nr. 016

2014.PRD.000136: Botschaft

Annahme

Ja	68
Nein	0
Enthalten	2

Präsidentin: Die Abstimmungsbotschaft ist genehmigt.

2020.PRD.000043

4 Überbauungsordnung Wylerringstrasse 34, 36, 46 und 48 (Wifag-Areal) (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Dann kommen wir jetzt zu Traktandum 4 Überbauungsordnung, Abstimmungsbotschaft: ich erteile der Kommission das Wort. Das Wort für die PVS hat Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die PVS: Es geht um die Entwicklung des Wifag-Areals, die Überbauungsordnung für die Wylerringstrasse 34, 36, 46 und 48. Es handelt sich dabei um eine vorteilhafte Überbauungsordnung. Sie ist hinsichtlich Wohnstadt und Stadtentwicklung sehr sozial und ökologisch. Zur Einbindung der Anwohnerschaft und der bestehenden Mieter: In diesem Planungsprozess wurden mehrere Partizipationsanlässe durchgeführt. Noch schnell ein bisschen etwas zur Geschichte: Die Winkler, Fallert & Cie., wie sie früher geheissen hat – erst seit 1971 heisst sie offiziell Wifag –, war von 1904 bis 2009 eine Maschinenfabrik mit Sitz in Bern und hat Rotationsmaschinen für den Zeitungsdruck hergestellt. 1912 hat die Wifag die Büros und Fabrikgebäude für rund 100 Angestellte auf dem Berner Wylerfeld bezogen. 1992, auf dem Höhepunkt, hat die Wifaggruppe weltweit 2'115 Mitarbeitende beschäftigt. Seit 2011 besteht Wifag nur noch als Service-Betrieb. Darum wurde das Grundstück an die Mali International AG verkauft. Die Mali AG gehört Katharina Liebherr. Sie kommt aus der Liebherrgruppe, die im Bereich Baumaschinen, Kühlen und Gefrieren, Aerospace-Hotels tätig ist. Die Mali AG ist Besitzerin des Wifag-Areals, aber ohne die Liegenschaft der Leinenweberei, und möchte das Wifag-Areal jetzt entwickeln. Und darum diskutieren wir jetzt über die Überbauungsordnung. Ich komme zu den Meilensteinen der Planung: 2018 hat es eine Planungsvereinbarung gegeben, nachher 2018 und 2019 eine Testplanung. Daraus ist 2020 das Richtprojekt und eine Masterplanung entstanden. Von 2021 bis jetzt ist ein

Planerlassverfahren mit einer Überbauungsordnung erarbeitet worden. Parallel dazu findet der Projektwettbewerb statt, damit man, wenn es mit der Baubewilligung gutkommt, loslegen kann. Und diese möchte man 2025 einholen und auch 2025 möchte man mit der Realisierung des Areals anfangen. Was ist alles in die Überbauungsordnung eingeflossen? Bestandteil der Überbauungsordnung sind unter anderem ein Erläuterungsbericht, Lärmgutachten, Erschütterungsgutachten, Naturwerte und ein Mobilitätskonzept.

Die Überbauungsordnung entspricht allen städtischen Konzeptvorgaben und -regeln. Die Überbauungsordnung regelt 8 Hauptthemen, zu denen ich jetzt ein paar nicht abschliessende Erläuterungen geben werde: Nummer 1 – Art der Nutzung: Bisher gab es Industrie und Gewerbezone. Neu gibt es eine Mischnutzung mit Schwerpunkt Wohnen – mindestens 80% Wohnen und 20% Nichtwohnen, 1/3 sind preisgünstiger Wohnraum mit Kostenmiete – 4 belebende Plätze, die für das ganze Quartier gut zugänglich sind. Vorgeschrieben sind Arbeitsnutzungen, die überwiegend dem Quartier dienen, wie zum Beispiel Bäckerei, Coiffeur, Quartierrestaurants, Arztpraxen, Ateliers etc. Mindestens ein multifunktional nutzbarer Gemeinschaftsraum muss realisiert werden.

Thema Nummer 2 – Master-Nutzung: Keine Hochhäuser, alles muss kleiner als 30 Meter sein. Es gibt 8 Baubereiche. In diesem Baubereich wird das maximale oberirdische Gebäudevolumen und der höchste Punkt der Dachkonstruktion festgelegt. Hingegen sind die Volumenverteilungen und die Geschoszahl innerhalb der definierten Gebäudeumrisse frei. Thema Nummer 3 – Gestaltungsgrundsätze und Qualitätssicherung: für die Neubauten sind qualitätssichernde Verfahren vorgesehen. Zwischen den Bauetappen müssen die wesentlichen Gestaltungsmerkmale abgestimmt werden. Zur Wylerringstrasse und zum Wohnhof gibt es Rücksprünge mit Bezug zum Quartier. Entlang der Wylerringstrasse sind überhöhte Erdgeschosse festgeschrieben, damit sie flexibel und nutzbar sind. Zum Beispiel dienen sie als Gewerbefläche, Ateliers etc. Das Thema Nummer 4 – Aussenraumgestaltung und Biodiversität: Mit dem ersten Baugesuch gilt für alle Etappen eine verbindliche Umgebungsgestaltung. Die Versiegelung ist auf maximal 50% des Aussenraums begrenzt. Der wertvolle Baumbestand an der Wylerringstrasse wird erhalten. Es gibt Neupflanzungen von mittelgrosskronigen Bäumen im Innenhof. Dazu wird der bestehende Unterbau gezielt und aufwändig durchstanzt. Es gibt eine Mehrfachnutzung von Dachflächen und Fassadenbegrünung an geeigneten Fassaden. Ein nachhaltiges integrales Regenwassermanagement ist geplant mit vorgeschriebenen Retentionsvolumen auf den Dächern. Es wird eine grosse Spielfläche von mindestens 600 m² geben, die für das ganze Quartier zugänglich ist. Es sind mindestens 15% als naturnahe Lebensräume ausgestalten, vernetzt mit der Nachbarschaft. Innerhalb des Areals sind alle verlorenen, schützenswerten Lebensräume vollständig zu kompensieren. Die Nisthilfen für die Mauer- und Alpengegler und die Zwergfledermäuse müssen an den Fassaden verbindlich vorgeschrieben werden. Thema Nummer 5 – Erschliessung und Verkehr: Die Grundlage ist ein Mobilitätskonzept, das vom Grossen Rat am 7.6.2023 genehmigt wurde. Die Erschliessung für den motorisierten Individualverkehr ist ausschliesslich ab der Wylerringstrasse möglich. Es wird 5 Kurzzeitparkplätze oberirdisch entlang der Wylerringstrasse geben. Das Areal ist sonst autofrei – Beschränkung auf maximal 570 Fahrten durchschnittlichen Tagesverkehr ohne Anlieferung. Für diese Fahrten ist ein Controlling durchzuführen. Es gibt maximal 210 Abstellplätze für Motorfahrzeuge, zusätzliche Infrastruktur für Elektrofahrzeuge, ein Verbot für Fremdvermietungen von Parkplätzen an Dritte ausserhalb, in einer Fussdistanz von 650 Metern mindestens 1'400 Veloabstellplätze, die fahrend erreichbar sind. Zusätzlich gibt es noch einen Velo-Lift. Pro Zimmer gibt es mindestens einen Veloabstell-

platz, davon mindestens 20% ebenerdig und 50% überdacht. Thema Nummer 6 – Energie: Es gibt Anschluss vielleicht an die Fernwärme. Die gemeinsam gewichtete Energieeffizienz für das Gesamtareal muss den kantonalen Grenzwert von 20% unterschreiten. Das ist eine Herausforderung, weil es dort auch denkmalgeschützte Gebäude hat, die das nicht erreichen. Also muss man das bei den Neubauten überkompensieren – Solar- und auch Fotovoltaik auf die Dächer und wo möglich an Fassaden. Es ist ein Eisenergiespeicher geplant, die Minimierung der grauen Energie durch den Erhalt von bestehenden massiven Unterbauungen und einzelnen Gebäuden. Thema Nummer 7 – Lärm: Entlang den Bahngleisen, der Wylerringstrasse und bei der Leinenweberei gilt die Lärmempfindlichkeitsstufe 3 für Wohnbauten in der zweiten Baureihe und entlang der Wylerringstrasse gilt Lärmempfindlichkeit 2. Zum Schutz vor übermässigem Lärm gibt es eine Nutzungsbeschränkung und die Beschränkung von Fahrten und Warenumschlag. Thema Nummer 6 – Baudenkmäler: Das erhaltenswerte Baudenkmal Leinenweberei wird weitgehend erhalten und durch einen höheren Neubau am Wifaghof ergänzt. Dieser Teilrückbau und Neubau müssen zwingend durch ein qualitätssicherndes Verfahren nach SIA 142 durchgeführt werden. Noch ein paar Kennzahlen zum Projekt: Die Grundstückfläche beträgt 26'764 m². Es sind 360 Wohneinheiten geplant. Davon sind 269 Familienwohnungen, das heisst, grösser oder gleich 3 Zimmer. Es wird Platz geben für etwa 800 Bewohnende. Wir rechnen mit 190 Arbeitsplätzen und es gibt, wie schon gesagt unterirdische Autoabstellplätze, 210 Stück, und mindestens 1'400 Fahrradabstellplätze. Noch etwas zu der Planungsmehrwertabgabe: Der Erlass dieser Überbauungsordnung führt für den Arealteil der Mali AG zu einem Minderwert von insgesamt 15,12 Mio. Franken. Somit ist keine Mehrwertabgabe geschuldet. Auf dem Grundstück mit der denkmalgeschützten Leinenweberei sind aufgrund der Überbauungsordnung höherwertige Wohn- und Dienstleistungsnutzungen möglich. Der daraus resultierende Mehrwert beträgt 7,53 Mio. Franken. Davon sind 40%, also circa 3 Mio. Franken, bei einem Verkauf geschuldet. Wird der Kauf der Leinenweberei durch die Mali AG vollzogen, schuldet sie sind keine Mehrwertabgaben, weil sich durch die Verrechnung ein Minderwert ergibt. Ich komme zu den Anträgen aus der PVS-Kommission: Der Antrag 1 Erhöhung des Biodiversitätswirkungsbereichs von 15 auf 20% ist mit Stichtentscheid angenommen worden. Seitens des Gemeinderates wurde argumentiert, dass bei diesem stark verdichteten Gebiet eine Erhöhung nicht möglich sei. In der Zwischenzeit wurde aber nach weiteren Abklärungen bestätigt, dass es doch möglich ist.

PVS-Antrag Nummer 2: Reduktion der Parkplätze von 210 auf 182 ist in der PVS-Kommission mit 6 zu 4 angenommen worden. Die Argumente des Gemeinderates, dass die Anzahl der Parkplätze bereits sehr tief ist, dass diese bereits vorhanden sind und dass sie unterirdisch sind, hat nicht alle überzeugt, ebenso wenig das Argument, dass damit für die Investoren eine rote Linie überschritten wird. In der Zwischenzeit haben die Investoren verlauten lassen, dass sie eine Anzahl von 190 Parkplätzen als absolutes Minimum akzeptieren würde, also eine Reduktion um 20. Ohne mindestens 190 Parkplätze wäre die Finanzierung des Projekts, die grösstenteils über den Verkauf von Eigentumswohnung passiert, gefährdet, und die Grundeigentümerin würde höchstwahrscheinlich das Gebiet im Status Quo belassen und somit auf die Arealentwicklung verzichten.

Die GFL- und die SP-JUSO-Fraktion haben den Antrag auf die Beschränkung auf 190 Parkplätze eingereicht. Weiter gibt es noch einen PVS-Minderheitsantrag, der eine Beschränkung auf 152 Parkplätze und eine Reduktion der Fahrten verlangt. Der Antrag auf eine Fernwärmeanschlusspflicht ist von der PVS-Kommission aus rechtlichen Gründen abgelehnt worden. Mit der gleichen Begründung wegen des Verstosses gegen ak-

tuelles Recht ist der Antrag, den Anteil von preisgünstigen Wohnungen von einem Drittel auf 50% zu erhöhen, von der Kommission abgelehnt worden. Schlussendlich hat die PVS einstimmig diesem Geschäft zugestimmt. Danke.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann sind wir bei der Begründung der PVS-Minderheit.
– Ah, das hat er schon gemacht. Gut, dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen.
– Johannes Wartenweiler für die SP-JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Merci für die ausführliche Darstellung des Geschäfts. Ich möchte deswegen nicht allzu sehr auf Details eingehen, sondern an ein paar Sachen erinnern. Wir hatten bei der Wifag 2009 eine Schliessung. Dort sind mehrere Hundert Arbeitsplätze verlorengegangen und eine grossvolumige Halle, eine Produktionshalle und Büros haben leer gestanden und sind von der Mali International AG übernommen worden. Inzwischen sind die Hallen wieder voll. Es hat ein Gewerbe, es ist ein guter Gewerbestandort – und für die Mali International AG, wie wir gehört haben, auch die Rückfallebene, sollten wir uns hier nicht auf das Geschäft einigen können. Die Mali International AG wollte mehr als nur den Gewerbepark weiterzubetreiben. Und sie ist deswegen an die Stadt gelangt mit dem Wunsch, quasi das Quartier als Wohnraum zusammen mit der Stadt und zusammen mit dem Quartier zu entwickeln. Sie hat mit dem Quartier auch den Kontakt aufgenommen. Es gab Diskussionen mit den zuständigen Quartierorganisationen und die Reaktionen über die Planung sind weitgehend positiv ausgefallen. Was sagen wir jetzt als SP-JUSO-Fraktion dazu? Wir finden die Überbauungsordnung nötig, weil sie in der Planung in verschiedenen Punkten vom Baugesetz, von der Bauordnung abweicht. Aber wir finden diese Abweichungen gerechtfertigt. Ein dichtes Wohnquartier mit einer Zahl von 2,0 ist ein städtisches Quartier für Arbeit und Wohnen, mit vielen Menschen und viel Leben. Und das wollen wir auch. Auf dem gesamten Areal, zu dem die Leinenweberei ja auch gehört, werden etwa 360 Wohnungen entstehen. 1/3 davon sind in Kostenmiete gemäss Wohn-Initiative und ein weiteres Drittel sind Mietwohnungen. Insgesamt knapp Zweidrittel sollten 3 und mehr Zimmer aufweisen. Das ist eigentlich das Segment, das in der Stadt auch dringend nötig ist. Das letzte Drittel entfällt auf Eigentumswohnungen. Davon sehen wir die Notwendigkeit aber nicht wirklich ein, aber dazu haben wir auch nicht wirklich etwas zu sagen. Fakt ist: Am Schluss sollten 800 Menschen mit etwa 108 bis 180 Kindern dort wohnen. Die Zahlen variieren zwischen Schulamt und jenen im Vortrag. Wir haben uns auch kundig gemacht, ob es Schulprojekte gibt, die in der Umgebung geplant sind. Und es gibt im Moment etwa 4 bis 5 Projekte, womit die Stadt daran arbeitet, Schulraum zu schaffen. Wir brauchen dringend zusätzliche Wohnungen. Und als SP-JUSO-Fraktion setzen wir uns immer sehr dafür ein, dass sie geschaffen werden, idealerweise unter der Federführung der Stadt oder mit gemeinnützigen Wohnbauträgern. Aber wir brauchen auch die privaten Wohnbauträger und insgesamt sind im Moment im Nordquartier alleine 3 grosse Projekte in Planung, die mittelfristig mehr als 1500 Wohnungen mit 3- bis 4'000 zusätzlichen Menschen ins Quartier bringen werden. Also, man kann sagen, entlang des ESP und der Schienen im ESP-Wankdorf entsteht wirklich eine grosse Stadtverdichtung.

Die architektonische Gestaltung will verschiedene Baukörper errichten. Sie möchte aber auch Elemente des jetzigen Gebäudes stehenlassen. So sollte die Kranbahn, die eigentlich eine Traverse durch das ganze Areal ist, als identitätsstiftendes Moment erhalten bleiben. Wir werden sehen, ob das alles funktioniert, wenn es dann umgesetzt ist. Wir sehen im Moment Zeichnungen und Illustrationen. Aber es wird sich zeigen, ob es so funktioniert. In den naturnahen Umbau von Innenräumen wird viel investiert. Es

sind grosskronige Bäume vorgesehen. Das ist eine nicht ganz billige Angelegenheit. 50% sind als unversiegelte Fläche zu bewahren, das heisst, im Sinne der Schwammstadt soll dort möglichst Wasser versickern, und 20% soll als naturnahe Flächen gestaltet werden. Das ist ein Antrag des GB und den werden wir auch unterstützen.

Energietechnisch ist das Areal der Fernwärme anzuschliessen. Allerdings ist das im Schermen geplante Heizkraftwerk erst für 2030 vorgesehen. Und ob es dann wirklich reicht, sei hier einmal dahingestellt. Die Investorin prüft deswegen auch andere Optionen. Bleibt das Thema Verkehr. Und darüber haben wir zuletzt die heftigsten Diskussionen geführt. Die Erschliessung über die Wylerringstrasse ist grundsätzlich sinnvoll. Der Verkehr wird peripher ins Quartier geführt und wir finden punkto Parkplätze den Kompromiss, der jetzt als SP-JUSO/GFL-Antrag vorliegt, mit 190 Parkplätzen einen fairen Kompromiss für alle Beteiligten. Es wäre ein bisschen komisch, wenn man am Schluss ein Projekt an ein paar Parkplätzen mehr oder weniger scheitern lassen würde. Zusätzlich zu den Parkplätzen für die Autos entstehen ziemlich viele Veloparkplätze an verschiedenen Standorten. Das Mobilitätskonzept mit 570 Fahrten scheint uns nachvollziehbar.

Den Antrag des GB, der die Kontrolle durch den Stadtrat möchte, lehnen wir ab. Ich glaube, wir sind nicht unbedingt eine Baupolizeibehörde. Aus unserer Sicht sollte es eher den Quartierorganisationen überlassen sein, dort zu schauen, ob es umgesetzt wird. Schliesslich eine Frage, die wir uns gestellt haben: Die Investorin muss keinen Planungsmehrwert zahlen, weil das geplante Projekt gegenüber dem aktuell zulässigen Nutzungsmass als Industrie- und Gewerbezone eine Mindernutzung aufweist, also, die nicht durch die Aufzonung erreicht wird. Wir finden, dies sei ein recht hypothetisches Mass und eine recht grosszügige Auslegung und sehen vor allem den Goodwill der Stadt gegenüber der Investorin in dieser Art von Rechnung. Insgesamt, zum Abschluss, ist die Überbauungsordnung ein wichtiger Schritt in Richtung Stadtentwicklung, Stadtverdichtung im Nordquartier. Wir haben ein Ergebnis einer guten Zusammenarbeit zwischen den privaten Investoren, der Stadt und dem Quartier. Es ist kein Vergleich mit vielen anderen Entwicklungsprojekten, die manchmal wie interplanetare Raumschiffe in eine gegebene Struktur eingedrungen sind. Wir brauchen zusätzlichen Wohnraum, auch wenn er von Privaten gebaut wird. Wir stimmen der Vorlage zu, und die Anträge und das Stimmverhalten der SP-JUSO-Fraktion habe ich schon erklärt. Danke vielmals.

Präsidentin: Dann kommt noch Michael Ruefer von der GFL.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Als Zugezogener im Nordquartier im Jahr 2011 habe ich eins sofort gelernt, jeder Alteingesessene, vor allem unter den etwas älteren Semestern, hat mindestens einen Vater, einen Bruder oder einen Cousin, der mal in der Wifag gearbeitet hat. Das geht so weit und ist so omnipräsent im Nordquartier, dass ich mir nach meinen ersten Jahren im Norden auch so eine Geschichte zurechtgelegt habe. Ich hatte dann also auch einen Grossonkel, der in der Wifag gearbeitet hat. Einfach um ein bisschen mehr dazu zu gehören, natürlich. Nein, es schleckt es keine Geiss weg: Die Wifag war eine Institution und ist heute immer noch etwas Kult. Ein bisschen besser als Wifag 1.0 ist mir der Start der Wifag 2.0 präsent. Ich kann mich sehr gut erinnern an das Werkstattgespräch 2018 zur Zukunft des Wifag-Areals mit rund 70 Teilnehmenden und dem Family Office rund um Katharina Liebherr. Damals haben sich einige Anwesende fast die Augen gerieben. Eine Investorin geht auf das Quartier zu, erkundigt sich nach Möglichkeiten der Quartiermitwirkung und kommuniziert proaktiv transparent mit den interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Was dann für allgemeines

Staunen gesorgt hat, ist jetzt zu einer sechsjährigen konstruktiven Zusammenarbeitsbeziehung zwischen der Wifag bzw. Mali AG und der Stadt geworden. Die Investorin hat eine Planungsvereinbarung mit der Stadt abgeschlossen. Nach dem Werkstattgespräch gab es unter anderem Informationsveranstaltungen. Und mit den Ergebnissen der Testplanung hat man dann über das weitere Vorgehen orientiert. Das ist weit über dem Nötigen und es ist sicher auch der Moment, um Danke zu sagen.

In meiner Recherche zum Projekt habe ich noch einmal gelesen, dass man mal von einem Baustart frühestens Ende 2023 ausgegangen ist. Das war wohl ein bisschen ambitioniert. Wo es genau geklemmt hat beim Vorantreiben dieser Planung würde mich – in Richtung Gemeinderat gesprochen – doch noch interessieren. Verzögerung hin oder her, das Ergebnis, das wir jetzt hier in Form dieser Planung vor uns haben, kann sich wirklich sehen lassen. Der Stadtpräsident und all die politischen Exponentinnen und Exponenten aus dem Nordquartier – ich sehe hier oben unter anderem Urs Frieden, alt Stadtratspräsident – bezeichnen die Planung als das Beste, was Bern je gesehen hat.

Ich fasse jetzt nicht noch einmal alle Vorzüge dieses Projekts zusammen. Dazu hat "Hänu" das Projekt auch gut genug studiert.

Vorgekommen sind, glaube ich, die Mauer- und die Alpensegler-Nistplätze und jene für Zwergfledermäuse. Das gibt es nämlich auch noch. Auf diesen 30'000 m² Berner Industriegeschichte versucht man jetzt das fast Unmögliche.

Jetzt hat es rund um die Diskussion in der vorberatenden Kommission noch etwas Wirbel gegeben, das muss man, glaube ich, auch sagen; vor allem punkto Mobilitätskonzept und dann noch zur Frage der Biodiversität und diesem Wohnungssplit. Die Kommission ist der Meinung gewesen, die Anzahl Parkplätze sei noch etwas zu hoch, so wie es der Gemeinderat ausgehandelt hat beziehungsweise sei der Parkplatzkoeffizient mit 0,36 pro Wohnung noch etwas zu hoch. Es haben dann doch noch klärende Gespräche zwischen Stadt und Grundeigentümerin stattgefunden und es hat sich gezeigt, dass es ein gewisses Minimum an Parkplätzen tatsächlich ein Killerkriterium darstellt für die Realisierung dieses Projekts. Und darum haben wir jetzt als GFL-Fraktion zusammen mit der SP-JUSO noch einen Kompromissantrag mit der Forderung nach 190 Parkplätzen für alle Nutzungen eingereicht, bei einem gleichbleibenden durchschnittlichen Tagesverkehr (DTV) von 570 Fahrten. Das ist in den Augen des Gemeinderates vertretbar. Das hat man diskutiert und wir bitten euch darum, bei der Ausmehrung dieser Parkplatzanträge immer in Richtung 190 Parkplätze zu stimmen. Ich habe es gesagt, das Projekt mit seiner bisherigen Planung ist eine sechsjährige Erfolgsgeschichte für die Investorin, für die Stadt und auch für das Nordquartier. Es reiht sich ein, das hat "Hänu" auch schon gut recherchiert, in eine Reihe von Wohnbauprojekten entlang der Gleise bis in die Wankdorf City 3, die alle in den nächsten hoffentlich 10 Jahren realisiert werden; bei der Wifag 360 Wohnungen, bei der gestapelten Stadt 490 und dereinst in der Wankdorffeldstrasse rund 1'000 Wohnungen. Deshalb sagen wir heute ja zu dem Leuchtturmprojekt und diesem Beitrag zur Quartierentwicklung im Berner Norden. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Michael. Dann kommt Jelena Filipovic von der GB/JA!-Fraktion.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion begrüsst, dass auf dem Wifag-Areal neuer Wohnraum entstehen soll. Mindestens 80% sollen für die Wohnnutzung zur Verfügung gestellt werden. Das sind sehr positive Aussichten, insbesondere wenn man beachtet, dass wir vor allem einen Mangel an kostengünstigem Wohnraum

haben. Auch sonst ist positiv hervorzuheben, dass die Mali International AG beabsichtigt, auf dem Wifag-Areal einen städtebaulich und architektonisch attraktiven Bau zu realisieren und dies in einem intensiven Austausch mit dem Quartier und der Stadt Bern. Deshalb empfehlen wir euch die Überbauungsordnung zur Annahme. Wir werden ausserdem alle PVS-Anträge annehmen und die SVP-Anträge ablehnen. So sehr wir uns freuen, dass es da neugeschaffenen Wohnraum gibt, und so sehr wir auch begrüßen und wertschätzen, wie viel Energie in die Ausarbeitung dieses Projekts und auch in die Verhandlungen mit der Bauherrschaft geflossen ist, möchte ich gerne explizit auf einen für die GB/JA!-Fraktion stossenden Punkt eingehen. Anna Jegher wird anschliessend noch etwas zu einem zweiten Punkt sagen.

In der aktuellen Energie- und Klimastrategie steht unter Massnahme 8: "Die Anzahl Parkplätze pro Wohnung bei Neubauten, die über eine ausreichende Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr verfügen, sind auf 0,2 Parkplätze pro Wohnungen festzulegen." Das entspricht exakt dem PVS-Minderheitsantrag. Der PVS-Minderheitsantrag fordert: "Für den ganzen Wirkungsbereich sind maximal 490 Fahrten zulässig. Es dürfen maximal 152 Abstellplätze für Motorfahrzeuge erstellt werden. Für diese Fahrten ist ausserdem noch ein Controlling durchzuführen." Das entspricht aber nicht nur dem aktuellen PVS-Minderheitsantrag, sondern auch den Mitwirkungsantworten der Quartierorganisationen, von Parteien und Umweltverbänden. Das heisst, bereits im Mitwirkungsprozess war äusserst klar, wo die rote Linie des politischen Willens liegt, und zwar hier: nicht mehr Parkplätze als zwingend nötig und allgemein vereinbart. Und was haben wir für eine Vorlage? Wir haben eine Vorlage, die explizit vorsieht, dass wir unsere gemeinsam vereinbarte Zielsetzung über Bord werfen, uns den Wünschen der Investorin fügen und die Kröte halt jetzt schlucken. Noch schlimmer macht es der Umstand, dass wir die Kröte nicht schlucken, damit Schichtarbeiter*innen, Handwerker*innen und Menschen mit Beeinträchtigung auf ihre Parkplätze nicht verzichten müssen. Nein, wir müssen die Kröte schlucken, weil anscheinend der Irrglaube herrscht, dass man mit einer Eigentumswohnung ein Recht auf einen privaten Parkplatz hat – und das auf einem Areal an bester Lage mit einem sehr gut ausgebauten ÖV. Ich halte fest: 2024, in einer akuten Klimakrise, entscheiden wir uns aktiv dafür, den Besitzer*innen von Eigentumswohnungen das Recht auf einen privaten Parkplatz einzuräumen. Das kann es irgendwie nicht sein und das sehe nicht nur ich so, sondern auch die Mitwirkungsantworten – der VCS Bern zum Beispiel. Es sei nicht ersichtlich, wie und wieso der Wunsch der Bauherrin nach Parkplätzen für Eigentumswohnungen diese Ziele, also unserem eigenen Ziel von 0,2 Parkplätzen, aushebeln sollte.

Sogar die GLP-Mitwirkung stösst in genau das gleiche Horn: "Gemäss dem Positionspapier 'Erweiterter Handlungsplan Klima' des Gemeinderats sollen für Neubauten maximal 0,2 Parkplätze geplant werden. Diese Vorschrift sei auch für Eigentumswohnungen durchzusetzen. Die Gesamtsumme der Parkplätze für Motorfahrzeuge sei zu hoch. Es seien maximal von 72 für Wohnnutzungen und auch ein Total von 152 Parkplätzen zu realisieren." Und natürlich hat auch die GB/JA!-Fraktion das Gleiche gefordert. Deshalb sind all die Redimensionierungsanträge für die Parkplätze aus der PVS überhaupt keine Überraschung und fordern nur das, was im Rat als Zielvorgabe gilt.

Und falls dem nicht so ist, frage ich mich wirklich, wofür wir in einem intensiven Partizipationsprozess eine neue Energie- und Klimastrategie ausgearbeitet haben, wenn man sie dann, wenn es hart auf hart kommt, doch über Bord wirft. Deshalb würde ich euch nachdrücklich empfehlen, dem Antrag der PVS-Minderheit zuzustimmen.

Uns ist ausserdem versichert worden, dass es natürlich nicht nur an der Anzahl Parkplätze liegt, wie man die Fahrtenzahl kontrollieren kann, sondern auch mit einem aktiven Controllingbericht. Wir begrüßen den Controllingbericht sehr, nur leider besteht im

Moment noch keine klare Vorstellung oder ein Konzept, wie man mit so schönen Berichten umgeht und was mit ihnen passiert.

Deshalb empfehlen wir euch, unserem Antrag zuzustimmen und sicherzustellen, dass diese Informationen in einem regelmässigen Abstand der entsprechenden Kommission zur Information vorgelegt werden. Natürlich können auch die Quartierkommissionen gerne einen Blick auf die Berichte werfen, aber solange kein Antrag der PVS kommt, passiert in dem Sinn auch nichts.

Präsidentin: Merci, Jelena. Die GB/JA!-Fraktion teilt das Votum. Anna Jegher hat noch 4 Minuten.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Ich möchte gerne an dieser Stelle noch festhalten, dass 1/3 preisgünstiger Wohnraum, wie hier geplant ist, wirklich nicht reicht. Grundsätzlich müsste man meinen, dass der Gemeinderat Handlungsbedarf sieht, wenn es um preisgünstiges Wohnen geht. In der Wohnstrategie steht zum Beispiel: "Unterziel 3a: Die Stadt erhöht das Angebot an preisgünstigen Wohnungen. Die Hälfte der bis 2030 in der Stadt Bern neu gebauten Wohnungen entsteht im preisgünstigen, gemeinnützigen Segment (Kostenmiete)." Mir ist unverständlich, wieso der Gemeinderat eine Wohnstrategie ausarbeitet, die er nachher selber nicht einhält. Es ist nämlich wirklich jedes Mal die gleiche leidige Diskussion, und jedes Mal wird gesagt, dass die Verhandlungen jetzt halt vorbei seien und man das Maximum herausgeholt habe, denn mehr liege halt wirklich nicht drin.

Die Forderung, dass es mehr als 1/3 preisgünstigen Wohnraums braucht, ist aber alles andere als neu. Sie steht sogar in eurer Wohnstrategie. Der Auftrag ist dadurch doch ganz klar, nämlich, dass man halt von Anfang an mit der Bedingung in die Verhandlungen geht, dass mindestens 50% preisgünstige Wohnungen gebaut werden. Im Nachhinein zu sagen, es gehe halt jetzt nicht mehr, ist nichts anderes als eine faule Ausrede. Wir haben offensichtlich aktuell einen Mangel an preisgünstigen Wohnungen in der Stadt Bern. Das Problem ist aber, dass mit neuen Überbauungen der Mangel zunimmt, wenn man nicht aktiv etwas dagegen unternimmt. Überbauungen wie die hier geplante auf dem Wifag-Areal führen nämlich auch immer zu einer massiven Aufwertung des Quartiers, was wiederum bedeutet, dass die Mieten rundherum steigen und Menschen mit weniger finanziellen Mitteln so aus dem Quartier vertrieben werden. Dass solche Gentrifizierungsprozesse stattfinden, ist ein Fakt, da können die neuen Überbauungen noch so toll sein. Erst recht in einem Quartier wie in dem "Breitsch", wo die Verdrängungsmechanismen seit Jahren ein Problem sind, muss man genau hinschauen und aufpassen, dass solche Aufwertungen nicht noch mehr auf Kosten der weniger privilegierten Menschen passieren.

Eine wichtige Möglichkeit, um diese Verdrängungsprozesse aufzufangen, ist, dass man in solchen Projekten eben auch einen grossen Anteil an preisgünstigen Wohnungen baut und dadurch ein Angebot für die gesamte Bevölkerung zu schaffen versucht. Es ist zusätzlich daran zu denken, dass preisgünstige Wohnungen bei Neubauten selten so kostengünstig sind wie die aktuelle Wohnungsmiete in Altbauten. Kommt noch dazu, dass die Mieten wegen energetischer Sanierungen immer mehr unter Druck kommen werden. Mich nimmt es deshalb wirklich Wunder, wie der Gemeinderat vorhat, seine eigenen Vorgaben einzuhalten, und wo genau die fehlenden preisgünstigen Wohnungen gebaut werden sollen. Ich gehe davon aus, dass man zum Beispiel bei der geplanten Überbauung an der Wankdorffeldstrasse halt dann von 100% preisgünstigen Wohnungen reden wird, um all die fehlenden Wohnungen kompensieren zu können.

Präsidentin: Danke, Anna. Dann hat Alex Feuz von der SVP das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Es wäre ein gutes Projekt. Ihr kennt mich, ich bin nicht mit allen Planungen der Stadt Bern einverstanden. Ich bin immer der Meinung, es sei ein Fehler, wenn man die letzten Grünraumreserven wie ein Viererfeld oder ein Gaswerkareal, aber auch einen Springgarten überbauen kann. Hier hätten wir nun wirklich ein ideales Areal. Ihr habt auch gehört, wie sich die Investorin in das Quartier begeben hat, wie sie mit den Leuten geredet hat, dass es sogar um die Alpen- und Mau-ersegler geht, dass man für diese eine gute Lösung macht.

Aber ihr habt es jetzt in der Hand, ob das Projekt realisiert werden kann oder nicht realisiert werden kann. Die Forderungen, die ihr teilweise aufgestellt habt, dazu muss ich euch jetzt sagen, dass, wenn ich der Berater dieser Mali AG wäre, ich sagen würde: Wenn ihr nicht so bauen könnt, wie ihr es vorgesehen habt, dann lasst die Finger davon, sonst bleibt ihr auf diesen Objekten sitzen, wenn ihr keine Parkplätze habt. Oder wenn ihr mal einen Kongress macht oder eine Veranstaltung, dann habt ihr zu viele Fahrten und werdet nachher sanktioniert oder was auch immer.

Für mich ist das absolut der falsche Ansatzpunkt. Deshalb haben wir von der SVP diverse Anträge gestellt. Es ist mir klar, dass wir hier wenig Chancen haben, aber es geht mir darum, ein Zeichen zu setzen, dass auch die Investoren sehen, dass es doch Gruppierungen gibt, die gegen die schikanösen Fahrtenmodelle kämpfen. Wisst ihr, damit habe ich Mühe. Immer ruft die Stadt Bern den Klimanotstand aus. Man soll kein Fleisch mehr essen und was auch immer. Aber man überbaut die eigenen wichtigen Grünanlagen. Man meint dann, man rette die Natur und das Klima, wenn man auf dem Helvetiaplatz ein paar Plastikkübel mit Bäumen hinstellt. Ihr meint dann, wenn man eine schöne Allee an der Thunstrasse pflanzt, besser gesagt, dort bei dieser Cremeschnitte ein paar Sträucher reinsetzt, denn das sind ja nicht Bäume, das sind Sträucher, das Klima retten zu können. Aber ihr schikaniert dann die Unternehmer, die eigentlich auf mehr Fahrten angewiesen wären. Deshalb wollen wir diese Sache streichen. Es nützt euch nämlich nichts. Ich schlage euch mit den eigenen Worten, wenn dann die Investorin sagt: "Nein, ich gebe das Projekt hier in Bern auf. Ich gehe nach Köniz, Niederwangen oder ins Solothurnische, dann habt ihr viel mehr Fahrten als die 570. Es gibt negative Beispiele: Schaut euch das Mediacenter in Muri an. Die Autos stauen sich draussen und unten habt ihr eine Einstellhalle mit leeren Parkplätzen. Also das bringt meines Erachtens weder der Umwelt noch den Nerven der Eltern und den Nerven der Kinder, die in diesen Autos warten, etwas. Das ist schikanöse Politik, Bevormundungspolitik, die in die falsche Richtung geht. Deshalb zielen unsere Anträge darauf ab, dass man eigentlich das ganze Fahrtenmodell streichen sollte. Ihr habt den Antrag gesehen, wir haben aber nachher, das wird euch Valentina Achermann noch klar sagen, zusätzlich einen Antrag eingereicht, in dem wir das Fahrten-Modell belassen, aber dafür der Bauherrin das Recht und die Freiheit geben, bis zu 350 Abstellplätze zu realisieren. Ob sie das dann will, ob sie es dann braucht, ist uns egal. Aber mit dieser Formulierung überlassen wir der Bauherrin die nötige Entscheidungsfreiheit.

Ich sage es noch einmal: Es wäre ein gutes Projekt – eigentlich voll im Siedlungsraum. Man baut nicht auf der grünen Wiese. Es ist gut erschlossen. Aber bevormundet die Leute, die dort wohnen, nicht. Der eine hat vielleicht noch einen Oldtimer und hätte darum gerne noch einen Parkplatz mehr. Der andere ist froh, wenn die Schwiegermutter oder die Gotte kommt und das Kind hüten will. Dann habt ihr keinen Parkplatz. Das wird völlig unattraktiv. Das wird ein Vorschriftensumpf, der nicht schön ist. Ich appelliere an

euch. Ich habe jetzt auch unsere Anträge vorgestellt. Ihr seht, in welche Richtung sie gehen.

Ich sage euch ganz ehrlich, dass ich dem Projekt nicht zustimmen kann, wenn ihr dermassen schikanöse Vorschriften macht. Und denkt daran: Wenn ich nicht zustimme, ist es das eine. Aber wenn die Investorin sagt, "so rentiert es sich für mich nicht", dann seid ihr verantwortlich und habt die Konsequenzen zu tragen. Stimmt deshalb unserem Antrag zu und lehnt alle dirigistischen Anträge ab.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann kommt Thomas Hofstetter von der FDP/JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Auch die FDP-Jungfreisinnigen sind der Ansicht, dass es sich bei dem Projekt um eine vorbildhafte Überbauungsordnung handelt, weil sie bezüglich Wohnstadt und Stadtentwicklung sozial und ökologisch ist. Und darum werden wir zustimmen. Einzig ein kleiner Kritikpunkt von unserer Seite ist, dass es auf dem Areal keinen Platz mehr für die produzierende Industrie hat und dass diese immer mehr aus der Stadt Bern und auch aus der Schweiz vertrieben wird. Wir werden das einmal bedauern. Das Projekt ist auch bezüglich öffentlicher Mitwirkung vorbildlich. Das Quartier wurde mehrmals miteinbezogen, und wir alle hatten mehrmals die Möglichkeit, unsere Anliegen, Wünsche und Forderungen einzubringen. Darum ist es für uns unverständlich, dass jetzt nach 6 Jahren Planung neue Forderungen respektive Anträge gestellt werden. Wir lehnen deshalb alle Anträge ab, und zwar aus den folgenden 4 Gründen. Erstens: Wir desavouieren damit die Arbeit des Gemeinderats und der Verwaltung, die aus unserer Sicht einen sehr guten Job gemacht und während 6 Jahren mit der Grundeigentümerin auf Augenhöhe ein vorbildliches Projekt ausgearbeitet haben. Zweitens: Durch die zusätzlichen Anträge gibt es für die Investorin Mehraufwand und möglicherweise auch Verzögerungen. Das kostet alles Geld und das hat auch Einfluss auf die Gestehungskosten und die wiederum auf die Mieten. Mit anderen Worten: Die preisgünstigen Wohnungen werden weniger preisgünstig. Alle Anträge tragen letztlich dazu bei, dass das allgemeine Mietzinsniveau in der Stadt Bern zumindest nicht sinkt.

Ja, durch diese Anträge wird das eigentlich wunderbare Projekt gefährdet. Die Investorin nimmt in Kauf, dass ihre Parzelle nach der Überbauungsordnung 15 Mio. Franken weniger Wert hat. Normalerweise erhöht sich der Wert durch den Zonenwechsel und die Grundeigentümer müssen einen Teil des Mehrwerts an die öffentliche Hand zahlen. In diesem Fall verliert das Areal wegen der ökologischen und sozialen Vorgaben rein finanziell gesehen an Wert und die Grundeigentümerin erhält keine Entschädigung dafür. Trotz diesem grossartigen Entgegenkommen der Investorin zanken wir um ein paar Parkplätze und riskieren, dass es keine 360 neuen Wohnungen für ca. 600 Menschen in einer klimaoptimierten Umgebung gibt. Das ist fahrlässig und steht dem vom Parlament oft geforderten Recht auf Wohnen diametral entgegen.

Bereits das Meinen-Areal-Projekt hat negative Auswirkungen auf die Attraktivität der Stadt Bern und auf Investoren. Auch die Diskussion um dieses Geschäft hilft nicht, das Vertrauen der Investoren in Projekte in der Stadt Bern zu vergrössern, im Gegenteil.

Und wir sehen das bereits in der Überbauung Vierer- und Mittelfeld. Die Investoren wenden sich von der Stadt Bern ab. Und grosse Mitschuld daran hat dieses Parlament hier. Wenn bereits bei einem ökologisch und sozial so vorbildlichen Projekt noch weitere Forderungen aus unseren Reihen kommen, wie sieht es dann bei anderen Projekten aus? Wir senden ganz schlechte Signale aus. Wir müssen uns nicht wundern, wenn in nächster Zeit keine Wohnungen gebaut werden, weil keine Investoren Lust haben, in

der Stadt Bern zu investieren. Liebe Leute, Vertrauen schaffen und ein attraktiver und verlässlicher Standortpartner sein, sieht anders aus.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann kommt Corina Liebi von der GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Die GLP/JGLP/EVP-Fraktion erachtet die vorliegende Überbauungsordnung grundsätzlich als sehr gelungen und ist gern bereit, diesem Geschäft zuzustimmen.

Gerne möchte ich noch kurz Stellung nehmen zu den Anträgen. Grundsätzlich begrüssen wir einen ökologischen und möglichst ausgewogenen Modalsplit. Wir finden aber die Basar-Mentalität, die bei diesem Geschäft betrieben wird, ausserordentlich fragwürdig. Es ist nicht ein Wunschkonzert, um völlig neue Zahlen vorzuschlagen, hier und dort noch ein bisschen an den Fahrtenkontingenten oder an der Parkplatzzahl herumzuschrauben. Die Fachpersonen, die dieses Geschäft erarbeitet haben, haben sich durchaus etwas überlegt bei der Planung. Es ist befremdend, dass bei einer so umfassenden Überbauungsordnung nur über Parkplätze gesprochen wird.

Aus unserer Sicht ist der Antrag GFL und SP/JUSO ein Kompromiss, den wir so unterstützen können. Wir werden unser Abstimmungsverhalten so anpassen, dass die Umsetzung dieses Geschäfts nicht gefährdet wird. Grosse Fragezeichen gibt es immer noch beim Instrument der Fahrtenregulierung. Uns ist weiterhin unklar, wie das umgesetzt werden soll und kann. Wir würden den Gemeinderat bitten, weitere Informationen zur Verfügung zu stellen. Schliesslich vermissen wir bei der Abstimmungsbotschaft und auch im Vortrag Ausführungen zu möglichen geplanten PV-Anlagen. Wir würden es begrüssen, wenn der Gemeinderat noch rasch Stellung dazu nimmt. Gilt hier das Prinzip Hoffnung oder steht, wie im Kommissionsvotum gesagt wurde, effektiv eine Solarenergiepflicht in der Überbauungsordnung?

Präsidentin: Merci, Corina. Dann sind wir bei den Einzelvoten. – Gibt es keine, dann hat für den Gemeinderat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Herzlichen Dank für die Debatte. Herzlichen Dank auch für die gute Aufnahme dieser Planung. Ich möchte diese Planung zuerst ein wenig einbetten. Ihr habt es mitbekommen. Unsere Stadt wächst. Sie soll auch in Zukunft wachsen. Die Nachfrage ist gross. Weitere Menschen kommen in die Stadt und wollen hier wohnen. Das heisst, wir haben viele neue Arealentwicklungen. Wir haben vor 7 Jahren eine Planungsoffensive gestartet und jetzt kommt eine Planung nach der anderen in die Entscheidungsphase und eben auch in den Stadtrat. Wenn man die Planung Wifag ein bisschen innerhalb dieser Planungen situieren will: Es ist wirklich eine der besten Planungen und vielleicht ist es die beste Planung, die wir bis jetzt hatten – die fortschrittlichste Planung, die progressivste Planung, die wir euch bis jetzt zum Entscheid vorlegen konnten. Das hat damit zu tun, dass eben von Anfang an – es wurde hier auch geschildert – die Leute dabei gewesen sind, als die Mali AG auf das Quartier zugegangen ist. Wir haben das auch gesehen. Wenn ihr eine gute Entwicklung machen wollt, dann müsst ihr diese mit dem Quartier zusammen machen. Die Mali AG hat das sehr ernstgenommen, hat die Workshops durchgeführt. Ich weiss nicht mehr genau, es könnten vielleicht 10 Workshops gewesen sein. Gegen 100 Leute waren jeweils an diesen Workshops anwesend. Ich war auch etwa drei- oder viermal dabei. Man hat tatsächlich Schritt für Schritt die Planung mit den Architektinnen und Architekten und dem

Quartier zusammen entwickelt. Die Mali AG hat ganz viele Vorinvestitionen vorgelegt und hat selber auch sehr hohe Ambitionen gehabt, indem sie gesagt haben: "Wir wollen ein fortschrittliches Projekt machen. Wir wollen ein Projekt machen, das durchmischt ist, das eben auch in 20 Jahren, in 50 Jahren immer noch als fortschrittliche Planung wahrgenommen wird." Das Ergebnis dieser Planung ist tatsächlich dann auch hervorragend herausgekommen. Es hat Vorzeigecharakter. Das Beste ist die Vereinigung von Alt und Neu. Es wird wirklich ein Miteinander geben von Alt und Neu und das wird das Projekt sehr spannend machen. Es ist auch sehr anspruchsvoll, aber es wird dem Quartier sofort eine Identität und einen unverwechselbaren Charakter geben.

Das Projekt setzt aber auch bauliche und architektonische Massstäbe in Bezug auf die Nachhaltigkeit. Es ist die erste Planung überhaupt, die das Schwammstadtprinzip umsetzt. Das haben wir bis jetzt nicht einmal bei einer städtischen Planung so vorbildlich hinbekommen, wie sie das umsetzen in Sachen Biodiversität. Sie sehen mehr Massnahmen vor als alle Planungen, die es vorher in der Stadt gegeben hat, eingeschlossen städtische Planungen. Sie sehen Fassaden- und Dachbegrünungen vor. Sie sehen Retentionsvolumen auf den Dächern vor. Sie wollen 42 Baumpflanzungen vornehmen und die bestehenden Bäume schützen. Sie geben sogar die Tiefe der Erdschichten vor, die die Baumpflanzungen nachher bekommen müssen. Unter der Geländeoberfläche gibt es Rigolen, in denen das Regenwasser versickern kann und zurückgehalten wird. Es sind 80 Nisthilfen, das ist ja genannt worden, für Vögel und Fledermäuse und 15% naturnaher Lebensraum mit Durchlässen für Kleintiere vorgesehen. Die Flächenversiegelung wird minimiert. Darauf habt ihr hingewiesen. Also, es ist ein fortschrittliches Projekt, ein grossartiges Projekt, und ich danke der Mali AG für die Bemühungen, die sie gemacht hat.

Jetzt wurde gefragt, wie es denn aussieht mit dem preisgünstigen Wohnen. Warum sind nur 1/3 preisgünstige Wohnungen vorgesehen? Es wird einfach die Wohninitiative umgesetzt, die wir in der die Bauordnung haben, und das ist dieses Drittel. Es ist eine private Überbauung. Und wir können den Privaten nicht mehr Vorschriften machen als jene, wofür wir eben eine gesetzliche Grundlage haben. Und die gesetzliche Grundlage in der Bauordnung ist ja vom Bundesgericht so geschützt worden. Das Bundesgericht hat auch gesagt, es habe bis jetzt noch nie einen höheren preisgünstigen Wohnanteil geschützt, den man gesetzlich hätte einfordern können. Warum sagen wir dann, dass wir 50% preisgünstige Wohnungen erreichen wollen? Das machen wir natürlich mit den städtischen Arealen. Wir haben auf dem Warmbächli-Areal an der Mutachstrasse 100% preisgünstiges Wohnen gemacht. Wir haben an der Reichenbachstrasse, dort, wo wir eine städtische Überbauung machen, 100% preisgünstiges Wohnen. Und dadurch probieren wir, den Drittel, den wir auf privaten Arealen bekommen, zu ergänzen, so dass wir auf die 50% kommen. Aber mehr als diesen Drittel können wir den Privaten nicht vorschreiben. Dort fehlt uns die verfassungsrechtliche Grundlage. Es gibt die Eigentumsgarantie, die dem entgegensteht. Zu der Mehrwertabschöpfung: Es ist gesagt worden. Es kommt nicht zu einer Mehrwertabschöpfung, weil ein Minderwert resultiert. Das ist ein sehr hoher Minderwert. Man kann jetzt streiten darüber, ob der richtig berechnet wurde. Aber bei der Höhe des Minderwerts, der hier resultiert, sind wohl alle Berechnungsmodelle müssig. Das ist so oder so ein Minderwert. Ich kann euch das versichern. Katharina Steiger, die den Minderwert berechnet hat, ist hier. Ihr könnt euch sonst an sie wenden. Sie kann euch minutiös aufzeigen, warum ein Minderwert resultiert. Jetzt zur Vorschrift der PV-Anlagen: Ihr habt ja bei der letzten Planung zur Fachhochschule PV-Anlagen vorgeschrieben und dem Antrag zugestimmt, der die PV-Anlagen vorgeschrieben hat. Solche Vorschriften sind unzulässig gemäss Energiegesetz. Das Ener-

giegesetz hat einfach eine andere Denkart, als zu sagen: Setzt doch diesen Energieträger ein oder ergreift diese Massnahme. Das Energiegesetz arbeitet mit dieser Energiekennzahl, dieser gewichteten Energiekennzahl, die eine Überbauung insgesamt erreichen muss. Und bei dieser Überbauung hier bin ich jetzt nicht ganz sicher, aber die Energiekennzahl ist so, dass sie automatisch gezwungen sein werden, PV-Anlagen zu machen, sonst erreichen sie diese Energiekennzahl nicht. Ich müsste es nochmal nachschauen. Es ist jetzt ein bisschen spontan, aber ich kann euch das sonst nachher noch sagen.

*Zwischenruf der Verwaltungsvertreter*innen im Saal.*

- Stimmt das? Merci, Gabriele. Sonst kann man Gabriele Niedoba (Stadtplanungsamt) fragen. Sie kann uns alles erklären, was dazu zu sagen ist.

Jetzt komme ich zu den Anträgen. Danke vielmals für die vielen, vielen, vielen Anträge. Es macht es nicht unbedingt einfacher. Es ist tatsächlich so wie gesagt. Wir entwickeln seit 6 Jahren mit der Mali AG das Areal, und irgendeinmal muss man auch gewisse Festlegungen treffen, die darauf basieren, um nachher weiterfahren zu können. Und dabei muss die Stadt auch ein bisschen verlässlich sein. Und es ist eben so, dass gewisse Anträge, die eingereicht wurden, nachher die Verlässlichkeit der Stadt untergraben würden. Und das möchten wir nicht. Bis jetzt ist die Stadt immer noch wohlgeglitten. Die Investoren sind gegenüber der Stadt noch nicht so sauer, wie es teilweise befürchtet wird. Vielmehr finden auch die Investoren und Investorinnen, man könne gut mit der Stadt zusammenarbeiten. Aber es braucht eine gewisse Verlässlichkeit und wir müssen auf die Verlässlichkeit bauen können. Darum bin ich froh, wenn wir gewisse Dinge vorbesprechen können. Über diese Planung hätten wir jetzt 6 Jahre lang reden können. Und es ist dann jeweils schwierig, wenn wir uns eine Stunde vor der Kommissionssitzung zum ersten Mal mit gewissen Sachen auseinandersetzen können. Wir werden uns darum bemühen bei den nächsten Überbauungen, die kommen, früher mit euch in Kontakt zu treten und euch die Sachen zu erklären. Wir versuchen zwar die Kommission PVS immer mitzunehmen bei der Entwicklung der Planungen. Aber vielleicht müssen wir dort noch mehr Informations- und Vorbereitungsarbeit leisten, damit ihr dort auch früher eure Einwände einbringen könnt.

Ich rede einfach generell über die Anträge, die vorliegen. Es gibt Anträge zu der naturnahen Fläche. Zu der naturnahen Fläche habe ich in der Kommission gesagt, 20% gingen nicht. Das hängt damit zusammen, dass das Planungsbüro, das Landschaftsbüro, das die Naturwerte berechnet hat, von einer anderen Fläche ausgegangen ist, als in unserem Biodiversitätskonzept drinsteht. Sie haben jetzt die Fläche noch einmal überprüft und einfach nur die wertigen Flächen gerechnet und dann gesagt, man komme auf etwa 17%. Sie haben aber gesagt, wenn man alle Grünflächen nähme, dann liege der Wert höher. Und das führt dazu, dass eigentlich die 20%, die sind gefordert werden – von dem ich in der Kommission noch gesagt habe, das sei unmöglich – jetzt eben trotzdem möglich sind, obwohl sich am Projekt nichts ändert, weil die Berechnungsgrundlage des Planungsbüros nicht dem städtischen Biodiversitätskonzept entsprochen hat. Das zu den Biodiversitätsflächen. Jetzt hätte ich noch die Bemerkungen zu den Parkplätzen.

Die Präsidentin gibt dem Stadtpräsidenten noch eine Minute Redezeit.

Dann mache ich das ganz schnell mit den Parkplätzen. Bei den Parkplätzen hat man eine Berechnung vorgenommen. So ein bisschen nach der Maxime: Was muss man

machen, damit es eine nachhaltige Überbauung ist? Das war auch der Wunsch der Investorin. So ist man nachher auf die Werte gekommen. Man hat nachträglich gemäss Energie- und Klimastrategie diese Parkplatzzahl noch einmal berechnet und ist praktisch auf die gleiche Zahl gekommen. Das ist der Antrag des Gemeinderates. Überlagert wird das Ganze vom Fahrtencontrolling. Und das Fahrtencontrolling ist nicht das gleiche Fahrtencontrolling wie in Brünnen. Vielmehr schreiben wir es hier in die Überbauungsordnung hinein. Und es ist darum verbindlicher und es ist durch harte Sanktionen hinterlegt. Dieses Fahrtencontrolling ist ein bissigeres Fahrtencontrolling als jenes, das es in Brünnen oder Wankdorf gibt. Weil ich nicht mehr Zeit habe, alles zu erläutern, kann ich mich auf das beschränken, was der Kommissionssprecher gesagt hat. Wir haben noch einmal mit der Investorin geredet. Der Vertreter der Investorin sitzt übrigens dort oben. Wir haben uns darauf geeinigt – 190 Parkplätze sind das Minimum. Ich danke euch deshalb, wenn ihr dem Antrag GFL und SP/JUSO zustimmt. Damit sind wir in einem Bereich, in dem die Investorin noch weitermachen kann. Sonst ist es tatsächlich so, dass die Investorin gesagt hat, andernfalls würde sie auf die ganze Überbauung verzichten und das bisherige Industrieareal in der heutigen Form weiterführen. Das ist etwas, was für sie auch rentieren würde. Das ist keine Drohung, sondern einfach eine Klarstellung, damit wir auch gerade wissen, womit wir es zu tun haben. Damit bin ich am Schluss. Ich danke euch, wenn ihr bei den Anträgen so verfährt, wie es mitgeteilt wurde, und danke euch, wenn ihr der ganzen Planung am Schluss zustimmt. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Alec. Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir stimmen zuerst über die Anträge ab. Es liegen Anträge zu Artikel 10 und Artikel 12 vor. Über diese stimmen wir sicher ab. Und ich gehe davon aus, dass die übrigen vorgelegten Bestimmungen unbestritten sind. Ist das richtig? – Gut, dann kommen wir zuerst zu Artikel 10 Absatz 1. Es gibt eine Gegenüberstellung des Antrags des Gemeinderats und des Antrags PVS. Ich mache es so, dass immer der Antrag, der als erstes genannt wird, Grün ist, und jener, der als zweites genannt wird, Rot. Aber ich werde es immer wieder sagen, einfach, damit es keine Verwirrung gibt mit diesen Farben und verschiedenen Anträgen.

Wer für den Antrag des Gemeinderates stimmt, drückt Grün. Wer für den Antrag der PVS stimmt, drückt Rot.

Antrag

1 PVS

Artikel 10 Abs. 1 Biodiversität

1 Mindestens ~~15%~~ 20% des gesamten Wirkungsbereichs sind als naturnahe Lebensräume auszugestalten und fachgerecht zu pflegen. Für Ausgestaltung und Pflege gilt der «Schlüssel zur Anrechenbarkeit naturnaher Lebensräume» aus dem «Handbuch und Ratgeber Biodiversität in der Stadt Bern» (Stand Mai 2014).

Die Abstimmungsbotschaft ist sinngemäss abzuändern.

Abstimmung Nr. 017

2020.PRD.000043: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 1	
Antrag 1 obsiegt	
Ja	17
Nein	52

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Der Antrag von der PVS ist obsiegend. Wir stimmen jetzt noch über den Antrag der PVS ab.

Abstimmung Nr. 018

2020.PRD.000043: Antrag 1

Annahme

Ja	53
Nein	17
Enthalten	0

Präsidentin: Wir haben den Antrag der PVS angenommen. Dann sind wir bei Artikel 12 Absatz 1 und Absatz 3. Dazu sind ganz verschiedene Anträge gestellt worden. Ihr seht das Abstimmungsverfahren auf Seite 8. Es ist zusätzlich noch ein Antrag von der SVP begründet worden. Dieser ist eigentlich gleich wie der Antrag 6 von der SVP, aber der obere Teil wird nicht gestrichen. Und über den werden wir nachher auch abstimmen. Zuerst wird der Antrag GFL und SP-JUSO dem Antrag PVS gegenübergestellt. Wer dem Antrag GFL und SP-JUSO zustimmt, drückt Grün, wer dem Antrag der PVS zustimmt, drückt Rot. Wer sich enthält, drückt Weiss.

Anträge

2 PVS:

Artikel 12 Abs.1 und Abs. 3 Abstellplätze für Motorfahrzeuge und Fahrräder

1 Für den ganzen Wirkungsbereich sind maximal 570 Fahrten (durchschnittlicher Tagesverkehr DTV, Anlieferungsverkehr nicht enthalten) zulässig. Es dürfen maximal ~~240~~ 182 Abstellplätze für Motorfahrzeuge erstellt werden. Für die Fahrten ist ein Controlling durchzuführen.

3 Mindestens 5 der ~~240~~ 182 Abstellplätze sind ab der 1. Bauetappe für Carsharing zu reservieren.

Zusätzlich sind Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge gemäss SIA Merkblatt 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» vorzusehen.

Die Abstimmungsbotschaft ist sinngemäss abzuändern.

3 PVS-Minderheit:

Artikel 12 Abstellplätze für Motorfahrzeuge und Fahrräder

1 Für den ganzen Wirkungsbereich sind maximal ~~570~~ 490 Fahrten (durchschnittlicher Tagesverkehr DTV, Anlieferungsverkehr nicht enthalten) zulässig. Es dürfen maximal ~~240~~ 152 Abstellplätze für Motorfahrzeuge erstellt werden. Für die Fahrten ist ein Controlling durchzuführen.

3 Mindestens 5 der ~~240~~ 152 Abstellplätze sind ab der 1. Bauetappe für Carsharing zu reservieren.

Zusätzlich sind Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge gemäss SIA Merkblatt 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» vorzusehen.

Die Abstimmungsbotschaft ist sinngemäss abzuändern.

4 GFL und SP/JUSO:

1 Für den ganzen Wirkungsbereich sind maximal 570 Fahrten (durchschnittlicher Tagesverkehr DTV, Anlieferungsverkehr nicht enthalten) zulässig. Es dürfen maximal ~~240~~190 Abstellplätze für Motorfahrzeuge erstellt werden. Für die Fahrten ist ein Controlling durchzuführen.

3 Mindestens 5 der 210 190 Abstellplätze sind ab der 1. Bauetappe für Carsharing zu reservieren. Zusätzlich sind Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge gemäss SIA Merkblatt 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» vorzusehen.

5 SVP:

~~1 Für den ganzen Wirkungsbereich sind maximal 570 Fahrten (durchschnittlicher Tagesverkehr DTV, Anlieferungsverkehr nicht enthalten) zulässig. Es dürfen maximal 210 Abstellplätze für Motorfahrzeuge erstellt werden. Für die Fahrten ist ein Controlling durchzuführen.~~

3 Mindestens 5 der 210 Abstellplätze sind ab der 1. Bauetappe für Carsharing zu reservieren. Zusätzlich sind Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge gemäss SIA Merkblatt 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» vorzusehen.

6 SVP:

~~1 Für den ganzen Wirkungsbereich sind maximal 570 Fahrten (durchschnittlicher Tagesverkehr DTV, Anlieferungsverkehr nicht enthalten) zulässig. Es dürfen maximal 210 Abstellplätze für Motorfahrzeuge erstellt werden. Für die Fahrten ist ein Controlling durchzuführen. Die Bauherrin darf bis zu 300 Abstellplätze realisieren.~~

3 Mindestens 5 der 210-300 Abstellplätze sind ab der 1. Bauetappe für Carsharing zu reservieren. Zusätzlich sind Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge gemäss SIA Merkblatt 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» vorzusehen.

7 SVP:

~~1 Für den ganzen Wirkungsbereich sind maximal 570 Fahrten (durchschnittlicher Tagesverkehr DTV, Anlieferungsverkehr nicht enthalten) zulässig. Es dürfen maximal 210 Abstellplätze für Motorfahrzeuge erstellt werden. Für die Fahrten ist ein Controlling durchzuführen. Die Bauherrin darf bis zu 350 Abstellplätze realisieren.~~

3 Mindestens 5 der 210-350 Abstellplätze sind ab der 1. Bauetappe für Carsharing zu reservieren. Zusätzlich sind Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge gemäss SIA Merkblatt 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» vorzusehen.

8 SVP:

~~1 Für den ganzen Wirkungsbereich sind maximal 570 Fahrten (durchschnittlicher Tagesverkehr DTV, Anlieferungsverkehr nicht enthalten) zulässig. Es dürfen maximal 210 Abstellplätze für Motorfahrzeuge erstellt werden. Für die Fahrten ist ein Controlling durchzuführen. Die Bauherrin darf bis zu 300 Abstellplätze realisieren.~~

3 Mindestens 5 der 210-300 Abstellplätze sind ab der 1. Bauetappe für Carsharing zu reservieren. Zusätzlich sind Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge gemäss SIA Merkblatt 2060 «Infrastruktur für Elektrofahrzeuge in Gebäuden» vorzusehen.

Abstimmung Nr. 019

2020.PRD.000043: Antrag 4 vs. Antrag 2

Antrag 4 obsiegt

Ja	52
Nein	17
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag von GFL und SP-JUSO.

Jetzt stellen wir den Antrag von GFL und SP-JUSO, Grün, dem Antrag des Gemeinderates gegenüber. Der Antrag des Gemeinderates ist Rot. Wer sich enthalten will, drückt Weiss.

Abstimmung Nr. 020

2020.PRD.000043: Antrag 4 vs. Antrag Gemeinderat

Antrag 4 obsiegt

Ja	52
Nein	17
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag von GFL und SP-JUSO. Wir werden jetzt diesen Antrag dem Antrag der SVP gegenüberstellen, der eben fast identisch ist wie der Antrag Nummer 6, einfach ohne die Streichung.

Wer dem Antrag von GFL und SP-JUSO zustimmt, drückt Grün. Wer dem Antrag der SVP zustimmt, drückt Rot.

Abstimmung Nr. 021

2020.PRD.000043: Antrag 4 vs. Antrag 8

Antrag 4 obsiegt

Ja	52
Nein	16
Enthalten	0

Präsidentin: Den obsiegenden Antrag von GFL und SP-JUSO stellen wir jetzt dem Antrag der PVS-Minderheit gegenüber. Der GFL und SP-JUSO-Antrag ist Grün. Der Antrag der PVS-Minderheit ist Rot. Wer sich enthalten will, drückt Weiss.

Abstimmung Nr. 022

2020.PRD.000043: Antrag 4 vs. Antrag 3

Antrag 4 obsiegt

Ja	51
Nein	18
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag des Abstimmungsblocks ist der Antrag von GFL und SP-JUSO. Wir werden diesen nachher noch einem zweiten Block gegenüberstellen.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen, die unter "Konzepten ohne Fahrtenkontingenten" aufgelistet sind. Zuerst stimmen wir ab über den Antrag SVP, also 300 Abstellplätze, dem Antrag SVP, 350 Abstellplätze, gegenüber. 300 ist Grün. 350 ist Rot.

Abstimmung Nr. 023

2020.PRD.000043: Antrag 6 vs. Antrag 7

Antrag 6 obsiegt

Ja	46
Nein	16
Enthalten	8

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist jener mit 300 Abstellplätzen. Wir stellen den SVP-Antrag mit 300 Abstellplätzen dem SVP-Antrag mit 210 Abstellplätzen gegenüber. 300 ist Grün. 210 ist Rot.

Abstimmung Nr. 024

2020.PRD.000043: Antrag 6 vs. Antrag 5	
Antrag 5 obsiegt	
Ja	16
Nein	53
Enthalten	1

Präsidentin: Obsiegend ist der Antrag SVP mit 210 Abstellplätzen. Jetzt werden wir den Antrag GFL und SP-JUSO Anträgen dem Antrag SVP mit 210 Abstellplätzen gegenüberstellen.

Abstimmung Nr. 025

2020.PRD.000043: Antrag 4 vs. Antrag 6	
Antrag 4 obsiegt	
Ja	51
Nein	17
Enthalten	1

Präsidentin: Der GFL und SP-JUSO-Antrag obsiegt. Jetzt stimmen wir zum Schluss noch über den Antrag von GFL und SP-JUSO ab.

Abstimmung Nr. 026

2020.PRD.000043: Antrag 4	
Annahme	
Ja	53
Nein	17
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wir haben noch einmal 2 Abstimmungen, und zwar den Antrag des Gemeinderats – Entschuldigung, wir haben noch eine Tischvorlage erhalten. Genau, danke für die Erinnerung, und zwar ist es der Antrag der GB/JA!-Fraktion, den ihr als Tischvorlage erhalten habt. Darüber stimmen wir ab.

Antrag
9 GB/JA!:

Nach Inbetriebnahme der Parkplätze ist der Controllingbericht zur Einhaltung des Fahrtenkontingents (DTV) alle zwei Jahre der zuständigen Kommission als Information vorzulegen.

Abstimmung Nr. 027

2020.PRD.000043: Antrag 9

Annahme

Ja	45
Nein	18
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

Jetzt kommen wir zur Schlussabstimmung. Es hat eben noch einmal 2 Abstimmungen, und zwar der Antrag in der so bereinigten Form zuhanden der Stimmberechtigten und dann die Abstimmungsbotschaft. Wir stimmen über den Antrag zuhanden der Stimmberechtigten ab.

Abstimmung Nr. 028

2020.PRD.000043: Vorlage bereinigt

Annahme

Ja	62
Nein	6
Enthalten	2

Präsidentin: Den Antrag habt ihr angenommen. Und jetzt zum Schluss stimmen wir noch über die Abstimmungsbotschaft ab.

Abstimmung Nr. 029

2020.PRD.000043: Botschaft

Annahme

Ja	61
Nein	5
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt der Abstimmungsbotschaft zugestimmt.

Ich hoffe, das ganze Prozedere war einigermaßen nachvollziehbar; jedenfalls so gut wie nur möglich.

2015.BSS.000071

5 Strategische Schulraumplanung für die Volksschulen der Stadt Bern

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 5, der strategischen Schulraumplanung, einem Bericht. Ich erteile der Kommission das Wort. Und weil Janina Aeberhard gerade verhindert ist, wird Corina Liebi für sie übernehmen und für die SBK sprechen.

Corina Liebi (JGLP) für die SBK: Ich werde das Votum von Janina Aeberhard vorlesen. Verzeiht mir, es ist auf Hochdeutsch geschrieben. Ich gebe mein Bestes, es auf Berndeutsch zu übersetzen.

Der vorliegende Bericht zur strategischen Schulraumplanung wurde im Februar in der SBK besprochen. Es ist die umfassende, überarbeitete und aktualisierte Version der strategischen Schulraumplanung, die 2017 erarbeitet wurde. Schulraumplanung ist ein grosses Stichwort und es handelt sich dabei um eine sehr komplexe Verbundaufgabe, die der Gemeinderat, die Verwaltung, die Schulkommissionen und die Schulleitungen gleichermaßen betrifft. Und die Schulraumplanung wird mit den steigenden Schüler*innenanzahlen und den sich verändernden pädagogischen Anforderungen sowie – damit zusammenhängend – auch der zunehmenden Tagesbetreuung und den flexiblen Raumstrukturen oder auch den Einspracherisiken bei Neubauten oder Sanierungen nicht einfacher. Die vorliegende strategische Schulraumplanung beschreibt Grundsätze und Rahmenbedingungen und legt die Handlungsfelder und Verantwortlichkeiten fest, die für die urbanen Schulen der Zukunft berücksichtigt werden müssen. Und sie hat zum Ziel, dass die Stadt Bern die notwendigen Schulräume zur Verfügung stellen kann – zur richtigen Zeit, am geeigneten Ort und in guter Qualität.

Bei der Schulraumplanung gibt es verschiedene Rahmenbedingungen, die berücksichtigt werden müssen, zum Beispiel rechtliche, raumplanerische, pädagogische, gesellschaftliche, aber natürlich auch finanzielle Rahmenbedingungen. Daneben werden bestimmte Grundsätze berücksichtigt, beispielsweise, dass in der Schule von heute Unterricht und Tagesbetreuung pädagogisch, organisatorisch und räumlich eng miteinander verbunden sind. Die Schule wird für die Schüler*innen zu einem ganzheitlichen Lebensraum. Qualitativ guter Schulraum muss deshalb flexibel, professionell und multifunktional genutzt werden können. Pädagogische Entwicklungen und neue Anforderungen an die zeitgemässen Schulen müssen sowohl bei Neubauten als auch bei Sanierungsprojekten in die Planung und Umsetzung miteinfließen. Mit dem vorliegenden Bericht wurden die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten bei der Schulraumplanung überprüft und geklärt. Damit der Informationsfluss zwischen verschiedenen Ebenen sichergestellt werden kann, gibt es ein sogenanntes Koordinationsgremium. Diesem gehören Vertretungen des Schulamts, der Schulleitungen, Immobilien Stadt Bern (ISB), Hochbau, Statistik Stadt Bern, Stadtplanungsamt und situativ auch Stadtgrün an. Den Vorsitz hat das Schulamt.

Zudem wurde der Zeithorizont der strategischen Schulraumplanung verlängert. Neben der bisherigen strategischen Schulraumplanung mit einem kurz- bis mittelfristigen Zeithorizont von 15 Jahren und der konkreten Umsetzung der Schulraumplanung wird neu unter der Federführung des Stadtplanungsamts eine langfristige strategische Schulraumplanung mit einem Zeithorizont von 30 Jahren aufgebaut. Damit werden auch die personellen Ressourcen für die Schulraumplanung gestärkt. In der Kommission haben wir uns sehr detailliert über die Schulraumplanung informieren lassen. Und auch der Bericht gibt einen guten und tiefen Einblick in die komplexen Planungsaufgaben. Die Kommission empfiehlt dem Stadtrat, den Bericht grossmehrheitlich positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Präsidentin: Danke, Corina. Dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Für die SP-JUSO-Fraktion spricht Bettina Stüssi. Sie teilt das Votum mit Szabolcs Mihalyi. Kann jemand Bettina anmelden?

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion: Schulraum – wir reden wieder mal über Schulraum. Und jetzt vielleicht auch etwas positiver. Ich versuche es wenigstens. Denn eigentlich hat schon 2013 der Stadtrat per Motion folgendes verlangt: "Der Gemeinderat erstellt zuhanden des Stadtrates eine aktualisierte Fassung seiner Schulraumplanung." Und heute haben wir 2024. Also über 10 Jahre später legt uns jetzt endlich der Gemeinderat die vorliegende Strategie vor. Die SP-JUSO-Fraktion findet, dass die Strategie gut geschrieben ist, überlegt und auch recht konkret. Es ist eigentlich genau das, was wir oder eben eigentlich auch unsere Stadt vor 10 Jahren gebraucht hätte. Wir, die SP-Fraktion, haben 2014 eine Fachstelle Schulraumplanung gefordert, die es jetzt eigentlich auch gibt. Wir waren damals, und sind eigentlich noch heute überzeugt, dass die Raumplanung denn auch plant. Also, eine Strategie ist ja eigentlich ein Plan. Und wir haben uns dann auch gefragt, was denn die Schulraumplanung eigentlich so gemacht hat, und wieso man es in den letzten 10 Jahren nicht geschafft hat, uns diese Planung vorzulegen. Und wenn ich schon so ein bisschen in der Vergangenheit bin, es ist auch so: Wir haben 2016, also jetzt auch schon fast 10 Jahre her, die Bildungsstrategie verabschiedet. Und in dieser Bildungsstrategie steht eigentlich als dritte Hauptstossrichtung dort, wo es um die Infrastruktur geht, dass die Stadt Bern eine Strategie zur Schulraumplanung mit Leitlinien, mit Zielen und mit Massnahmen habe. Und wenn ich das heutige Papier anschau, dann fehlt mir eigentlich ein grosser Teil von dem, was schon in unserer Bildungsstrategie eigentlich als Ziel steht. Und ich finde es ein bisschen schade. Oder es spricht für mich nicht so ganz für den Gemeinderat. Denn wir hatten schon 2016 mit dieser Bildungsstrategie das Gefühl, dass wir einen Schritt weiter seien, dass man jetzt eben einen Plan habe, eine Strategie, etwas, an das wir uns halten können mit konkreten Zielen und Leitlinien. Und wenn wir jetzt schauen, haben wir noch nicht einmal das übergeordnete Ziel erreicht.

Wenn ich jetzt schau, sage ich: Eigentlich ist es ja gut. Es ist schön, es ist wunderbar. Aber ich frage mich halt einfach, ob denn so ein Papier auch etwas wert ist. Und wenn ich jetzt eben auf die Bildungsstrategie verwiesen habe und sehe, dass wir nicht einmal bei der dritten Hauptstossrichtung das erste Ziel erreicht haben innerhalb von 8 Jahren, fange ich natürlich ein bisschen zu zweifeln an, wie gut oder wie toll die strategische Schulraumplanung der Stadt Bern ist. Und wie gesagt, ich hätte es begrüsst, wenn wir so etwas vor 10 Jahren gehabt hätten. Jetzt kommt mir das Papier ein bisschen aus der Zeit gefallen vor. Es gibt uns eigentlich keine Antworten auf die heutige Situation. Was macht man in der Schulraumkrise? Wie kriegen wir das hin? Wie setzen wir das um, damit wir die guten Grundsätze, denen wir hier als SP-JUSO-Fraktion eigentlich zustimmen können, umsetzen? Da kommt leider Gottes nichts. Ich hätte wenigstens gerne gelesen, dass es irgendwo einen Krisenplan gibt. Denn wir fahren eigentlich gar nicht so weiter, wie man hier sagt, es sei so geplant. Das ist ein Idealbild, das ich toll finde und wir werden auch diesen Bericht, wie man so schön sagt, positiv zur Kenntnis nehmen. Aber ich wünschte mir eigentlich jetzt vom Gemeinderat, dass damit gearbeitet wird, und zwar, dass das weiterentwickelt wird, dass wir diese Ziele haben, auch die kurzfristigen, und die Umsetzung. Denn die Rahmenbedingungen, die da drinstehen, wie Räume ausgestaltet sein sollen oder welche Ansprüche man hat, sind nämlich gut. Hingegen, wenn wir in die jüngste Vergangenheit schauen, wie man zum Beispiel das Bürogebäude im Baumgarten als Schulraum umgenutzt hat, dann entspricht das hinten und vorne nicht diesem Plan. Und ich wünschte mir jetzt vom Gemeinderat, dass wir dort in Zukunft spüren, dass er sich nicht nur übergeordnet etwas überlegt hat, sondern dass er das jetzt in die heutige Zeit herübernimmt und uns oder zumindest der Kommission einmal seine kurzfristigen Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten darlegt. Danke.

Präsidentin: Vielen Dank. Bettina. Szabolcs Mihalyi wird vor der Pause noch den zweiten Teil des Fraktionsvotums halten.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Der Computer ist gerade abgestürzt und ich möchte sowieso auch essen gehen. Also gehen wir essen. Einen guten Appetit.

Präsidentin: Danke vielmals. Dann machen wir nach der Pause weiter. Ich möchte noch schnell etwas sagen. Ich bin ja persönlich sehr für Fotoaktionen. Ich möchte euch aber bitten, diese möglichst in der Stadtratspause zu machen, damit man die Person, die vorne am Reden ist, besser versteht, und weniger abgelenkt ist. Danke vielmals und einen guten Appetit.

Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

26.04.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

29.04.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.55 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Claude Grosjean	Szabolcs Mihalyi
Janina Aeberhard	Lukas Gutzwiller	Tanja Miljanovic
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Niklaus Mürner
Debora Alder-Gasser	Michael Hoekstra	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Mehmet Özdemir
Emanuel Amrein	Matthias Humbel	Florence Pärli Schmid
Ursina Anderegg	Seraphine Iseli	Halua Pinto de Magalhães
Oliver Berger	Ueli Jaisli	Simone Richner
Tom Berger	Bettina Jans-Troxler	Claudio Righetti
Laura Binz	Anna Jegher	Mirjam Roder
Gabriela Blatter	Raffael Joggi	Sarah Rubin
David Böhner	Nora Joos	Michael Ruefer
Michael Burkard	Barbara Keller	Mahir Sancar
Francesca Chukwunyere	Ingrid Kissling-Näf	Judith Schenk
Sibyl Eigenmann	Fuat Köçer	Nicole Silvestri
Nik Eugster	Nora Krummen	Chandru Somasundaram
Alexander Feuz	Anna Leissing	Ursula Stöckli
Jelena Filipovic	Corina Liebi	Bettina Stüssi
Sofia Fisch	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Katharina Gallizzi	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Lionel Gaudy	Esther Meier	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Daniel Michel	Marcel Wüthrich
Thomas Glauser	Matteo Micieli	Paula Zysset
Muriel Graf		

Stadtrat entschuldigt

Ruth Altmann	Milena Daphinoff	Dominic Nellen
Mirjam Arn	Bernadette Häfliger	Irina Straubhaar
Lea Bill	Simone Machado	Michael Sutter

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Franziska Teuscher BSS		

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin	Franck Brönnimann, Stv. Rats- weibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
--------------------------	---	-------------------------------

2015.BSS.000071

5 Strategische Schulraumplanung für die Volksschulen der Stadt Bern

Präsidentin: Liebe Kolleg*innen, herzlich willkommen zurück nach der Pause. Wir machen weiter mit der Beratung. Szabolcs Mihalyi wird jetzt den zweiten Teil des SP/JUSO-Fraktionsvotum halten.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Als Vorsitzender der Interessensgemeinschaft Schulraum im Stadtrat sehe ich zweifellos die Verwässerungen und ich bin nicht der Einzige. Gerade im Schulamt sehen wir wie die Bereitschaft für das Thema Schulraum aktiv angegangen wird. Sehr gut schon das Bekenntnis auf dem Papier zur weiteren Gleichstellung von Schule und Betreuung, das sich in der Realität schon lange abzeichnet. Das ist heute aus der Planung nicht wegzudenken, sowie auch die flexiblen und anpassungsfähigen Räume. Hingegen fällt das vielleicht nur mir auf, aber die Tageschulen, die doch einmal ein Anliegen des Gemeinderates waren – ein wichtiges Anliegen –, die sind im Papier unerwähnt. Nicht alle Probleme, die im Papier erwähnt sind, sind akut. Einsprachen aus den Quartieren und aus der Bevölkerung sind selten, was auch dem guten Austausch, lobenswerterweise, mit Quartier und Schulkommissionen zu verdanken ist. Allerdings hat meine Umfrage unter den Schulkommissionen (SchuKo) in der Stadt ergeben, dass sich nicht alle angemessen zum Papier äussern konnten. Das ist eine verpasste Chance. Das Problem bei den Sanierungen ist oft der Denkmalschutz bei der Schulraumplanung. Die Schulen sind Funktionsbauten, keine Kunstwerke. Es kann nicht sein, dass bei den Sanierungen wegen den bildungselitären Ansprüchen des Denkmalschutzes der Bau von zusätzlichem Schulraum verhindert wird und die Bildungschancen der Kinder aus der breiten Bevölkerung verbaut werden. Es geht auch um den Bau von neuen Schulhäusern, die um Millionen verteuert werden durch unnötige Architekturwettbewerbe. Modulbauten erfüllen den gleichen Zweck für weniger Geld und weniger Bauzeit. Aber der wichtigste Aspekt bei der jahrelangen Schulraumkrise ist die Ursache nicht bei der Politik im Stadtrat, sondern bei der Verwaltung und somit einzig in der politischen Verantwortung des Gemeinderates. Es kann doch nicht sein, dass in unserer Stadt, wo oppositionslos Schulhausrenovierungen und -neubauten durch den Stadtrat gewinkt und von allen Parteien unterstützt werden, wo alle Stadtteile regelmässig mit 90% – Bümpliz vielleicht mit 85% – für die Schulhäuser stimmen, der Gemeinderat sich als unfähig erweist, rechtzeitig genügend Schulraum zu planen und zu bauen. Drei Direktionen beissen sich seit Jahren hier die Zähne aus. Die Schulraumplanung muss viel früher und verbindlicher passieren. Unser Stadtentwicklungskonzept (STEK), das jetzt auch schon ein paar Jahre alt ist, plant die Zukunft richtig, aber leider ohne Schulraumplanung. Es wäre Zeit, die Planung des Schulraums wie er in diesem Bericht steht, schon im STEK verbindlich festzulegen. Der Bericht gibt ähnlich die richtige Richtung vor. Er zeigt, dass den zuständigen 3 Direktionen das Problem bewusst ist. Mindestens 2 von den 3 Direktionen bekommen auch eine neue Leitung. Hoffentlich wird es dann noch besser. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt diesen Bericht positiv zur Kenntnis. Merci.

Präsidentin: Merci vielmals, Sabi. Dann kommt Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Schulraumplanung: Einige Ansätze in dieser Planung, die der Gemeinderat nun angehen will, sind gut durchdacht, andere hingegen lassen einfach bei der Umsetzung oder bei der Legitimität zu wünschen übrig. Einleitend zu

den gemachten Äusserungen und Anmerkungen des Gemeinderates ist klar festzuhalten, dass auch die Schule von heute in erster Linie einen Bildungsauftrag umzusetzen hat. Die Vielfalt von den anderen zusätzlichen Angeboten haben sich der Bildung unterzuordnen und sind nicht über den Bildungsauftrag zu stellen. Die Strukturen wie eine Tages- und Ganztagesbetreuung kann als zusätzliches Angebot am Schulstandort, wo es den räumlichen Möglichkeiten entspricht, dann auch als strategisches Zusatzangebot geführt werden. Es ist aber nicht am Stellenwert des Bildungsauftrags gleichzustellen. Die Nutzung des Schulraums ist primär der Bildung geschuldet. Weiterführende Nutzungen haben sich entsprechend dem Umstand unterzuordnen und die Schule ist auch kein Quartierzentrum. Der Schulraum kann heute multifunktional genutzt werden. Aber das nur, wenn der Bildungsauftrag im Fokus steht. Was störend im Bericht ist, dass Standorte der Zyklus 3-Schulen gemäss strategischer Schulraumplanung auch Stadtübergreifend geplant werden können. Das ist ein klarer Eingriff in die Zuständigkeit der Schulkommission. Da muss unbedingt ein weiteres Gremium, die zuständige Quartierorganisation miteinbezogen werden, damit man entsprechend der Vielfalt des Stadtteils repräsentieren kann. Ebenfalls auf der Strecke geblieben sind längst überfällige Renovationsarbeiten allgemein und natürlich die Führung der Schule in die digitale Welt. Wir stehen vor grossen Herausforderungen. Es muss sehr viel qualitativ guter Schulraum nachgeschoben werden. Bei quartierbezogenen Grossbauprojekten muss künftig unbedingt die Planung von Schulraum miteinbezogen werden. Jetzt habe ich leider hier mein zweites Blatt nicht mehr. Aus all diesen Gründen sind wir zum Schluss gekommen, wegen diesen Mängeln, die es hat – es hat auch positive Sachen drin, das habe ich bereits gesagt –, dass wir diesen Bericht negativ zur Kenntnis nehmen. Danke.

Präsidentin: Danke vielmals, Ueli. Dann kommt Nick Eugster von der FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Ja, ich bin nicht so kurz wie Szabolcs vor der Pause, aber auch nicht wahnsinnig viel länger. Vorhin ist richtig gesagt worden, einige Sachen auf dem Papier hätten wir uns definitiv früher gewünscht. Die Basis für die Schulraumplanung hätte es vor ein paar Jahren schon in dieser Tiefe geben sollen, aber wir anerkennen, dass man aus Fehlern lernt und wir stehen heute an einem anderen Punkt. Es wurde vorhin gesagt, es sei eine Schulraumkrise. Ich finde den Krisenbegriff darf man nicht überstrapazieren. Wir haben Krisen in dieser Welt, aber bitte eine Schulraumkrise... Wir sind einfach in den letzten Jahren der Planung immer hinterhergerannt. Fehlende Führung und fehlende Vision werfe ich höchstens vor. Und wir haben darum zum Teil die Situationen gehabt, die wir eben schlussendlich auch gehabt haben und die sind unschön gewesen. Und darum genau braucht es das vorliegende Papier, das ist der Inhalt wert. Wir nehmen die Schulraumplanungsgrundsätze positiv zur Kenntnis. Sie machen möglich, dass auch künftig unser Schulraum aufgrund klarer Leitlinien basiert und passiert. Deshalb heissen wir von der Fraktion FDP/JF den Bericht gut und nehmen ihn positiv zur Kenntnis. Merci.

Präsidentin: Merci, Nik. Gibt es noch Fraktionserklärungen? Dann kommen wir zu den Einzelvoten: Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich will da nicht weiter Eulen nach Athen tragen, für mich 1-2 wichtige Elemente. Ein Element auf das Bettina Stüssi hingewiesen hat und auch Nick Eugster. Man hat schon lange den Auftrag gegeben, jetzt ist das Projekt endlich da. Ich möchte einfach festhalten, die SVP hat schon jahrelang keinen Gemeinderat mehr gestellt, in der Schule schon gar nicht. Die Schulraumplanung ist für mich

ein tristes Kapitel. Ich habe euch das traurige Kapitel Kirchenfeld-Schulhaus genannt – ich bin vorhin ja etwas angegriffen worden –, ein Projekt, bei dem es nie so geplant gewesen ist, dass man ganz wenig macht. Ich bin einfach der Meinung, man hat damals den Perimeter so gesteckt, dass es nur noch die unterirdische Schulverbindung geben konnte mit diesen unterirdischen Bauten. Ich habe immer gewarnt, wenn ihr wollt, dass ihr Schulraum bauen könnt, müsst ihr das Gespräch mit den Nachbarn suchen. Die dürfen nicht glauben, dass die ganze Nacht Sport gemacht wird. Dann werdet ihr unweigerliche Einsprachen haben. Deshalb bin ich froh, dass man beim Gaswerkareal dem Antrag des Grünen Bündnisses zugestimmt hat. Das ist genau der richtige Weg, weil damit können wir verhindern, dass die Anwohner Angst haben vor einer neuen Lösung. Aber denkt daran, ich habe das gesagt, ich sage das immer wieder, hier bin ich ein bisschen Cassandra, zu Recht. Wenn wir mit grossen Schuhen laufen wollen, wie damals beim Goumoëns-Schulhaus, wo man zuerst das ganze Areal mit immens grossen Bauten überbauen wollte, trifft man nachher unweigerlich auf Widerstand. Genau dasselbe beim Egelsee-Wyssloch, auch dort hat man dem Quartier ein Schulhaus auf das Auge drücken wollen. Beim Kirchenfeld, da bin ich halt auch Cassandra, kämpfe ich immer noch gegen das Projekt, aber ich sage, auch dort ist es ein Fehler. Man kann darüber lachen, aber es ist halt immer noch nicht gebaut und um euch einfach nochmals darauf hinzuweisen, der erste Schulraumbau hat vielleicht 30'000'000 Franken gekostet. Jetzt bauen wir für 26- oder 21'000'000 Franken ein Provisorium und müssen dann gleich noch für 46'000'000 Franken etwas machen. Das ist eben Geldvernichtung. Das ist eben hier nicht eine Stadt, sondern eine Städtevernichtung, genau wie beim Bahnhofplatz auch. Wenn man in den hinteren Reihen lacht, sage ich es gerne noch einmal: Kaum hat man etwas gebaut, will man es schon wieder abreißen.

Präsidentin: Danke vielmals, Alex. Es gibt noch ein Einzelvotum von Bettina Stüssi.

Bettina Stüssi (SP), Einzelvotum: Ja, ich muss jetzt trotzdem noch ein bisschen etwas sagen, wenn Alex hier wieder ein bisschen gewettert hat. Ich finde einfach, dass das Papier, das wir hier haben, bei dem ich gesagt habe, es sei ein bisschen aus der Zeit gefallen, wo Nik gefunden hat, ja, das hätte man auch schon lange eben einmal gebraucht, hat durchaus seinen... oder könnte durchaus seinen Wert haben. Das möchte ich einfach noch gesagt haben. Es könnte durchaus seinen Wert haben. Es kommt jetzt ein bisschen darauf an, wie fest man dieser Strategie nachgeht, wie man sich an die Strategie hält und wie sieht denn jetzt die Umsetzung aus. Und wenn er schon vom Kirchenfeldschulhaus gesprochen hat, dann rede ich halt mehr vom Baumgarten-Schulhaus, bei dem ich dann das Gefühl habe, dass das einfach das Paradebeispiel ist, wie man es gemacht hat. Bei dem eigentlich nichts wie man es gemacht hat, in dieser Strategie gestanden hat. Und somit wünsche ich mir einfach dann, dass wenn wir das jetzt schon haben, wenn das jetzt schon im Stadtrat vorgelegt wurde und sie alle hier gehört haben, was eigentlich das Parlament jetzt mit dieser Strategie will und welche Wünsche und welche Hoffnungen in dieser Strategie jetzt enthalten sind, dass es jetzt auch mitgenommen wird. Erstens ins Schulamt mal, das ich glaube, nicht präsent ist. Warum weiss wohl auch niemand und auch in den Gemeinderat, der hier durchaus präsent ist. Und das wäre jetzt zu wünschen, dass wir eigentlich jetzt – Ich darf eben das Wort nicht mehr brauchen –, aus dieser Schulraumproblematik eigentlich gut herauskommen und für die Zukunft nicht nur planen, sondern dann auch bauen oder erstellen.

Präsidentin: Merci, Bettina. Wenn es keine Einzelvoten mehr gibt, gebe ich Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich möchte als erstes Corina Liebi für das Vorstellen dieser Schulraumplanungsstrategie danken. Ich finde, das ist sehr gelungen. Ich brauche auf den Inhalt eigentlich nicht mehr einzugehen. Der Gemeinderat hat die überarbeitete Strategie im Dezember 2023 verabschiedet und dann staune ich schon ein bisschen, wenn die SP, die sich ja um die Schulraumplanung und Schulraumstrategie immer sehr interessiert hat, was ich natürlich sehr schätze, denn die Schulraumthematik ist ganz eine wichtige, wenn hier vorne nachher von der SP-Fraktionssprecherin behauptet wird, man habe 2013 eine Motion eingereicht, wo nichts nachher passiert ist. Die, die den Titel gelesen haben, es ist eine überarbeitete, strategische Schulraumplanung. Wir haben euch 2016 eine Schulraumstrategie vorgelegt. Nachdem ab 2010 die Zahlen der Schülerinnen und Schüler am Wachsen gewesen sind, haben wir die Arbeiten in die Hand genommen und 2016 haben wir die erste Schulraumstrategie dargelegt und jetzt 2024 legen wir die überarbeitete Strategie vor, die insbesondere den weiterhin wachsenden Zahlen gerecht wird, aber eben auch dem zusätzlichen Raum, den wir brauchen für die Tagesbetreuung und den Herausforderungen, die nicht minder gross sind, also mindestens so gross sind wie 2016.

Die Gründe für die Planung, die das sehr anspruchsvoll machen, sind aus Sicht des Gemeinderates die folgenden: Zum einen wächst die Stadt Bern gegen innen und in einer verdichteten Stadt ist es eine grosse Herausforderung, den nötigen Schulraum zur Verfügung zu stellen. Alle Schulanlagen haben ihr Potenzial ausgeschöpft und dort können wir nichts Neues machen und darum ist der Gemeinderat davon überzeugt, dass eben das Schulhaus Baumgarten nicht ein falsches Schulhaus ist, welches umgenutzt worden ist von einem Bürogebäude. Sondern, dass das ein Zukunftsmodell ist, weil genau in dem Schulhaus Baumgarten haben wir zum ersten Mal pädagogisch angepasste Räume zur Verfügung stellen können, damit die neuen Lernformen mit den Lernateliers auch umgesetzt werden können, was in bestehenden Schulgebäuden zum Teil sehr schwierig ist. Nachher wenn wir ein Schulhaus bauen wollen, konkurrenzieren jetzt immer die freien Flächen natürlich auch mit anderen Interessen. Und unsere Schulhäuser sind jetzt ebenso geplant, dass sie wirklich einen Mehrwert für das Quartier haben. Wir können es uns in dieser Stadt nicht leisten, zu sagen, Schulhäuser gehören nur der schulischen Nutzung. Schulhäuser müssen auch dem Quartier zur Verfügung stehen, sei das im Aussenraum, damit man sich dort treffen kann, dass man dort am Wochenende verbringen kann. Oder die Schulräume: Am Abend oder am Wochenende müssen die Schulräume auch von Quartiervereinen und Jugendlichen genutzt werden können, weil wir können und wollen nicht doppelte Infrastruktur zur Verfügung stellen. Beim Schulraum, da ist schon gesagt worden, stehen auch immer wirtschaftliche Überlegungen im Zentrum. Und darum ist es so, an Ueli Jaisli als Sprecher der SVP, wir können nicht jede Sanierung machen in dieser Stadt Bern, die wir gerne möchten, wir müssen eine Planung machen, die realistisch ist mit unserem Investitionsbudget. Und das heisst halt, dass wir manchmal eine Sanierung ein bisschen mehr hinausschieben müssen, weil wir mit unseren wachsenden Schülerinnen- und Schüler-Zahlen wirklich auch neuen Raum schaffen müssen. Weil über das brauchen wir nicht zu diskutieren, denn das ist die Vorgabe des Kantons und die wollen wir natürlich einhalten. Und die Schulraumplanung, die Schulraumstrategie, die bleibt eine Planung. Wir können hier nicht sagen, die ist jetzt einmal verabschiedet und nachher setzen wir einfach das Programm um, denn es gibt immer wieder Sachen, die dazwischenkommen. Ich habe nichts gegen Einsprachen. Das ist ein legitimes Mittel in einer Demokratie, aber Einsprachen, die verzögern unsere Bauten. Darum müssen wir nach Plänen B oder Plänen C suchen und darum hat es halt manchmal die Folge, dass wir halt dann erst kurzfristig

ein Provisorium aufgestellt haben. Aber ich kann ihnen sagen, dass es in der Stadt Bern immer noch gelungen ist, dass wir zu Beginn des Schuljahrs für jedes Kind einen guten Schulraum hatten. Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, jetzt die Überarbeitung der Schulraumstrategie zu machen. Wir haben Verwaltungsintern breit abgestützt zusammengearbeitet und ich danke der Verwaltung sehr, dass sie mit grosser Sorgfalt und auch grosser Geduld alle die Herausforderungsklippen, die es da gegeben hat, aus meiner Sicht sehr gut gemeistert hat. Wir haben jetzt eine Schulraumstrategie mit dem Ziel, dass Schulräume zum richtigen Zeitpunkt am geeigneten Ort und in der geforderten Qualität bereitstehen und darum danke ich euch für die Zustimmung von der überarbeiteten Schulraumstrategie.

Präsidentin: Danke, Franziska. Wir kommen zur Abstimmung. Wir nehmen wertend Kenntnis des Berichts des Gemeinderates. Wir stimmen ab: Grün ist zustimmend, Rot ist ablehnend und ohne Wertung Weiss.

Abstimmung Nr. 030

2015.BSS.000071	
Kenntnisnahme zustimmend	
Ja	57
Nein	6
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr habt den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen.

2019.BSS.000060

6 Betreuungsgutscheine: Zusatzleistungen der Stadt: Reglement vom 11. Juni 2020 über die familienergänzende Betreuung von Kindern (Betreuungsreglement; FEBR; SSSB 862.31); Teilrevision; 1. Lesung

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 6 zu den Betreuungsgutscheinen. Es ist die erste Lesung einer Teilrevision. Ich möchte nochmals darauf aufmerksam machen, dass wir eine neue Beratung haben. Wir werden jetzt auch nach der ersten Lesung schon über die gestellten Anträge abstimmen. Vor der Schlussabstimmung also kann man den Antrag stellen, ob man auf die zweite Lesung verzichten will, und das könnte man machen mit einer Zweidrittelmehrheit und dann würden wir auch schon heute die Schlussabstimmung vollziehen. Dann erteile ich der Kommission das Wort. Für die SBK Sarah Rubin. Könnte sie wohl noch jemanden anmelden, bitte?

Sarah Rubin (GB) für die SBK: Im Juni 2020 ist das Reglement zur familienergänzenden Betreuung FEBR einer Totalrevision unterzogen worden und der Stadtrat hat beschlossen, die Einführung mit einem Monitoring zu begleiten. Das soll untersuchen, wie sich die Tarife, die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Kitas entwickeln. Die Ergebnisse sind Ende Oktober 2023 vom Stadtrat zur Kenntnis genommen worden. Das Monitoring hat eindrücklich aufgezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Grob zusammengefasst sind die Tarife seit 2021 bei gleichbleibender Vergünstigung stetig angestiegen und so hat das zur finanziellen Belastung der Eltern geführt. Für Eltern der höchsten Einkommenskategorie sind die Kosten um 25% gestiegen, während sich die

Kosten für Eltern von der tiefsten Einkommenskategorie, sage und schreibe verdreifacht haben. Wir reden hier von Tarifen für Kinder ab 12 Monaten bis und mit Kindergarten. Der Gemeinderat hat deshalb den vorliegenden Vorschlag für eine erneute Teilrevision erstellt. Neu soll der sogenannte allgemeine Zuschlag, der hat bisher für alle Gutscheinberechtigte 11 Franken pro Tag betragen, neu soll der auf Maximum 31 Franken pro Tag angehoben werden und einkommensabhängig gestaltet sein, um die proportionale Kostenbelastung der tieferen Einkommen zu mildern. Konkret gibt es den Abzug bis zum massgebenden Einkommen von 43'000 Franken. Ab dem Einkommen wird der Zuschlag dann linear bis zum massgebenden Einkommen von 140'000 Franken abgesenkt. Der Gemeinderat hat eigentlich ursprünglich 120'000 Franken als obere Grenze vorgesehen, aber die Vernehmlassungsantworten haben ihn dazu bewogen, eben auf die 140'000 Franken hochzugehen. Der zweite Punkt der Teilrevision ist der, dass der Zuschlag für Kinder unter 12 Monaten von Maximum 50 Franken auf Maximum 20 Franken pro Tag gesenkt wird. Er bleibt einkommensabhängig.

Im Rahmen der Teilrevision werden die Begrifflichkeiten dem Umstand angepasst, dass vergünstigte Betreuung auf Kantonsebene nicht mehr ein Angebot der Sozialhilfe ist, sondern neu unter der Verordnung zur Familien-, Kinder- und Jugendförderung läuft. Die vorgeschlagenen Änderungen werden voraussichtlich ohne Mehrkosten umgesetzt werden können. Einerseits wird pro Jahr etwa 448'000 Franken gespart, wegen der Reduktion des Baby-Tarifs. Die neue Ausgestaltung des allgemeinen Zuschlags wiederum führt zu einer Mehrbelastung von etwa 656'000 Franken pro Jahr. Die daraus resultierenden Mehrkosten betragen etwa 208'000 Franken pro Jahr. Weil aber die Nachfrage nach Betreuungsgutscheinen und die beanspruchten Pensen nach wie vor abnehmen, führt das wiederum zu abnehmenden Kosten für die Stadt, was dann im Ganzen wieder etwa aufgehen sollte, sprich kostenneutral sein. In der Kommission war insbesondere die Reduzierung des Baby-Tarifs unbestritten. Diskutiert wurde vor allem die Obergrenze des massgebenden Einkommens für den einkommensabhängigen allgemeinen Zuschlag. Daraus hat sich dann der SBK-Minderheitsantrag ergeben, der anstellen des Gemeinderatsvorschlages, der ja die Grenze bei 140'000 Franken setzt, will eben den Minderheitsantrag die Grenzen höher ansetzen, und zwar bei 160'000 Franken mit der Absicht, den Mittelstand so zu entlasten. Die Argumente gegen den Antrag sind gewesen, dass es sich beim sogenannten massgebenden Einkommen nicht um das steuerbare Einkommen handelt und das ist ja meistens das deutlich höhere als das massgebende, was im Endeffekt bedeutet, dass Leute mit dem massgebenden Einkommen von 140'000 Franken je nach Abzügen ein deutlich höheres steuerbares Einkommen haben. Zudem laufen auf kantonaler und Bundesebene verschiedene Initiativen und Motionen, die ebenfalls die Einkommensobergrenze anheben wollen. Ebenfalls wird die Grenze von 140'000 Franken, wie bereits erwähnt, kostenneutral für die Stadt, als im Gegensatz, wenn die Grenze bei 160'000 liegen würde. Wie gesagt, das waren die Argumente gegen den SBK-Minderheitsantrag. Die SBK empfiehlt ihnen grossmehrheitlich, dieses Geschäft anzunehmen. Die beantragte Teilrevision unterliegt dem fakultativen Referendum.

Präsidentin: Merci, Sarah. Was ich jetzt nicht gehört habe, hast du den SBK-Minderheitsantrag auch schon begründet? Wird das noch jemand begründen? Gut, kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Barbara Keller von der SP/JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Der Zugang zu familienergänzender Kinderbetreuung für alle Familien zu ermöglichen, ist ein Kernanliegen der SP. Damit wird die Bildung, die Chancengleichheit, die Gleichstellung und die Vereinbarkeit von Familie

und Beruf verbessert. Die Zusatzleistungen der Stadt Bern zu den kantonalen Betreuungsgutscheinen sind für uns sehr wichtig. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für den Zugang zu Kitas. Ende Oktober 2023 haben wir den Monitoringbericht zu den Kitas zur Kenntnis genommen. Der Bericht ist alarmierend gewesen, weil die Inanspruchnahme von Betreuungsgutscheinen bei Familien mit tiefem Einkommen tendenziell abgenommen hat, am deutlichsten bei Einkommen unter 10'000 Franken und bei Sozialhilfeempfänger*innen. Gerade diese Leute wären besonders auf die Betreuung angewiesen, weil sie für ein genügendes Einkommen mehr schaffen müssen als Familien mit hohem Einkommen. Generell kann man sagen, dass Familien mit geringerem Einkommen und stärkerem finanziellem Druck immer mehr in Bedrängnis kommen und ihre Kinder deswegen nicht mehr in die Kitas schicken können. Deshalb findet unsere Fraktion Zusatzleistungen zu den kantonalen Betreuungsgutscheinen auch sehr wichtig. Sie leisten einen Beitrag, um den Beitrag zu familienergänzender Kinderbetreuung für Familien erschwinglich zu machen. In dieser Revision schlägt die Stadt 2 Anpassungen vor: Einerseits soll der Zuschlag für Kinder unter 12 Monaten von maximal 50 auf maximal 20 Franken pro Kind und Betreuungstag reduziert werden. Der Bericht von Interface zeigt, dass die Tarife für Kinder unter 12 Monate nicht so stark gestiegen sind, wie man vermutet und die maximale Gutscheinhöhe den Tarif abdecken können. Die Absenkung des sogenannten Baby-Zuschlags wird deshalb der Familie mit ganz tiefem Einkommen keine Nachteile bringen. Aber Familien mit einem anrechenbaren Einkommen von über 43'000 Franken werden neu einen kleineren Kinderzuschlag bekommen. Auch das sind Familien, die oft kein besonders hohes Einkommen haben. Deshalb ist es für uns zentral, dass die Subventionen der Stadt gerade dort insgesamt nicht gesenkt werden, damit die Senkung des allgemeinen Zuschlags aufgefangen werden kann.

Andererseits soll der allgemeine Zuschlag neu ausgestaltet werden. Bis jetzt sind von der Stadt pro Kind und Betreuungstag 11 Franken gewährt worden, unabhängig vom Einkommen. Neu soll der Zuschlag einkommensabhängig gestaltet werden. Familien mit einem tiefen Einkommen bekommen maximal 31 Franken. Das wird nachher linear reduziert. Familien ab einem Referenzeinkommen von 140'000 Franken bekommen keinen städtischen Zuschlag mehr. Für uns ist wichtig, dass die tiefen Einkommen stärker entlastet werden als die höheren und damit die Kitaplätze eben für alle zugänglich sind. Aber man muss sagen, dass auch Mittelstandsfamilien zunehmend durch steigende Lebenskosten wie Krankenkassenprämien, Teuerung und steigende Mietzinsen belastet werden. Auch dort ist es weiterhin wichtig, dass es Kitasubventionen gibt. Deshalb hat sich die SP in der Vernehmlassung auch dafür ausgesprochen, dass das massgebliche Einkommen erhöht wird. Der Gemeinderat schlägt uns heute 140'000 Franken vor. Hier geht es um das massgebliche Einkommen. Ihr habt die Berechnungen alle in den Unterlagen, aber ich finde es wichtig, noch einmal zu sagen, dass das effektiv etwa 220'000 Franken sind und das ist doch eine Höhe, wo wir das Gefühl haben, dass es legitim ist zu sagen, ab dem braucht es keine Subventionen mehr zusätzlich von der Stadt. Wir werden den entsprechenden Minderheitsantrag auf ein noch höheres massgebliches Einkommen ablehnen. Uns ist wichtig, dass diese Revision wirklich denen hilft, die diese Subventionen nötig haben, und das sind Leute mit tiefem oder mittlerem Einkommen. Wir wollen diesem Trend unbedingt entgegenwirken, dass Leute, die ihre Kinder aus finanziellen Gründen nicht mehr in die Kitas schicken können, und das schaffen wir nur mit einem abgestuften Beitrag.

Präsidentin: Danke, Barbara. Dann hat Ursina Anderegg von der GB/JA!-Fraktion das Wort.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die Revision zur Anpassung der städtischen Zusatzvergünstigungen der Betreuungsgutscheine. Etwa so kompliziert wie mein erster Satz jetzt gewesen ist, so kompliziert ist das Kitawesen bei uns im Kanton und in der Stadt. Wir sind darum sehr froh, dass der Gemeinderat das von uns geforderte Monitoring der Situation auf städtischem Boden, was die familienexterne Kinderbetreuung anbelangt bei den Kitas, dass er das so sorgfältig umgesetzt hat und dass wir darum jetzt eine gute Sicht haben, wie sich es wirklich entwickelt hat seit der Einführung der Betreuungsgutscheine und jetzt können wir gezielt auf die Entwicklungen und Trends reagieren und jetzt Anpassungen vornehmen. Wir haben die Einführung dieser so hochgepriesenen Subjektfinanzierungen in diesem Bereich über Betreuungsgutscheine auf städtischer wie auf kantonaler Ebene immer bekämpft und wir beobachten jetzt die Folge dieses Subjekt-Finanzierungssystems mit grosser Sorge. Die Logik des sogenannten freien Markts an Kitaangebote ohne Deckelung – das ist ein wichtiger Punkt ohne Deckelung der Tarife – das hat zu sehr grossen Herausforderungen geführt und hat in sehr kurzer Zeit dazu geführt, dass viele Betriebe unter grossem Konkurrenzdruck stehen und am Anschlag sind. Die Kosten werden notgedrungen auf die Eltern umgewälzt und der Druck auf das Personal ist am Steigen. Das alles zeigt das Monitoring eindrücklich. Das Angebot in der Stadt hat beispielsweise zugenommen, obwohl insgesamt weniger Plätze beansprucht werden. Der Versorgungsgrad in den Quartieren Bümpliz und Bethlehem ist sehr tief, und gleichzeitig hat es in den Quartieren mit vielen zahlungskräftigen Eltern ein grosses Angebot. Die Elterntarife, das haben wir jetzt schon mehrmals gehört, sind in der Mitte der Zeiten einer massiven allgemeinen Teuerung gestiegen und die beanspruchten Betreuungspensen pro Kind sinken vor allem bei den Eltern mit tiefen Einkommen. Das ist eine sehr alarmierende Entwicklung und es kann nicht sein, dass sich immer weniger Eltern die familienexterne Kinderbetreuung leisten können, und dass vor allem Familien mit tiefen Einkommen abgehängt werden. Das bedeutet grosse Rückschritte betreffend Chancengleichheit von Kindern und von ihren Eltern und es bedeutet auch grosse Rückschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter. Es ist deshalb für uns klar, dass die Stadt alles tun muss, um die Versorgung möglichst für alle zugänglich zu behalten und zu machen und dass wir jetzt darauf reagieren müssen. Und wir befürworten deshalb auch den Vorschlag des Gemeinderates für ein einkommensabhängiges Zusatzvergünstigungssystem.

Die kleineren Einkommen spüren die Tariferhöhungen logischerweise massiv überproportional als die höheren und in Anbetracht der grundsätzlichen Teuerung und der steigenden Armut ist für uns klar, dass man die Perspektive in den Vordergrund stellen muss. Für uns ist es nachvollziehbar, dass es neu ab der Schwelle von einem massgebenden Einkommen von 140'000 Franken, Zusatzvergünstigungen gedeckelt werden sollen. Wir wären auch einverstanden gewesen mit der ursprünglich vorgeschlagenen Schwelle von 120'000 Franken. Das ist immer noch sehr hoch als massgebendes Einkommen. Das wäre für uns immer noch vertretbar gewesen. Jetzt liegen aber eben die Anträge auf dem Tisch, die die Schwelle von 140'000 sogar auf 160'000 anheben wollen. Ich finde das relativ interessant, vor allem, weil die Anträge aus einer Ecke kommen, die immer unermüdlich hier in diesem Ratssaal betonen, dass die Stadt nicht überall dort, wo der Kanton und Bund Lücken hinterlässt, einspringen soll. Und es ist auch die gleiche Ecke, die propagiert, dass die Stadt ein massives Finanzproblem hat, und jetzt fordern sie eine städtische Subventionierung von Personen, die so ein hohes Einkommen und Vermögen haben, dass sie auf ein massgebendes Einkommen zwischen 140'000 und 160'000 Franken kommen. Das ist etwa gleich erstaunlich wie die Tatsache, dass in diesem Zusammenhang auch immer wieder vom Mittelstand die Rede

war. Wir haben vorher gehört, was das heisst, was es wirklich für Netto-Löhne braucht, um auf die Schwelle zu kommen und für uns ist es ein bisschen unverständlich, dass man da die Mittelsstandsdiskussion führen will. Ich verstehe es, aber aus gleichstellungspolitischer Perspektive gibt es ein Argument, dass es eigentlich für alle Einkommen ein bezahlbares Kitaangebot braucht. Und es freut uns, dass auch offenbar die bürgerlichen Parteien hier im Rat grossmehrheitlich das auch finden, sonst wären ja solche Anträge nicht auf dem Tisch. Das beisst sich aber leider irgendwie ein bisschen mit der Politik von euren Kolleg*innen auf nationaler und kantonaler Ebene, die schon längstens vorwärtsmachen können bei diesem Thema. Aber sie sind irgendwie mehr beschäftigt mit Unternehmenssteuersenkungen oder Aufrüstungsmehrausgaben. Wir hoffen deshalb, dass ihr eure Kollegen auf diesen beiden anderen Ebenen für eine anständige Grundfinanzierung der familienexternen Kinderbetreuungsangeboten überzeugen könnt. Unsere Kollegen auf diesen Ebenen die Arbeiten schon lange daran, aber die kommen irgendwie nicht so gut vorwärts und es freut uns, dass da sehr viele motivierte Bürgerliche in dem Raum sitzen, zum dort die Blockade ein bisschen zu lösen und dann können wir alle zusammen einen Schritt weitergehen. Wir lehnen den SPK-Minderheitsantrag zu der Erhöhung von dieser Schwelle ab und wir lehnen auch alle anderen Anträge ab, wo auf die städtischen Vergünstigungen an sich angreifen wollen und wir stimmen dem Geschäft des Gemeinderates so zu. Merci vielmals.

Präsidentin: Danke, Ursina. Als nächstes kommt Nik Eugster von der FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Das Geschäft hat bei uns in der Fraktion so ein bisschen ein Wechselbad der Gefühle ausgelöst, bekommt aber trotzdem unsere Zustimmung. Grundsätzlich sind die Betreuungsgutscheine ein Erfolgsmodell, und diese Initiative ist auch in unseren Reihen entstanden. Sie unterstützen Familien substantiell bei der externen Kinderbetreuung. Es ist wichtig, dass man sich nach einer Geburt rasch wieder in das Arbeitsleben integriert, so auch Männer wie Frauen, sonst verpasst man in der heutigen Zeit, wo ja technologisch sehr viel sehr schnell passiert, enorm viel. Sorry liebe Kollegen, die das Reglement in vielen Bereichen bestreiten, die Zeiten sind vorbei, wo man sich für ein paar Jahre einfach ausklinken konnte für die Kinderbetreuung und später wiedereinsteigen. Das gilt so auch für Frauen wie für Männer. Betreuungsgutscheine sind wichtige Instrumente für die Gleichberechtigung über alle sozialen Schichten. Und weil ich eben sage: "über alle sozialen Schichten" haben wir auch kein Problem, wenn die Unterstützung einkommensabhängig ist. Das Giesskannenprinzip erachten wir nicht als richtig. In unserer Vernehmlassung haben wir gefordert, dass die Begrenzung der städtischen Unterstützung beim massgeblichen Einkommen von 160'000 Franken liegt. Auch der Kanton orientiert sich an dieser Grenze. Der Sonderzug der Stadt mit 120'000 Franken haben wir abgelehnt. Wir begrüssen aber sehr, dass der Gemeinderat mit 140'000 Franken einen Kompromiss anbietet. Und wir finden, dass zwar immer noch unschön, dass die Stadt da einen Sonderzug fährt, aber wenn da ein Kompromiss angeboten wird, dann finden wir, dann können wir uns auch bewegen. Die Delegation der Stadt hat da... Die Kommission hat uns vorbildlich erklärt, wie das genau geht mit dem massgeblichen Einkommen und darum haben wir das Gefühl, das geht auch mit diesen 140'000 Franken. Im Sinne der Sache und als Anerkennung für das Entgegenkommen nach der Vernehmlassung nehmen wir bei der Gegenüberstellung – und jetzt gut zuhören Ursina – den Antrag des Gemeinderates an, die Anträge der SVP lehnen wir natürlich ab. Eben wir finden die Vorlage an und für sich gut und wie haben anfangs gesagt, wir haben eine andere Vorstellung von zeitgemässer Kinderbetreuung.

Präsidentin: Danke, Nik. Als nächstes kommt Janina Aeberhard. Teilst du das Votum mit Bettina Jans-Troxler? Gut, Merci.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Bettina und ich werden uns das Votum aufteilen. Ich spreche für einen Teil der Fraktion, der die vorgeschlagenen Änderungen kritisch sieht. Ich möchte aber auch vorab schicken, dass wir intensiv über dieses Geschäft gesprochen haben und wir Grünliberalen im vergangenen Herbst auch eine Vernehmlassungsantwort dazu eingereicht haben. Wir unterstützen das System der Betreuungsgutscheine. Ein bedarfsgerechtes und bezahlbares Angebot an Kinderbetreuung stellt die Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar, und ist die Grundvoraussetzung für die Erreichung der Chancengleichheit, der Chancengerechtigkeit für alle Geschlechter, für eine hohe Arbeitsmarktintegration der Eltern und für die Linderung des Fachkräftemangels. Wir begrüßen es, dass der Gemeinderat einen Monitoringbericht in Auftrag gegeben hat. Die vorgeschlagenen Änderungen sieht ein Teil von uns, aber wie gesagt auch kritisch. Die Reduktion des Baby-Zuschlags findet eine grundsätzliche Zustimmung in der Fraktion. Es ist wirklich so, dass sich die Preise für Kinder bis 12 Monate anders entwickelt haben, als man das ursprünglich angenommen hat und es gibt darum mit dem aktuellen Zuschlag der Stadt eine Überfinanzierung. Beim allgemeinen Zuschlag sieht es ein Teil der Fraktion etwas anders. Wir finden es gut, dass die Obergrenze für den Zuschlag, aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung, zumindest schon einmal von 120'000 auf 140'000 Franken massgebendes Einkommen erhöht worden ist. Damit liegt die Zäsur bei einem massgebenden Einkommen von 105'000 Franken. Ab dem, werden die Familien zu Gunsten der Umverteilung künftig stärker zur Kasse gebeten. Beim ursprünglich geplanten Grenzwert von 120'000 massgebenden Einkommen wäre das schon bei Familien mit einem massgebenden Einkommen von 90'000 Franken so gewesen, dass sie stärker belastet worden wären als bis anhin. Man kann natürlich darüber diskutieren, was der Mittelstand ist, beziehungsweise bis zu welchem Einkommen. Aber ich glaube, das ersparen wir uns hier, weil wir uns da auch nicht einig werden. Wir haben in der Fraktion vor allem grundsätzlich über die Einkommensabhängigkeit diskutiert. Tatsache ist, dass mit der Einkommensabhängigkeit, und zwar egal, bei welchem Grenzwert, dass angesetzt wird, ob bei 120'000 Franken oder 140'000, die Umverteilung der Vereinbarkeit und Gleichstellung gesetzt wird. Das wollen ein paar von uns in der Fraktion nicht. Zu den Anträgen: Der SPK-Minderheitsantrag ist bereits begründet worden. Der hat bei uns bei gewissen Sympathien. Die von uns, die sich grundsätzlich gegen die Einkommensabhängigkeit beim allgemeinen Zuschlag aussprechen, werden den Antrag 11 der SVP annehmen. Der Antrag 12 der SVP hingegen, der die Reduktion des Baby-Zuschlags nicht will, wird die gesamte Fraktion ablehnen, weil wir dort, wie ich schon gesagt, sehen, dass das seine Legitimität hat, weil das sonst die Stadt überfinanzieren würde. Bei den restlichen SVP-Anträgen wird auch die gesamte Fraktion GLP, JGLP, EVP diese ablehnen. Merci vielmals, ich übergebe Bettina.

Präsidentin: Danke, Janina. Dann hat Bettina Jans-Troxler das Wort.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Dies war die Meinung von einer guten Hälfte der Fraktion. Für einen anderen Teil der Fraktion ist die Anpassung des geltenden Reglements an die aktuelle Situation wichtiger. Wir haben ja gehört, schon bei den Kleinkinderzuschlägen hat sich im Monitoring gezeigt, dass sie aufgrund der Tarifge-

staltung der Kitas gar nicht gebraucht werden und durch die neue Verteilung der Zuschläge können Familien mit tiefen Einkommen stärker unterstützt werden, was häufig fremdsprachige Familien sind, wodurch deren Kinder durch das frühzeitige Deutschlernen, während ihrer ganzen Schulkarriere profitieren können. Das ist aus unserer Sicht eine sinnvolle Umverteilung, auch wenn dadurch das Ziel der Gleichstellung ein bisschen zurücktreten muss. Es ist noch zu beachten, dass das massgebende Einkommen, von dem wir reden, welche Grenze das es haben soll, nicht dem Nettolohn entspricht, leider auch nicht dem steuerbaren Einkommen, sondern nach einem speziell für die Betreuungsgutscheine geschaffenen System des Kantons berechnet wird. Es werden einige Abzüge vorgenommen. Somit ist das tatsächliche Einkommen einer Familie mit 140'000 Franken massgebenden Einkommen noch um einiges höher. Aus diesen Gründen, weil wir schlussendlich die Prioritäten anders gewichten, wird ein Teil der GLP/JGLP/EVP-Fraktion dem Vorschlag des Gemeinderates zustimmen. Merci.

Präsidentin: Danke, Bettina. Dann hat Ueli Jaisli das Wort für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Der Kanton gibt da die Richtlinien vor und die Gemeinden sollten sie dann entsprechend umsetzen. Es ist aus unserer Sicht und besonders, weil die finanzielle Lage der Gemeinde Bern sehr angespannt ist, unverständlich, solche Geschenke, wie sie der Gemeinderat für die Betreuungsgutscheine angedacht hat, so umzusetzen. Wir sind für den Status Quo. Für uns ist es genügend, wie es bisher vom Kanton geregelt wurde, denn diese Regelung ist eigentlich schon recht weitgehend und deckt die Bedürfnisse gut ab. Daher würden wir es begrüßen, wenn der Gemeinderat alles daransetzen würde, die Steuerlast der Bevölkerung zu mindern. Diese zusätzliche Vergabe, wie hier drin geplant wird, führt wieder zu erheblichen Mehrausgaben und Steuerbelastungen. Schlussendlich praktizieren wir hier einen Schuss in den eigenen Ofen. Die Steuerbelastung wird für die Familie in Bern unerträglich und viele werden sich von der Stadt abwenden und abwandern. Wir sagen ganz klar Nein zu einer solchen Finanzpolitik. Danke.

Präsidentin: Danke, Ueli. Dann Francesca Chukwunyere für die GFL.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Mit der vorliegenden Revision verfolgt der Gemeinderat konsequent das Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und auch das andere Ziel, einen Beitrag zur Chancengerechtigkeit für Kinder zu leisten. Gleichzeitig setzt er die vom Stadtrat verabschiedete Motion um, die nach Freiwilligenarbeit einen Bedarfsgrund für Betreuungsgutschein darstellt. Der Gemeinderat tut dies auf der Grundlage einer soliden Evaluation. Meine Vorrednerin hat es bereits ausgeführt. Er verzichtet dort auf städtische Zustüpfen, bei denen es aufgrund der Evaluation keinen Sinn macht und nicht nötig ist, etwa im Fall der Babys. Er tut das mit Rücksicht auf die Finanzlage nahezu kostenneutral und er macht das im Sinn der Förderung der Chancengerechtigkeit so, dass weniger Betuchte mehr Zuschläge erhalten als der Mittelstand. Das, weil er sich für die unteren Einkommensschichten, die Lebenskosten allgemein, aber insbesondere die Kinderbetreuungskosten im Verhältnis zu der ihrem Einkommen verdreifacht haben. Uns von der GFL scheint diese Teilrevision deshalb vollumfänglich unterstützenswert, und wir nehmen vom Vortrag positiv Kenntnis. Wir unterstützen die Änderungen des Betreuungsreglements gemäss Änderungserlass und erteilen dem Gemeinderat die Decharge für die Bestimmung ab dem Datum des in Kraft treten. Der Minderheitsantrags der SBK lehnen wir ab, weil es sich bei diesem mass-

gebenden Einkommen bereits um durch diverse Faktoren reduzierte steuerbares Einkommen handelt, das per se hoch genug ist, um nicht mehr in den Genuss von zusätzlichen städtischen Zuschlägen zu kommen. Dies auch im Vergleich zu Berechnungen aus anderen Städten. Die GFL wäre übrigens auch mit der ursprünglich vorgeschlagenen Einkommensobergrenze einverstanden gewesen. Wir stimmen aber jetzt diesem Vorschlag von 140'000 Franken zu. Interessant erscheint mir die Verknüpfung des Beitrags mit dem Thema Gleichstellung und quasi das Gegenüberstellen von Umverteilung gegenüber Gleichstellung. Ich kann das nicht nachvollziehen, was das mit der Gleichstellung zu tun haben soll, dass einfach nur so by the Way.

Präsidentin: Danke, Francesca. Dann Lionel Gaudy für die Mitte-Fraktion.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte ist klar für das System mit den Betreuungsgutscheinen. Wir setzen uns ein für ein bezahlbares Kinderbetreuungsangebot für berufstätige Elternteile. Wir begrüßen im Grundsatz die Entlastung von tieferen Einkommen, gerade bei der Kinderbetreuung, damit auch dort eine Arbeitstätigkeit möglich ist. Was wir aber klar dagegen sind, ist, wenn man nachher versucht, die verschiedenen Bevölkerungs- und Einkommensgruppen gegeneinander auszuspielen. Wir sind nämlich dagegen, wenn man sagt, das ist jetzt da Zulasten des Mittelstandes und ja auch Einkommen mit 120, 140 oder 160'000 Franken gehören per Definition noch zum Mittelstand. Auch die Einkommensschichten leiden nämlich unter der Teuerung. Auch diese Einkommensschichten leiden unter der hohen Steuerprogression, die wir im Kanton Bern haben. Auch diese Einkommensschichten sind darauf angewiesen, dass es ein bezahlbares Betreuungsangebot für diese Kinder gibt. Dort sind wir grundsätzlich der Meinung, dass die Einkommensgrenze, die der Kanton hat bei diesen 160'000 die richtige ist. Bisher soll auch die Stadt einen finanziellen Beitrag zur Kinderbetreuung leisten, und auch dort soll man das grundsätzlich unterstützen. Für uns hat das sehr wohl etwas mit der Gleichstellung zu tun, weil genau das ermöglicht, nämlich beiden Elternteilen auch weiterhin, wenn sie ein Kind haben, berufstätig zu bleiben und wir sind dort dagegen, wenn genau Zulasten von diesen Bevölkerungsschichten, jetzt diese bestraft werden sollen. Wir werden darum den Minderheitsantrag unterstützen, dass das massgebende Einkommen weiterhin bei 160'000 Franken bleiben soll. Grundsätzlich ist der Kompromiss mit 140'000 Franken sicher schon einmal begrüssenswert, uns ist aber nicht ersichtlich, wieso die Stadt jetzt hier eine eigene Definition quasi einen Sonderzug fahren soll. Der andere Teil was die Finanzierung von Kindern unter 12 Monaten, also von Baby anbelangt, dort begrüßen wir grundsätzlich diese Änderung. Für uns stellt aber das massgebliche Einkommen von 160'000 eine *Conditio sine qua non* dar, das heisst, wenn man dort davon abweicht, dann werden wir dieser Änderung nicht zustimmen können und dann befürworten wir eigentlich das alte System, wo alle Familien gleich entlastet. Merci.

Präsidentin: Merci, Lionel. Wir sind bei den Einzelvoten. Es gibt keine Einzelvoten, so hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Der Zugang zur Bildung und zur Chancengerechtigkeit sind für den Gemeinderat Teil von seinen Legislatur-Ziele 2021 bis 2024. Dazu gehört auch, dass wir den Besuch von Kitas möglichst allen Kindern zugänglich machen wollen, wenn die Eltern das wünschen. Von dem her ist die familienergänzende Betreuung einerseits Teil von der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile, aber andererseits auch ein wichtiger Beitrag für die Frühförderung der Kinder und damit

für die Chancengerechtigkeit. Die erschwinglichen Elternbeiträge sind eine wichtige Voraussetzung, damit alle Kinder Zugang zu den Betreuungsangeboten haben. Und von vielen von ihnen wurde erwähnt, dass der Monitoringbericht eben klar aufgezeigt hat, dass in den letzten Jahren für Familien mit kleinen Einkommen der Kita-Besuch immer teurer und teurer wurde, sodass Familien es sich zum Teil nicht mehr leisten konnten, ihre Kinder in der Kita betreuen zu lassen. Und daher danke ich allen, die in dem Sinne auch die einkommensabhängigen Tarife jetzt unterstützen. Das Ziel muss sein, dass wieder alle Familien entlastet werden, damit sie so auch die Möglichkeit haben, ihren Kindern den Zugang zu einer Kita zu ermöglichen. Der Gemeinderat hat diese Teilrevision im August in eine breite Vernehmlassung geschickt. Und in dieser Vernehmlassung war es so, dass eben einzelne Gruppierungen gesagt haben, die einkommensabhängige Ausgestaltung werde den Mittelstand zu stark belasten. Ich gehe mit der Janina Aeberhard einig, dass eine Diskussion über den Mittelstand wohl der Rahmen von dieser Debatte sprengen würde, aber es wäre wahrscheinlich interessant, einmal darüber zu diskutieren, was wir denn in der Stadt Bern als Mittelstand verstehen, weil ich finde, wenn wir wenig Geld haben, Geld in beispielsweise in eine Kinderbetreuung investieren wollen, dann müssen wir zuerst dort schauen, was die Leute am meisten nötig haben und wo denn dort die Grenze ist, wo wir sagen: "Okay, jetzt kann man sagen, die Eltern können das auch alleine meistern." Das wäre spannend für mich zumindest zu wissen, was so die Haltung da im Parlament ist. Aber man kann auch sagen mit dem Vorschlag, den wir jetzt haben, auch bei diesen 140'000 Franken, wir stehen im Vergleich zu anderen Schweizer Städten sehr gut da. Es gibt wenige oder mir ist im Moment keine Stadt bekannt, die weiter hinauf Einkommen entlasten will, als wir das jetzt in der Stadt Bern machen. Und ich muss ehrlich sagen, ich finde die Kinderbetreuung, dass die Eltern heute in der Schweiz so viel Geld für die Kinderbetreuung investieren müssen, unabhängig von ihrem Einkommen, finde ich eigentlich falsch. Aus meiner Sicht müsste Kinderbetreuung auch im frühen Vorschulalter Teil eines staatlichen Angebots sein, das gratis zur Verfügung steht. Niemand muss das Angebot besuchen, aber man könnte die Kinderbetreuung auch gratis ausgestalten. Ich bin da mit dieser Meinung nicht alleine, auch die Dozentin Monika Bütler von St. Gallen hat das erst gerade wieder in die Runde geworfen, dass das sehr viel zum Wirtschaftsstandort in der Schweiz beitragen würde, wenn man das so ausgestalten würde. Aber auch da wäre das wahrscheinlich für die Stadt Bern ein zu grosser Schritt, wenn man das machen möchte, da würde ich sogar sagen, das würde wahrscheinlich unser Finanzhaushalt sprengen, wenn wir jetzt sagen würden, dass die Kinderbetreuung in der Stadt Bern in dem Sinn gratis ist. Daher bin ich davon überzeugt, dass der Vorschlag des Gemeinderates zum einen der finanzpolitischen Vernunft folgt. Es ist nicht so, Ueli Jaisli, dass wir mehr Geld in Zukunft ausgeben werden. Wir werden in Zukunft etwa gleich viel Geld ausgeben. Daher ist es ein sehr massvoller Vorschlag, auch finanzpolitisch, und er fordert, dass wir wirklich die Schranken so setzen, dass möglichst viele Familien wieder Zugang zu diesem Kinderangebot haben. Ich danke auch für ihr Verständnis, dass der Gemeinderat hier einen Kompromiss gesucht hat, bei der Vergünstigungen und jetzt auf diesen 140'000 Franken gelandet ist. Ich denke, das ist ein guter Vorschlag, und ich bin froh, wenn sie dem in dieser Version, die der Gemeinderat ihnen vorschlägt, heute Abend auch zustimmen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci vielmals, Franziska. Wir sind bei den Abstimmungen. Wir fangen gerade an mit der Antragsliste auf Seite 9. Ich gehe davon aus, dass die einleitenden Änderungen unbestritten sind, weil da keine Anträge eingegangen sind. Gut, dann kommen wir zu Artikel 7 Absatz 1: Wir haben da einen Antrag des Gemeinderates mit einem

massgebenden Einkommen von 140'000 Franken und einen Antrag der SBK-Minderheit mit 160'000 Franken. Wir stellen die gegenüber. Wer den Antrag des Gemeinderates annehmen will, drückt Grün. Wer den Antrag der SBK-Minderheit annehmen will, drückt Rot, wer sich enthalten will, drückt Weiss.

Antrag

10 SBK-Minderheit:

Art. 7 Allgemeiner Zuschlag

1 Zur Abfederung der höheren Kostenstruktur und zur wirtschaftlichen Entlastung ~~der betroffenen~~ **von** Familien **mit einem massgebenden Einkommen bis 160 000 Franken** wird für jedes in der Stadt Bern betreute Kind bis zum Abschluss des Kindergartens pro Betreuungstag ein **einkommensabhängiger** allgemeiner Zuschlag ~~von 11 zwischen 0 und 31 Franken zum Betreuungsgutschein~~ gewährt. ~~Vorbehalten bleiben die Absätze 2 und 3.~~

Abstimmung Nr. 031

2019.BSS.000060: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 10

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	56
Nein	8
Enthalten	4

Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderates ist obsiegend. Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

Abstimmung Nr. 032

2019.BSS.000060: Antrag Gemeinderat Artikel 7

Annahme

Ja	56
Nein	12
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderates angenommen. Ich gehe davon aus, dass die restlichen Änderungen zu Artikel 7 unbestritten sind. Dann kommen wir zu Artikel 8: Die Änderung in Absatz 2 ist bestritten durch die SVP und darum stimmen wir ab. Es geht um einen Zuschlag für Kinder unter 12 Monate.

Antrag

Gemeinderat (bestritten)

Art. 8 Zuschlag für Kinder unter zwölf Monaten

1 (unverändert)

2 Der Zuschlag für Kinder unter zwölf Monaten richtet sich nach dem massgebenden Einkommen der Eltern. Er ist linear abgestuft und ~~wird beträgt~~ **zwischen 0 und 20 Franken** und ~~der Differenz zwischen maximaler Vergünstigung für Kleinkinder unter zwölf Monaten und maximaler Vergünstigung für vorschulpflichtige Kinder ab zwölf Monaten gemäss den kantonalen Vorgaben festgelegt.~~ Die Berechnung erfolgt gemäss der Formel im Anhang **2**.

Abstimmung Nr. 033

2019.BSS.000060: (wird wiederholt)

Ablehnung

Ja	4
Nein	62
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr lehnt den Antrag des Gemeinderates ab. Umgekehrt, einen Moment schnell... Weil es unklar war, stimmen wir nochmals ab. Es ist so, dass wir jetzt auch über den Antrag des Gemeinderates abstimmen. Das ist unser neues Gesetz. Das in der Mitte-Kolonne ist der Antrag des Gemeinderates und wenn das bestritten worden ist, das ist von der SVP bestritten worden, stimmen wir darüber ab. Also wenn ihr den Antrag des Gemeinderates, das in der Mitte-Kolonne, annehmen wollt, müsst ihr Grün drücken, wenn ihr ablehnen und der SVP folgen wollt, müsst ihr Rot drücken und bei Weiss enthalten. Ist das gut? Also dann wiederholen wir die Abstimmung.

Abstimmung Nr. 034

2019.BSS.000060: Antrag Gemeinderat zu Art. 8

Annahme

Ja	61
Nein	6
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr nehmt den Antrag des Gemeinderates an. Dann sind wir bei Artikel 12, das ist auf der Antragsliste, Seite 13. Es geht um freiwillige Arbeit. Hier gibt es einen Antrag des Gemeinderates auch in der Mitte-Kolonne und einen Antrag der SVP, die den Artikel ganz streichen will. Wenn ihr dem Antrag des Gemeinderates zustimmen wollt, drückt ihr auf Grün. Wenn ihr dem Antrag der SVP zustimmen wollt, drückt ihr auf Rot und Weiss ist enthalten.

Antrag

13 SVP:

Art. 12 Freiwilligenarbeit

~~1 Zusätzlich zu den Bedarfsgründen gemäss Artikel 34d Absatz 1 Buchstabe a – f ASIV gilt auch ausgewiesene und auf Dauer geleistete Freiwilligenarbeit als Bedarfsgrund.~~

Abstimmung Nr. 035

2019.BSS.000060: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 13

Antrag Gemeinderat obsiegt

Ja	61
Nein	6
Enthalten	2

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag des Gemeinderates. Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

Abstimmung Nr. 036

2019.BSS.000060: Antrag Gemeinderat Artikel 13

Annahme

Ja	59
Nein	5
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderates angenommen. Wir kommen zum Anhang 1, die Änderungen, die sind bestritten worden von der SVP. Wir stimmen also über die Änderung ab, das heisst, das ist wieder die Mittel-Kolonne, der Antrag des Gemeinderates. Wer den Anhang 1 so gesamthaft annehmen will, drückt Grün, wer ihn ablehnen und der SVP folgen will, Rot. Wer sich enthält, Weiss.

Abstimmung Nr. 037

2019.BSS.000060: Gemeinderat Anhang 1 neu

Annahme

Ja	63
Nein	5
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag des Gemeinderates angenommen. Jetzt noch einmal genau das gleiche mit Anhang 2. Wer dem Antrag des Gemeinderates, dass ist die Mitte-Kolonne, zustimmen will, drückt Grün. Wer der SVP folgen will, drückt Rot. Wer sich enthält, drückt Weiss.

Abstimmung Nr. 038

2019.BSS.000060: Gemeinderat Anhang 2 neu

Annahme

Ja	63
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr nehmt den Antrag des Gemeinderates an. Gibt es eine zweite Lesung, gibt es keine Schlussabstimmung. Wir werden aber jetzt darüber abstimmen, ob wir auf die zweite Lesung verzichten wollen. Wenn Zweidrittel sagen, ihr wollt verzichten, also Grün Ja. Grün heisst ihr wollt verzichten, Rot heisst ihr wollt nicht verzichten, oder ihr wollt eine zweite Lesung. Dann gibt es nachher eine Schlussabstimmung. Ist das klar? Auf die zweite Lesung verzichten ist Grün.

Abstimmung Nr. 039

2019.BSS.000060: Verzicht auf 2. Lesung

Annahme

Ja	67
Nein	2

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Ihr verzichtet auf die zweite Lesung, das heisst, wir kommen zu der Schlussabstimmung.

Abstimmung Nr. 040

2019.BSS.000060: Schlussabstimmung	
Annahme	
Ja	55
Nein	13
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr stimmt der Vorlage des Gemeinderates zu. Dann gibt es einen Ordnungsantrag von Barbara Keller.

Barbara Keller (SP): Ich stelle den Ordnungsantrag, dass wir Traktandum 10, ESP Ausserholligen vorziehen, damit wir das heute sicher noch beraten können. Es ist so, das ist zeitkritisch. Es sollte im Juni zur Abstimmung kommen und damit das möglich ist, sollte man es heute zu Ende beraten.

Präsidentin: Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab. Wenn ihr Grün drückt, bedeutet das, dass wir Traktandum 10 jetzt behandeln werden. Wenn ihr Rot drückt, heisst das, wir machen weiter mit Traktandum 7.

Antrag

Ordnungsantrag Keller

Vorziehen Traktandum 10

Abstimmung Nr. 041

Ordnungsantrag	
Annahme	
Ja	68
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Ordnungsantrag angenommen.

2014.PRD.000100

10 Öffentliche Infrastruktur Raum ESP Ausserholligen: Rahmenkredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Das heisst, wir sind jetzt bei Traktandum 10. Es ist ein Rahmenkredit und Abstimmungsbotschaft. Ich erteile der Kommission das Wort, und zwar für die PVS, Nora Joos.

Nora Joos (JA!) für die PVS: Der Rahmenkredit für die öffentliche Infrastruktur des Entwicklungsschwerpunkts Ausserholligen ist in der PVS-Kommission unbestritten und einstimmig angenommen worden. Die Kommission erachtet die geplante Entwicklung als eine sinnvolle Verdichtung nach Innen. Für das sich zukünftig, tagtäglich im Raum Ausserholligen 18'000 Menschen bewegen können, braucht es eine gute, qualitativ hochwertige, öffentliche Infrastruktur. Es braucht Velo- und Fusswegen, Veloabstellplätze, eine neue Personenunterführung sowie eine gelungene Freiraumgestaltung unter dem Viadukt oder beim Familiengarten-Areal "Ladenwandgut", um nur ein paar von den 17 Teilprojekten zu erwähnen. Im Voraus und während der Kommissionssitzung wurden viele verschiedene Fragen besprochen. Ich hebe hier jetzt einfach 2 Aspekte hervor. Erstens: Es ist die Frage im Raum gestanden, wieso sich die Grösse des Rahmenkredits seit dem Sommer fast verdoppelt hat. Gemäss dem Tiefbauamt ist das so, weil sich im Sommer die Kostenschätzung noch in den Kinderschuhen befunden hat. Viele Projekte waren dann noch Vorprojekte und die Kostenschätzung entsprechend ungenau. Aufgeschlüsselt ist die Differenz von den 85'000'000 Franken, die im Sommer prognostiziert worden sind, zu den jetzigen 160'000'000 Franken auf folgende 3 Ursachen aufzuteilen: Erstens, plus 57'000'000 Franken sind auf die Konkretisierung der Stadtprojekten zurückzuführen. Dazu gehören zum Beispiel die nicht erwarteten, anspruchsvollen baulichen Massnahmen unter dem Autobahnviadukt mit der notwendigen Terrain-Erhöhung. Die zweite Ursache 19'000'000 Franken sind zusätzlich dazugekommen wegen der Kostenerhöhung bei Drittprojekten, das heisst bei allen Teilprojekten, wo die Stadt nicht federführend ist und die dritte Ursache, verschiedene zusätzliche integrierte Projekte haben zu einem höheren Rahmenkredit von 15'000'000 geführt. Als zweites haben, neben dem finanziellen Aspekt, die Auswirkungen auf die umliegenden Quartiere während und nach der Baustelle in der Kommission zu reden gegeben. Das Tiefbauamt ist für die Koordination der Bauarbeiten zuständig und ist sich der Wichtigkeit dieser Aufgabe bewusst. Das Stadtplanungsamt erachtet zudem den Rahmenkredit für ein wichtiges Schnittstellenprojekt, um den Westen besser mit dem Osten zu verbinden und die vorhandenen Defiziträume aufzuwerten. In der Kommission ist ein Antrag zum Beachcenter eingegangen, und es ist einstimmig und unbestritten, wie der Kredit selbst überwiesen worden. PVS empfiehlt ihnen, diesen Antrag anzunehmen. Die Kommission erachtet das Beachcenter als einen wichtigen Bestandteil für die Entwicklung in Ausserholligen. Der Projektkredit zum Beachcenter kann aber aus finanziellen Gründen nicht in den vorliegenden Rahmenkredit integriert werden, aber aus der Sicht der Kommission ist es für die räumliche Entwicklung wichtig, dass das Beachcenter realisiert wird und das Freizeitangebot in diesem Perimeter ergänzt wird. Deshalb soll möglichst zeitnahe der Kredit für das Beachcenter im Stadtrat überwiesen werden, sodass die Investorinnen und Investoren die Sicherheit haben und das Projekt grünes Licht erhalten hat. Ja, das war es aus der Kommission gewesen. Ich mache sonst gerade das Fraktionsvotum.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Eine gute öffentliche Infrastruktur das wünscht sich die GB/JA!-Fraktion. Eine Infrastruktur mit Orten, wo sich Leute begegnen und aufhalten können, für soziale Interaktion und Durchmischung, wo Menschen verweilen können und austauschen. Eine Infrastruktur damit eine Verdichtung gegen Innen stattfinden kann. So geplant, dass die Nutzungsdurchmischung und eine Stadt von den kurzen Wegen möglich sind. Eine möglichst feministische und hindernisarme Planung und Umsetzung, die die Gentrifizierung und Verdrängungseffekt in den Nachbarsquartieren und im Perimeter selber antizipiert und verhindert. Ob all das mit dem vorliegenden Rahmenkredit erreicht werden kann, das ist aktuell noch unklar. Die 17 Teilprojekte sind

noch zu wenig ausgearbeitet, um das abschliessend beurteilen zu können. Doch ein guter Startpunkt liegt aus Sicht der GB/JA!-Fraktion vor. Der Rahmenkredit plant mehr Grünraum, mehr Bäume und mehr offenen Stadtbach. Die Veloinfrastruktur wird verbessert und wichtige Fussverbindungen werden gemacht. Details wie ein neuer Standort für die rege genutzte Skateranlage im Weyermann Ost sind eingeplant worden und insgesamt stimmt das geplante Gesamtpaket für uns. Wir stimmen am Kredit entsprechend zu. Der ganze Perimeter Ausserholligen hat nämlich aus unserer Sicht viel Potenzial. Der jetzt sehr grau und fragmentierte Raum, könnte zu einem lebenswerten und qualitativ guten Quartier entwickelt werden. Verdichtung gegen Innen wie aus dem Schulbuch, ob das gelingt, wird sich in den kommenden Jahren aber noch herausstellen. Wir freuen uns allgemein sehr auf die weiteren Planungsergebnisse, die in der PVS alle 2 Jahre vorgestellt werden und bedanken uns im Voraus für die sorgfältige Ausarbeitung der Teilprojekte. Gerne wird die GB/JA!-Fraktion 2 Teilprojekte noch einmal im Stadtrat diskutieren und behandeln können. Nämlich das Nutzungskonzept zur Freiraumgestaltung beim Viadukt und der Kredit vom Teilprojekt 15 zur Weiterentwicklung der Familiengärten "Ladenwandgut". Die GB/JA!-Fraktion findet es wichtig, dass die 2 Freiraumprojekte nicht abschliessend vom Gemeinderat beschlossen werden, sondern dass wir sie hier noch einmal diskutieren können. Die Freiraumplanung und die Qualität dieser Räume sind zentral dafür, dass der Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen als Ganzes funktioniert. Eine weitere Schlaufe durch den Stadtrat kann aus unserer Sicht demokratie-politisch nicht schaden. Danke, dass ihr entsprechend unseren Anträgen zustimmt. Bei den Anträgen 4 und 6 handelt sich es eigentlich vollständigshalber nur um die Anpassung der Abstimmungsbotschaft für die ersten 2 Anträge. Merci.

Präsidentin: Danke, Nora. Wir haben schon angefangen mit den Fraktionserklärungen. Gibt es weitere Fraktionserklärungen? Timur Akçasayar für die SP/JUSO-Fraktion.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Der ESP Ausserholligen steht vor einer bedeutenden Transformation. Mit dem uns vorgelegten Rahmenkredit legen wir einen wichtigen Meilenstein für ein urbanes und lebendiges Stadtquartier zwischen Stöckacker und Holligen. Die Politik und die Verwaltung haben die Verpflichtung, ein Zentrum zu schaffen, das die Bedürfnisse der Bevölkerung gerecht wird. Ein Ort zum Arbeiten, Wohnen, für Bildung, Gewerbe, Freizeit und Kultur. Die städtischen Koordinationsaufgaben und die Bereitstellung der öffentlichen Infrastruktur sind eine grosse Herausforderung. Wenn wir jetzt nicht richtig handeln, nicht richtig planen und die notwendige Investition nicht sprechen, wird die nachfolgende Generation eine Stadtreparatur planen müssen. Deshalb ist für die SP/JUSO-Fraktion unbestritten, dass wir zum heutigen Zeitpunkt trotz der angespannten Finanzen diese Aufgabe wahrnehmen und die Investition stemmen müssen. Eine Optimierung der Verkehrswege in allen Himmelsrichtungen für Fussgänger*innen und für Velofahrende ist sehr zentral für das neugestaltete Stadtgebiet. Der Hochkomplexbau der neuen Personenunterführung unter dem Viadukt, der neu konzipierte Verkehrsknotenpunkt Europaplatz mit der Verlagerung der S-Bahnstation Stöckacker oder die Fuss- und Velo-Passerelle beim Steigerhubel, all diese Projekte sind sehr zentral und wichtig für die Durchgängigkeit der Quartiere und für eine nachhaltige Mobilität. Bei all diesen neuen Projekten dürfen wir aber die bestehende Infrastruktur nicht vergessen. Zum Beispiel werden in Zukunft mehrere 1000 Menschen zusätzlich den Europaplatz nutzen. Dazu braucht es auch die Überprüfung der SBB-Bahnstation Europaplatz, wo der Treppenzugang der Gleise, in die Person- und die Velountertführung führt. Dort müsste die Verwaltung noch mit den Beteiligten schauen, wie was noch angepasst werden müsste. Auch die Freiraumgestaltung Nord unter dem Viadukt

bringt uns viele interessante Möglichkeiten. So sehen die angrenzenden Quartiere, die Kommissionen, die städtischen Leistungspartner im soziokulturellen Bereich sehr grosse Chancen, wie man den Aussenraum attraktiv gestalten könnte. Wenn wir jetzt die nötigen Mittel sprechen und die bereits gestarteten Mitwirkungen mit der Bevölkerung weiterführen und ausbauen, kann unter dem Viadukt zwischen der Freizeitanlage Weyermannshaus und dem BFH-Campus (Berner Fachhochschule) etwas super Gutes entstehen. Auch die langersehnte Offenlegung des Stadtbaches freut mich persönlich sehr, denn wir haben sehr lange gewartet, bis sie endlich realisiert wird, sowohl westlich als auch östlich vom Viadukt. Und hier gilt es auch aufzupassen, dass es nicht nur offengelegt und naturnahe gestaltet wird, sondern auch, dass die neusten Erkenntnisse des Schwammstadtprinzips angewendet werden. Die Investition in die Infrastruktur wird nicht nur die Lebensqualität der Menschen verbessern, sie wird auch wirtschaftliche Impulse setzen. Denn wir haben es gehört, private und öffentliche Bauherrschaften planen rund 3'000'000'000 Franken in diesem Gebiet zu investieren. Das wird Arbeitsplätze schaffen und die lokale Wirtschaft ankurbeln. Für eine Stadt wie Bern ist die beachtliche Investitionssumme nicht unbedeutend. Dies verpflichtet uns aber auch, nämlich die Politik und alle Amtsträger*innen verantwortungsbewusst zu handeln und das gesamte Bild im Auge zu behalten. Kompromisslosigkeit, Selbstinszenierung und Populismus sind bei dieser Investitionssumme fehl am Platz und dürfen die seit Jahrzehnten geplanten Projekte Ausserholligen und Weyermannshaus nicht blockieren. Vor allem nicht solches, wie wir letztes Mal im Stadtrat bei der Überbauungsordnung haben erleben müssen. Die SP/JUSO-Fraktion wird diesem Rahmenkredit zustimmen, ebenso dem Antrag der PVS und den Anträgen der GB/JA!-Fraktion, denn diese wurden mit der Verwaltung abgesprochen und führen zu keiner Verzögerung bei den Projekten. Lasst uns den Rahmenkredit und die Anträge annehmen und einen wichtigen Schritt vorwärts machen. Merci.

Präsidentin: Merci, Timur. Als nächstes kommt Tanja Miljanovic von der GFL.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich mache es recht kurz. Wir werden den Rahmenkredit annehmen, weil wir finden, dass es wirklich ein sehr spannendes und gutes Projekt ist. Diese Anträge haben bei uns spannende Diskussionen ausgelöst, zumal wir eigentlich schon öfters vorne standen und gesagt haben, schon bei einfachen Sachgeschäften, dass wir eine frühzeitige Einbindung des Parlaments wünschen und dass es nicht immer nur glücklich verlaufen ist in der Vergangenheit bei dieser Einbindung, dass man oft einfach viel zu früh oder zu spät dran gewesen ist und nachher ist es eigentlich für das Geschäft schon gelaufen. Gleichwohl oder was hier nachher noch wie erschwerend dazukommt, es ist ja ein Rahmenkredit, der doch recht hoch ist, also viel höher als die meisten Sachgeschäfte, die wir sonst haben. Und das Gute an einem Rahmenkredit ist natürlich, dass Planung und Umsetzung vereinfacht werden, dass die Verwaltung oder der Gemeinderat viel besser umsetzen kann. Aber man darf natürlich nicht vergessen, dass durch die Vereinfachung auch der demokratische Prozess oder die demokratische Legitimierung auf den Prüfstand gestellt wird. Trotzdem möchten wir eigentlich nicht die Extraschleife durch den Stadtrat machen, wie es der GB/JA!-Antrag verlangt. Genau weil wir uns jetzt dieses Mal geeinigt haben, dass wir den Rahmenkredit geben, dass wir das Vertrauen dem Gemeinderat und der Verwaltung zu sprechen, dass sie das eben genau gut umsetzen werden und dass sie den Wünschen der Parlamentsmehrheit, die ja eigentlich recht klar sind, entsprechen werden. Und wir sind zuversichtlich, dass sie das nicht nur machen, weil sie ein gutes Projekt gewährleisten

möchten, sondern einfach auch, weil sie weitere Rahmenkredite nicht gefährden möchten. Und genau dazu würde es ja kommen, wenn wir feststellen würden, dass dann plötzlich eine Stadtreparatur nötig ist, weil der Gemeinderat den Rahmenkredit nicht im Sinn des Parlaments umgesetzt hätte. Deshalb vertrauen wir eigentlich dem Gemeinderat, wir bleiben beim Rahmenvertrag und machen keine Extraschleife. Merci.

Präsidentin: Danke, Tanja. Dann für die GLP/JGLP/EVP, Maurice Lindgren.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Die Grünliberalen unterstützen den Kredit, den Rahmenkredit für den ESP Ausserholligen. Es ist ja nicht nur ein Entwicklungsschwerpunkt des Kantons, sondern sogar so ein Premium ESP Entwicklungsschwerpunkt, einer von den 4 und es ist damit der Ort, wo jetzt Wachstum, Verdichtung und die Entwicklung passieren soll und auch passieren kann, so wie es das Raumplanungsgesetz vorsieht. Und das ist in dem Sinn jetzt hier die Gelegenheit jetzt eben Wachstum innerhalb von der Stadt auch tatsächlich zu realisieren. Dafür braucht es einen grossen Kredit 176'000'000 Franken ist eine Riesenkiste. Ich weiss nicht, wann wir das letzte Mal über so einen Betrag hier abgestimmt haben, aber es gibt noch 2 Sachen dazu ein bisschen zu relativieren. Erstens ist ein guter Teil davon durch die Siedlungsentwässerung finanziert, ein Investitionsbeitrag kommt aus der Planungsmehrwertabgabe und dann sind noch 25'000'000 Franken eingeplant als Beiträge von Dritten. Das heisst, die budgetrelevante Investitionssumme ist in dem Sinn ein bisschen kleiner und die zweite Relativierung, die man machen muss, ist, dass das natürlich in einem Zeitraum bis 2035 geplant ist das Geld auszugeben und das private und öffentliche Investitionen davon abhängen von bis zu 3'000'000'000 Franken, wie schon ist gesagt worden war. Wir schliessen uns hier der GFL-Fraktion an und vertrauen auch dem Gemeinderat für die Ausführung des Projekts und werden darum die Anträge der GB/JA! ablehnen.

Präsidentin: Merci, Maurice. Dann Thomas Hofstetter für die FDP/JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Auch wir von der Fraktion FDP-Jungfreisinn stimmen dem Rahmenkredit zu. Wir haben nicht ganz verstanden, was eine feministische Planung ist, und darum fordern wir eine geschlechtsneutrale Planung. Sonst kann ich mir einfach den Voten der Vorredner anschliessen, vor allem von Timur und Maurice. Klar unterstützen wir auch den Antrag des Beachvolleyballcenter. Wir sehen es gleich wie Tanja, dass die Kompetenz des Gemeinderates nicht in den Stadtrat gehen sollte in diesem speziellen Antrag der GB/JA!. Also wir werden das auch aus diesem Grund ablehnen, weil wir das Gefühl haben, dass das ein grosses Potenzial hat alles zu verzögern und/oder zu verteuern. Merci.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann Thomas Glauser für die SVP-Fraktion.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Die Überbauung ist gut gemeint, man hat sie aber schlecht aufgegleist. Das zeigt es einmal mehr, denn man hat mit 85'000'000 Franken angefangen zu planen und ist jetzt bereits bei 160'000'000 Franken. Es ist wichtig, dass man dort Grünflächen macht. Es ist wichtig, wenn man das Viererfeld verbetoniert und verbaut, dass man an anderen Orten Grünflächen anlegt, und die Bäume pflanzt. Aber es zeigt halt einmal mehr, dass genau diese Überbauung dort nicht mehr KMU-freundlich ist. Und gerade für die KMU, die dort zum Teil auch noch Gewerbe haben, es soll ja noch Gewerbe geben in dieser Überbauung nicht nur Wohneinheiten, dort werden nachher die Fahrten für das Gewerbe kontingentiert und das ist nicht gut.

Es sollte eine lebhaftere Überbauung sein. Viele Gewerbler haben mich darauf angesprochen und gesagt, es kann doch nicht sein, dass wir nachher eine gewisse Kontingentierung der Durchfahrten haben. Sie haben es vorhin gutgesagt, für die Velofahrer und für die Fussgänger für die ist es absolut ideal. Aber für die Leute, die eben Gewerbe haben, für den Schreiner, für den Spengler-Sanitär, der vielleicht dort das Lager hat, der aus dem Ausserholligen in die Stadt fahren muss, was halt so ohne Autos und Motorfahrzeuge nicht geht, ist das eigentlich – für uns von der SVP – noch zu wenig reif und zu wenig durchdacht. Und wie gesagt dieser Schub von 85'000'000 auf 160'000'000 Franken ist dann schon gerade ein bisschen deftig und wir haben das Gefühl, das könnte noch teurer werden. Darum sind wir jetzt noch nicht bereit, dass man dem Kredit zustimmen kann, weil das einfach KMU- und gewerbeunfreundlich ist. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Wir sind bei den Einzelvoten: Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP), Einzelvotum: Ja, da muss ich noch ein bisschen reagieren und richtigstellen, um was es heute geht. Heute geht es um die öffentliche Infrastruktur. Es geht um die Kanalisation, um Wege, um eine Personenunterführung und nicht über die Überbauungsordnung Weyermannshaus West, wo das Gewerbe und das Wohnen sein werden. Nur, dass das auch die draussen, die da zuhören und auch die Medien das mitbekommen, es geht nicht um die Überbauungsordnung, die kommt dann noch.

Präsidentin: Merci, Timur. Dann Ingrid Kissling-Näf.

Ingrid Kissling-Näf (SP), Einzelvotum: Ich kann es natürlich nicht lassen, nichts dazu zusagen, denn ich bin ja persönlich auch direkt betroffen als Mitarbeiterin und Direktorin der Business-School, die eigentlich dort hinausziehen soll. Ich denke für einen starken Bildungsstandort benötigen wir den Campus Weyermannshaus und natürlich auch den öffentlichen Infrastrukturausbau in Ausserholligen. Ich möchte es kurz machen, ich glaube, die Investitionen braucht es, es braucht sie aber nicht nur für den Bildungsstandort, sondern die braucht es auch für den Westen, wo ein urbanes Zentrum mit Arbeits-, Wohn-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote geben wird. Eine riesige Investition 180'000'000 Franken für 3 Milliarden Investitionen bis 2035. Ganz kurz etwas zur wirtschafts- und bildungspolitischen Bedeutung. Es ist ein Motor. Ich denke, es ist ein Motor für die Entwicklung der Agglomeration des Raums Bern. Bildungsmässig ist es ja klar, dass heute die Berner Fachhochschule, die einen Campus dort draussen bekommt, mit 36 Standorten wirklich verteilt und zersplittert ist. Es ist eine extreme Competitions- und Wettbewerbsnachteil, dass wir so stark verteilt sind. Das muss ich einmal sagen. Ich möchte aber aus wirtschaftspolitischer Sicht auch noch etwas dazu sagen. Wir haben letzte Woche die Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung des Raums Bern im Vergleich zur Schweiz zur Kenntnis genommen. BAK Economics (Forschungsinstitut) hat diese vorgestellt und jetzt sieht man klar, dass das Wachstum eigentlich vor allem in Basel ist, mit Pharmaindustrie und Medtech. Wenn wir in Bern mithalten wollen, müssen wir investieren, wir müssen ganz klar investieren, sonst verlieren wir an Boden und können mit dieser Dynamik nur noch sehr partiell mithalten. Die Infrastrukturinvestition stärkt den Wissensplatz Bern, sie schafft neue Arbeitsplätze für Fachkräfte und erhöht die Lebens- und auch die Wohnqualität der Bernerinnen und Berner. Ich glaube, es lohnt sich, das beachtliche Investitionsbudget anzunehmen. Ich verstehe die SVP nicht, dass sie da nicht sagen kann: "Ich finde es absolut zentral für die Wirtschaftsentwicklung und für eine Bildungsentwicklung und in dem Sinn tun wir

gut daran, die Infrastruktur zu fördern und damit den Wissensplatz, aber auch den Arbeitsplatz und das urbane Leben im Westen zu fördern." Herzlichen Dank.

Präsidentin: Merci, Ingrid. Es gibt keine Einzelvoten mehr. Dann hat Marieke Kruit für den Gemeinderat das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Zuerst einmal: Merci, dass wir das Geschäft vorziehen können. Es ist wirklich zeitkritisch und muss im Juni in die Abstimmung. Ich bin darum sehr froh, dass wir das heute hier beraten können. Der Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen, der hat wirklich ein enormes grosses Potenzial. Hier vermischen sich Gewerbenutzungen und Wohnraum. In 2 Punkten unterscheiden sich Ausserholligen vom umliegenden Stadtgebiet und das ist auch der Grund, warum hier Entwicklungsschritte anstehen. Neben dem bebauten Raum gibt es eben auch noch viele brache Flächen insgesamt hat Ausserholligen deshalb eine tiefere Nutzungsdichte und entsprechend auch noch Möglichkeiten. Ein weiterer Unterschied sind die Wege durch das Gebiet respektive die nicht bestehenden Wege. Man muss schon fast sagen, wenn man dort unterwegs ist, landet man rasch vor einem Zaun oder einer Mauer. Wenn die bestehenden Möglichkeiten in dem Gebiet genutzt werden sollen, geht das wirklich nicht ohne eine sehr gute, feine Erschliessung. Das Potenzial des Gebietes, hier in Ausserholligen, das ist aber gewaltig. Es ist wirklich eine riesige Chance für die Stadt Bern, aber ohne Investitionen in die nötige Infrastruktur ist die Arealentwicklung nicht möglich. Das muss ich ihnen sagen. Die Infrastruktur bildet die Basis für alle Entwicklungsprojekte, die in den nächsten 10 bis 15 Jahren realisiert werden sollen. Die Infrastruktur ist nötig für einen Stadtteil, wo für 3'500 Bewohnende, 8'000 Leute, die dort arbeiten und 7'000 Studierende funktionieren soll. Das muss man sich einfach vorstellen. Für die Realisierung der öffentlichen Infrastruktur muss der ESP Ausserholligen als Gesamtraum betrachtet werden, bei dem wirklich eine durchgängige Raumqualität entstehen kann. Ja es ist so, es stehen hohe Investitionen an. Geschätzt rund 3 Mia. Franken werden in den nächsten 20 Jahren im ESP Ausserholligen verbaut, Private und die öffentliche Hand natürlich zusammengezählt. Ein Vorhaben in dieser Grössenordnung hat eine entsprechende Komplexität mit so vielen unterschiedlichen Bauherrinnen und Bauherren. So gibt es im Bereich des ESP Ausserholligen rund 40 Teilprojekte. Ja, es ist wichtig, dass die verschiedenen Teile gut aufeinander abgestimmt werden. Und hier braucht es wirklich auch die Stadt im Lead und deshalb übernimmt die Stadt die Gesamtkoordination und hat hier eine Schlüsselrolle. So können wir sicherstellen, dass der Raum gesamthaft funktioniert und wirklich auch eine hohe Qualität aufweist. So können wir verhindern, dass Unorte entstehen. Ja, die Stadt setzt aber auch konkret um, sie ist in 17 Teilprojekten aktiv selber zuständig oder beteiligt mit anderen Partnerinnen und Partnern. Vereinfacht kann man sagen, die Stadt ist dort aktiv, wo es um die eben die öffentliche Infrastruktur geht, und sie ist für die Teilprojekte zuständig, wo es um Wege, Frei- und Grünräume, Entwässerung und Kanalisation geht. Die Erstellung der öffentlichen Infrastruktur ist kostenintensiv. Darum beantragen wir ja auch den Rahmenkredit von 176'000'000 Franken. Ja, das ist wirklich viel Geld. Der Vergleich eben mit den 3 Mia., die im ESP Ausserholligen dann schlussendlich verbaut werden, relativiert die hohe Zahl wiederum ein bisschen. Aber es ist so bauen, es ist in diesem Bereich mit Autobahn und Bahnlinien aufwändig, auch finanziell aufwändig. Der Gemeinderat ist aber überzeugt, dass sich diese Investitionen lohnen. Es ist ein Investment, nicht nur in den Perimeter, sondern in die Zukunft der gesamten Stadt Bern. Dort können wir wirklich zeigen, dass innere Verdichtung Qualitäten schaffen kann. Hier können wir aber auch zeigen, wie das Gebiet ökologisch stark aufgewertet werden

kann. Es wird mehr Bäume, mehr Grünflächen und mehr offene Fließgewässer geben. Ja, dann noch kurz etwas, warum die Kosten gegenüber dem Planungskredit gestiegen sind. Die Kostenprognose von 85 Mio. Franken basieren wirklich auf Studien aus den Jahren 2021 und 2022. Damals war der Planungsstand noch nicht abschliessend. Das Gesamtprojekt hat sich seitdem erheblich weiterentwickelt. Der Projektperimeter ist erweitert worden und neue Projekte sind dazu gekommen. Projekte sind zudem vertieft und präzisiert worden und Schnittstellen wurden genau erklärt. Nora Joss hat das als Referentin bereits bestens ausgeführt. Aber einfach nur 2 Beispiele, vielleicht eben auch für die SVP: Unter dem Viadukt ist zuerst nur eine Fuss- und Veloverbindung geplant gewesen. Jetzt reden wir von einer vielfältigen Nutzung des Freiraums, der dort entsteht. Und bezüglich Drittprojekte, die sind eben auch verfeinert worden und das hat zu einer genaueren Bestimmung des städtischen Kostenanteils geführt. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wir mit dieser Abstimmungsvorlage die geeignete Koordination und eben auch die nötige Infrastruktur schaffen können, um das gewaltige Potenzial in Ausserholligen zu nutzen, um ein urbanes Gebiet mit guter Durchmischung und Vernetzung sowie höherer Aufenthaltsqualität so schaffen zu können. Ja, dann noch zu den Anträgen. Zu dem von der PVS: Das Beach-Center ist nicht Teil von diesem Rahmenkredit, aber liegt natürlich auch in dem Perimeter und hat Einfluss auf die ganze Entwicklung. Der konkrete Antrag bezieht sich auf eine Kreditvorlage in die Zuständigkeit der FPI. Es spricht aber nichts dagegen, die Kreditvorlage so rasch als möglich natürlich ebenfalls zu verabschieden. Und dann noch zu den Anträgen der GB/JA!: Hier ist einfach wichtig, dass wir die zeitlichen Abhängigkeiten beachten und einhalten können. Die Komplexität mit vielen Bauherinnen und Bauherren ist wirklich sehr gross. Es gibt mehrfache Abhängigkeiten bei den einzelnen Projekten und die müssen wir wirklich sehr gut beachten, vor allem eben auch auf der Zeitschiene. Sonst kommen wir in grössere Probleme. Das Anliegen ist aber wirklich auch verständlich. Ich verstehe, dass ihr noch mehr mitreden wollt, es geht hier um viel, aber es ist wirklich so, es sind einzelne Puzzleteile und die müssen irgendwie gut zusammenpassen. Sonst haben wir nicht ein grosses Ganzes.

Präsidentin: Danke, Marieke. Wir kommen zu den Abstimmungen. Ihr findet diese Anträge – es sind 6 Anträge, über die wir zuerst abstimmen – auf der Liste ab Seite 18 und zuerst stimmen wir über den PVS-Antrag ab, mit dem Stichwort Beachcenter.

Antrag

1 PVS

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Kreditvorlage für das Beachcenter Ausserholligen zeitlich so zu verabschieden, dass sie im Juni in der vorberatenden Kommission und im 3. Quartal im Stadtrat beraten werden kann.

Abstimmung Nr. 042

2014.PRD.000100: Antrag 1

Annahme

Ja	68
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 2 der GB/JA!-Fraktion "Freiraumgestaltung unter dem Viadukt Nord".

Antrag

2 GB/JA

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Gestaltungs- und Nutzungskonzept sowie das Nutzungsmanagement zum Teilprojekt 5 («Freiraumgestaltung unter dem Viadukt Nord») dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.

Der Beschlussentwurf des Stadtratsvortrag wird entsprechend um eine Ziffer IV. ergänzt.

Abstimmung Nr. 043

2014.PRD.000100: Antrag 2

Annahme

Ja	35
Nein	33
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr nehmt den Antrag an. Wir sind bei Antrag Nummer 3 der GB/JA!-Fraktion "Sanierung und Weiterentwicklung Familiengartenanlage inklusive Ladenwandweg"

Antrag

3 GB/JA

Die Beschlusseziffer II/3. im Stadtratsvortrag ist folgendermassen zu ergänzen:

*«Der Gemeinderat wird ermächtigt, die einzelnen Teilprojekte im Zusammenhang mit der Öffentlichen Infrastruktur Raum ESP Ausserholligen zulasten des Rahmenkredits zu bewilligen. **Vorbehalten bleibt das Teilprojekt 15 («Sanierung und Weiterentwicklung Familiengartenanlage inkl. Ladenwandweg»): Dieses ist durch den Stadtrat zu bewilligen.»***

Abstimmung Nr. 044

2014.PRD.000100: Antrag 3

Annahme

Ja	35
Nein	34
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr nehmt den Antrag an. Wir sind bei Antrag Nummer 4 "Abstimmungsbotschaft Rahmenkredit von 176'000'000 Franken".

Antrag

4 GB/JA

Die Abstimmungsbotschaft auf Seite 5, «Das Wichtigste in Kürze», ganz am Schluss wird wie folgt angepasst:

Rahmenkredit von 176 Millionen Franken

Die Kosten für die Umsetzung der 17 städtischen Teilprojekte belaufen sich auf 176 Millionen Franken. Dazu wird den Stimmberechtigten ein Rahmenkredit in entsprechen-

der Höhe beantragt. **16 der 17 Teilprojekte sollen vom Gemeinderat bewilligt werden, bei einem Teilprojekt soll die Beschlusskompetenz beim Stadtrat liegen.** Die einzelnen Teilprojekte sollen vom Gemeinderat bewilligt werden.

Abstimmung Nr. 045

2014.PRD.000100: Antrag 4

Annahme

Ja	42
Nein	26
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr nehmt den Antrag an. Wir sind bei Antrag Nummer 5 auch von der GB/JA!-Fraktion "Abstimmungsbotschaft Kosten und Finanzierung".

Antrag

5 GB/JA

Die Abstimmungsbotschaft auf Seite 12, Einleitung (Lead) wird wie folgt angepasst.

Kosten und Finanzierung

Die Kosten für die städtischen Teilprojekte belaufen sich auf 176 Millionen Franken. Für diesen Betrag wird den Stimmberechtigten ein Rahmenkredit beantragt. **16 der 17 Teilprojekte sollen vom Gemeinderat bewilligt werden, ein Teilprojekt soll in der Beschlusskompetenz des Stadtrats liegen.** Die einzelnen Teilprojekte sollen aus Effizienzgründen vom Gemeinderat zulasten dieses Rahmenkredits bewilligt werden.

Abstimmung Nr. 046

2014.PRD.000100: Antrag 5

Annahme

Ja	45
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr nehmt den Antrag an. Wir sind bei Antrag Nummer 6 der GB/JA!-Fraktion "Abstimmungsbotschaft Teilprojekte durch den Gemeinderat bewilligt".

Antrag

6 GB/JA

Die Abstimmungsbotschaft auf Seite 12, letzter Absatz wird wie folgt angepasst

Teilprojekte durch Gemeinderat bewilligt

Der Gemeinderat soll ermächtigt werden, ~~die einzelnen~~ **16 der 17** Teilprojekte zulasten des Rahmenkredits zu bewilligen. Dieses Vorgehen entspricht der gängigen Praxis und hat den Vorteil, dass nicht jedes einzelne Teilprojekt durch den Stadtrat oder die Stimmberechtigten genehmigt werden muss, was je nachdem zu langen Bewilligungsprozessen führen und das Gesamtprojekt verzögern würde. Damit das Parlament dennoch über das Projekt informiert ist, wird die zuständige Stadtratskommission alle zwei Jahre über den Stand des Rahmenkredits und die realisierten Einzelvorhaben orientiert. **Ausgenommen vom erwähnten Vorgehen ist das Teilprojekt 15: Dieses soll aufgrund**

seiner grossen Bedeutung vom Stadtrat beschlossen werden. Der Stadtrat beschliesst zudem auch über das Gestaltungs- und Nutzungskonzept sowie das Nutzungsmanagement zum Teilprojekt 5 (siehe Liste auf der nebenstehenden Seite).

Abstimmung Nr. 047

2014.PRD.000100: Antrag 6

Annahme

Ja	44
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Den nehmt ihr an. Dann haben wir jetzt noch 2 Abstimmungen vor uns. Zuerst über den Antrag des Gemeinderates zuhanden der Stimmberechtigten und dann über die Abstimmungsbotschaft. Zuerst stimmen wir über den Antrag des Gemeinderates zuhanden der Stimmberechtigten ab.

Abstimmung Nr. 048

2014.PRD.000100: Vorlage

Annahme

Ja	62
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr verabschiedet das Geschäft zuhanden der Stimmberechtigten. Und dann stimmen wir noch über die Abstimmungsbotschaft ab.

Abstimmung Nr. 049

2014.PRD.000100: Botschaft

Annahme

Ja	63
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr genehmigt die Abstimmungsbotschaft.

2014.BSS.000068

7 Mahlzeitenstrategie der Stadt Bern: «Vielfalt+»

Präsidentin: Dann gehen wir zurück zum Traktandum 7: Mahlzeitenstrategie der Stadt Bern. Ich erteile der Kommission das Wort. Anna Jegher für die SBK.

Anna Jegher (JA!) für die SBK: Wir diskutieren bei dem Geschäft über die neue Mahlzeitenstrategie "Vielfalt +", die die alte Mahlzeitenstrategie "Vielfalt" ablösen soll. Sie unterscheidet sich konkret in folgenden Punkten von der bisherigen Strategie: Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Weiterentwicklung der Qualität, die Schaffung eines

zentralen Fachbereichs Verpflegung und den Aufbau eines gemeinsamen zentralen Einkaufs, die betriebliche Optimierung von bestehenden Küchen, die Schaffung eines Koordinationsgremiums Mahlzeitenstrategie, eine neue Quartierküche soll entstehen, die Realisierung einer Kleinkinderküche soll geprüft werden und schlussendlich noch der Entscheid Regenerations- oder Produktionsküche, die als Umsetzungshilfe dienen soll. In der SBK ist die neue Strategie sehr ausgiebig diskutiert worden. So hatten zum Beispiel einige das Gefühl, es handle sich dabei in erster Linie um eine weitere Sparmassnahme und andere haben die Befürchtung geäussert, dass die neue Strategie vor allem zu mehr Kosten führen wird. Ein Diskussionspunkt war zum Beispiel der Fachbereich Verpflegung, der neu geschaffen werden soll und was dieser genau für neue Vorteile bringen würde. Dort hat man uns erklärt, dass im Moment eine Fachperson fehlt, die sich mit Mahlzeitenherstellung auskennt und sich spezifisch auch um die Fragen kümmern kann. So sind für die Koordination von Mahlzeiten andere fachliche Kompetenzen gefragt als für die Betreuung von Kindern. Aktuell sind die Küchen der Tagesbetreuungsleitungen unterstellt, sprich Fachpersonen für Betreuung und nicht für Gastronomie. Und um eine qualitativ gute Mahlzeitenversorgung gewährleisten zu können, ist es deshalb wichtig, eine entsprechende Fachperson zu haben, die sich halt damit auskennt. Grundsätzlich rechnet man mit einer Zunahme der Mahlzeiten-Produktion, unter anderem aufgrund der wachsenden Schüler*innenzahlen und einer besseren Koordination. Durch diese Stelle sollen schlussendlich auch Aufstockungen in den Küchen selber verringert werden. Unter anderem soll über die neue Fachstelle auch ein zentraler Einkauf möglich werden. Damit soll vor allem eine höhere Rabattstufe von 5% bis 10% erreicht werden. Bei einem Lebensmittelbudget von 2'000'000 Franken bedeutet 5% Rabatt beispielsweise eine Einsparung von 100'000 Franken. Beim zentralen Einkauf ist noch die Frage aufgekommen, ob das nicht dazu führt, dass Massenprodukte bei Grosslieferanten bezogen werden und regionale Anbieter*innen durch das nicht mehr berücksichtigt werden können. Dort hat man uns versichert, dass die Berücksichtigung von regionalen Anbietern eine der Musskriterien bei der Beschaffung ist und man bei den Mahlzeiten regionale und saisonale Produkte will. Die SBK hat weiter noch eine Planungserklärung angenommen, welche die Mitwirkung aller betroffenen Personen in der Umsetzung der Mahlzeitenstrategie gewährleisten soll. Besonders die Bedürfnisse des Küchenpersonals und der Kinder sollen in die Entscheidungen miteinbezogen werden, weil sie ja am direktesten von den Auswirkungen betroffen sind. Insgesamt empfiehlt euch die SBK, den Kommissionsantrag anzunehmen und mit einem Stimmverhältnis von 5 Ja, 1 Nein Stimme und 5 Enthaltungen die Mahlzeitenstrategie positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Präsidentin: Merci, Anna. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Corina Liebi für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Die GLP/JGLP/EVP-Fraktion nimmt die Mahlzeitenstrategie Vielfalt Plus vom Gemeinderat grundsätzlich positiv zur Kenntnis. Wir begrüssen es sehr, dass weiterhin Wert auf eine gesunde, regionale und nachhaltige Ernährung gelegt wird. Ebenso begrüssen wir es, dass ein Fachbereich Verpflegung geschaffen werden soll, der die Mahlzeitenproduktion in der Stadt Bern besser koordinieren soll, sodass nicht nur Synergien besser genutzt werden können, sondern am Ende des Tages dabei auch noch ein rechter Batzen für die Stadt Bern herauschaut. So können durch den koordinierten Einkauf von grösseren Mengen Rabatte eingefordert werden, die die Kosten der Stadt Bern massiv senken. Es ist vorhin schon gesagt worden, über den Daumen gerechnet sind das bei einem Lebensmittelbudget von rund

2 Mio. Franken um einen Rabatt von 5% schon ganze 100'000 Franken, die eingespart werden können. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass das Geld, das durch die Effizienzsteigerung erwirtschaftet wird, ausreichend ist, um einen Fachbereich "Verpflegung" zu finanzieren. Aus diesem Grund erachten wir es nicht als nötig noch zusätzlich eine weitere Erhöhung des Globalbudgets für den AFP 2025 bis 2028 vorzusehen. Wir sind ihnen sehr dankbar, wenn sie unseren zugehörigen Antrag unterstützen.

Präsidentin: Merci, Corina. Dann kommt Nick Eugster für die FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Die Geschäftsleiterin der Mensa, als ich in die Schule gegangen bin, die hat immer gesagt, wenn man Hunger hat, ist alles gut. Das hat sie sagen müssen, weil es auch wirklich... man hat es nicht essen können, was uns dort vorgesetzt worden ist. Die gesunde Ernährung für unsere Schüler*innen ist eben mehr als nur Hunger stillen. Es geht um die Gesundheit. Es geht um Ausgewogenheit. Es geht um das Lernen des richtigen Ernährungsverhaltens und es geht auch darum, dass unser Essen mit Zutaten produziert wird, die ökologisch und ökonomisch Sinn ergeben. Das umreisst die neue Mahlzeitenstrategie Vielfalt Plus sehr gut mit der Fachstelle, die da geplant ist, will man diesen Grundsätzen noch mehr Gewicht und Steuerung geben und dabei auch ökonomische Optimierungen hinkriegen, wird zentral und koordiniert eingekauft, kann laut Stadt viel gespart werden. Leider konnte die Stadt nicht genug aufzeigen, wie viel gespart werden kann, wenn man nachfragt, dann bleiben die Antworten schwammig. Schlussendlich kostet die Fachstelle dann doch mehr als sie einbringt. Im AFP sollen zusätzliche 35'000 Franken aufgenommen werden. Wir finden die Fachstelle grundsätzlich gut, aber das Ziel muss sein, dass die Einsparungen damit die Kosten kompensieren. Darum haben wir den Antrag 2 miteingereicht. Also nicht wie der Antrag 3 von Seiten SP, GFL und Mitte, der grundsätzlich die Streichung verlangt, sondern einfach verlangt, auf die Aufnahme von diesen 35'000 Franken in die AFP zu verzichten. Antrag 2 gibt der Stadt mehr Handlungsspielraum und ist darum für uns die bessere Variante. Wir werden den annehmen und 3 ablehnen. Skeptisch sind wir auch gegenüber dem Antrag 4, auch dieser schränkt den Handlungsspielraum der Stadt stark ein. Dem Antrag 5 können wir aber zustimmen mit der Formulierung "es soll möglich sein", wird alles offen behalten und dort, wo es Sinn macht, können auch kleine lokale Küchen weiterbetrieben werden. Dass an gewissen Orten Kinder sogar in den Produktionsprozess einbezogen werden können, finden wir eine Bereicherung. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Nik. Als nächster Sprecher kommt Raffael Joggi von der AL/PdA-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Ja, die "Vielfalt +"... die AL/PdA-Fraktion versteht eigentlich die Strategie nicht, glaube ich, letztendlich. Also es wird hier aufgezeigt, – was wir verstehen – nämlich, dass mehr Mahlzeiten herausgegeben werden müssen, verständlich, mehr Schüler*innenzahlen, mehr Kitaplätze vielleicht auch, in Zukunft wird das noch zunehmen. Gleichzeitig soll eine ausgewogene, lokale, regionale Ernährung natürlich und Kinder- und Babygerecht irgendwie gewährleistet werden. Aber man möchte dann trotzdem zu all dem auch noch sparen und ich glaube, das Sparen ist auch das Motiv hinter dieser neuen Strategie. Also es wäre wohl treffender – sorry, wenn ich es jetzt schon vorwegnehme – das Projekt "Vielfalt Minus" zu nennen, denn es sieht hier nicht aus als wird hier auf die Dezentralität gesetzt, sondern eher auf Einheitsbrei aus Grossküchen mit einem Verwaltungswasserkopf oben darüber, der

dann das alles koordinieren soll. Also ich stelle mir nachher vor, dass Manfred, der eine Senf-Intoleranz hat, nachher wohl dann irgendwie über die Eltern, nachher zu den Kita Leiter*innen, dass irgendwie in den Betrieb einschleusen, in die Fachstelle hinein und dann das wieder über den Grossverteiler irgendwie in das System eingeschleust wird. Da geht vor meinem inneren Auge schon der nächste Verpflichtungskredit auf, wo es heisst, wir brauchen eine IT-Lösung für 5 Mio. Franken für das nachher auch managementtechnisch eigentlich auch umsetzen zu können. Was wir eigentlich hier wollen und doch einfach auch Freude daran haben, sind Schulen oder Kitas, die eigentlich eine Küche im Haus haben, wo all das was in dieser Strategie eigentlich gefordert wird, nämlich auf belastende Tage mit vielen Mahlzeitenschwankungen eingehen zu können, mit schwachen Nachfragen von Mahlzeiten, auf wirklich individuelle Bedürfnisse von dieser Bildungs- oder Tagesschuleinrichtung oder individuellen Unverträglichkeiten eingehen kann. Was ist eigentlich besser, eine neue Fachstelle zu schaffen, um zuerst Geld in die Finger zu nehmen oder eigentlich die bestehenden Infrastrukturen, die bestehenden Produktionsküchen zu verwenden? Dort sind Leute angestellt, Fachleute für das Kochen. Und die Zusammenarbeit solcher Betriebe, von allem, was ich gehört habe, funktioniert dann wirklich bei solchen mittelgrossen Betrieben sehr gut. Es ist sicher nicht ausgeschlossen, dass man einzelne Küchen schliessen oder irgendwie zusammenführen kann, die in der Region im selben Quartier sind. Das ist ja nicht der Punkt, aber diese Strategie will uns hier Vielfalt verkaufen. Die in dem Sinn, nach recht klassischer, neoliberaler BWL-mässigen Manier einfach zusammen kürzt, zentralisiert, mehr Management und letztendlich auf die eigentlich lokale, dezentrale Art und Weise zu kochen verzichtet. Ob das gut ist für unsere Kinder und Babys, ich weiss gar nicht. Ich muss, glaube ich, gar nicht argumentieren. Das tönt eigentlich unsympathisch, kalter Food hinzufahren und es noch aufzuwärmen, vom ökologischen Standpunkt her noch gar nicht zu reden. Wenn ihr etwas aufwärmt, könnt ihr es nicht noch ein zweites Mal aufwärmen. Und das wird dann genau so gemacht gesundheitstechnisch, dass man das noch einmal aufwärmen kann und wenn das nachher nicht gegessen wird, dann muss man es wegschmeissen. Das wäre nicht so, wenn man es einmal kochen würde in der Küche, dann kann man es rein theoretisch als Reste am nächsten Tag zum Beispiel noch einmal reichen. Dass Kinder oder kleine Kinder zum Beispiel dann auch pädagogisch irgendwie mitmachen könnten, wenn es jemanden gibt oder 2 oder 3, die in dem Haus auch noch gerade kochen, ist ein netter Nebeneffekt. Auf den wollen wir scheinbar auch verzichten. Wir würden ihnen empfehlen, sicher auf die Produktionsküche nicht grundsätzlich zu verzichten. Sicher nicht jede Produktionsküche, die in die Jahre gekommen ist und saniert werden muss, eigentlich in einer Fallunterscheidung entweder zu schliessen und mit einem Steamer und einer Mikrowelle zu ersetzen oder in einem anderen Fall zu vergrössern und zu einer halben Industrieküche aufzublähen. Es ist zum Teil vielleicht Handlungsbedarf da, aber sicher nicht generell über alle Bildungsinstitutionen in dieser Stadt hinweg. Deswegen laden wir sie ein, unseren Antrag anzunehmen. Wir stützen sicher auch die Anträge stützen, wo die Partizipation oder das Mitspracherechte der involvierten Menschen vor Ort stärken. Wo wir uns schwer tun, ist bei dieser Ausmehrung von, soll man jetzt 35'000 Franken weniger geben, aber es gibt dann nachher vielleicht den Fachbereich oder auch wollen wir den Fachbereich, wie unsere SP-Freunde hier sagen ganz streichen. Wir sind ein bisschen hin und her gerissen. Wenn wir die Strategie in Gottes Namen annehmen, wenn wir sie positiv zur Kenntnis nehmen würden und nicht negativ, dann brauchen wir wohl tatsächlich eine solche Fachstelle, weil man sonst den logistischen Aufwand, den wir jetzt in die Welt führen wollen, gar nicht umsetzen können. Also von daher sind wir uns unsicher, würde

wir uns wohl dafür entscheiden, dass wir in Gottes Namen so eine Fachstelle einrichten müssen, weil man es sonst nicht stemmen kann. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Raffael. Als nächste kommt Anna Jegher von der GB/JA!-Fraktion.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Was genau das Plus an dieser neuen Mahlzeitenstrategie namens "Vielfalt +" sein soll, ist auch uns nicht ganz klar. Für uns als GB/JA!-Fraktion wirkt die neue Mahlzeitenstrategie in erster Linie wie eine verkappte Sparmassnahme. Man könnte, wie es Raffael schon vorhin gesagt hat, ehrlicherweise auch von Vielfalt Minus reden. Das einzige sinnvolle hingegen sehen wir im Fachbereich, der neu geschaffen werden soll, dass sich eine Fachperson um die Koordination und die Qualität der Mahlzeitenherstellung kümmert und nicht die Personen, die eigentlich für die Betreuung zuständig sind. Das ist unserer Ansicht nach nur logisch. Wir verstehen deshalb wirklich nicht, warum man mit Anträgen kommt, um den Fachbereich zu streichen. Die Frage, in welcher Form die Mahlzeitenherstellung in der Tagesbetreuung von Kindern ausgestaltet werden soll, ist für uns sehr zentral. So haben die Produktionsküchen, also die eigenen Küchen in den Tagesschulen, eine wichtige Funktion, die über das Kochen an sich hinausgeht, weil sie für die jeweilige Schule auch identitätsbildend sind. Es spielt für die Kinder sehr wohl eine Rolle, ob sie sehen, wie und wo gekocht wird, ob ihr Essen zubereitet wird oder ob einfach etwas zu Essen auf dem Tisch steht, bei dem niemand genau weiss, was drin ist und woher es kommt. Ernährung ist grundsätzlich ein sehr wichtiges Thema, bei dem es vielmehr geht, als dass sie möglichst effizient und kostengünstig organisiert wird. Dass Kinder und Jugendliche einen guten und gesunden Umgang mit Ernährung lernen, ist unserer Meinung nach auch ein wichtiger Teil des Bildungsauftrags. Ernährung hat eine sehr starke Auswirkung sowohl auf die physische als vor allem auch auf die psychische Gesundheit. Es ist zudem eine Frage davon, wie wir mit Ressourcen umgehen. Es geht um die Wertschätzung unserer Lebensgrundlage und nicht zuletzt auch um die Wertschätzung gegenüber den Personen, die das Essen zubereiten. Und es geht also nicht nur darum, dass die Kinder am Ende des Tages einfach zu satt sind. Jetzt komme ich gerne noch zu den Anträgen. Den Antrag der SPK nehmen wir selbstverständlich an. Die Mitwirkung muss unbedingt in der Umsetzung dieser Strategie gewährleistet sein. Gerade das Personal, das in diesen Tagesschulen und vor allem in den Küchen arbeitet, muss mit den jeweiligen Lösungen einverstanden sein und auch die Bedürfnisse der Kinder, die direkt von den Auswirkungen betroffen sind, müssen zwingend abgeholt werden. Die Anträge, die den neuen Fachbereich streichen wollen, werden wir, wie schon gesagt ablehnen. Wir finden, dass Kinder ein Anrecht auf eine qualitativ gute Ernährung haben. Zudem ist ja das Ziel dieser Stelle, dass durch eine bessere Koordination auch Kosten gespart werden können. Der Antrag vonseiten der SP, GFL und Mitte für eine absolute Zentralisierung der Mahlzeitenherstellung und für den zusätzlichen Umbau von Produktions- zu Regenerationsküchen ist aus unserer Sicht alles andere als zielführend und kostensparend. Wieso gerade Ihr einen so massiven Qualitätsabbau im Bereich der Tages- und Kinderbetreuung wollt, ist uns wirklich schleierhaft. Man ist seit Jahren daran, einen dritten Standort für eine Grossküche zu finden. Ich weiss nicht, wie sie das genau umsetzen wollen, wenn man schlicht nicht genug Standorte zur Verfügung hat. Das Problem ist, dass man im Moment zu wenig Küchen hat für die Anzahl Mahlzeiten, die produziert werden müssen. Hinzu kommt, dass der Bedarf aufgrund der steigenden Schüler*innenzahlen zusätzlich zunehmen wird. Wenn man jetzt anfängt, alle Produktionsküchen zu Regenerationsküchen umzubauen, hat man schlicht und einfach das Problem, dass man zu wenig Mahlzeiten produzieren können wird und von wo genau sollen

dann die Kinder schlussendlich ihr Essen bekommen, wenn ihr einfach alle Küchen weggespart habt. Fakt ist, dass diese Massnahmen vor allem auch Personalkürzungen bedeuten, weil in all diesen Produktionsküchen, Köch*innen entlassen werden müssen. Zudem weiss ich auch nicht, wie ihr darauf kommt, dass eine Zentralisierung billiger kommen soll. Transport und Koordination ist so viel aufwändiger als bei einer gut ausgelasteten Produktionsküche. Und der Umbau der Produktionsküchen in Regenerationsküchen ist extrem teuer und vor allem eine Wertvernichtung, weil die Küchen noch gar nicht abgeschrieben sind. Die vorliegende Strategie sieht ja eh schon vor, dass es hauptsächlich nur noch grosse Produktionsküchen und Quartierküchen geben soll, aber halt immerhin mit Rücksicht auf die erwähnten Faktoren. Den Antrag der AL/PdA nehmen wir an. Wir finden es wie gesagt grundsätzlich die beste Lösung, wenn vor Ort gekocht werden kann.

Präsidentin: Wir haben einen Ordnungsantrag von Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL): Ich beantrage das Geschäft heute Abend noch abzuschliessen.

Präsidentin: Wir stimmen darüber ab. Wer will, dass wir das Geschäft heute noch abschliessen, stimmt Grün, wer will, dass wir um 22.30 Uhr fertig machen, ungefähr um halb, drückt Rot und wer sich enthält Weiss.

Antrag

Ordnungsantrag Joggi

Das Geschäft soll noch zu Ende beraten werden.

Abstimmung Nr. 050

Ordnungsantrag Joggi

Annahme

Ja	41
Nein	12
Enthalten	8

Präsidentin: Ihr habt den Ordnungsantrag angenommen, das heisst, wir schliessen das Geschäft heute noch ab. Wir fahren weiter mit der Beratung. Für die GFL-Fraktion, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Ich finde diese Diskussion irgendwo superspannend. Das sind wir Menschen, die für unsere Kinder regionale, biologische, diverse, auf sämtliche Allergien rücksichtnehmende Essen wollen. Andererseits lassen wir diese im Moment offenbar von Betreuungspersonen zusammen mit den Kindern kochen. Wir wollen auf der anderen Seite für Kleinkinder extra eine Küche herstellen. Irgendwo geht das alles nicht ganz auf. Essen ist ganz wichtig. Es ist ganz wichtig, dass man Kinder auch auf die Herkunft des Essens sensibilisiert, dass Kinder kochen lernen, dass sie einen Bezug haben zum Essen und das Essen nicht verschwendet wird. Auf der anderen Seite haben wir eine zunehmende Steigerung all dieser Mahlzeiten, die hier produziert werden müssen, die nachher aber alle zusammen diesen hohen Qualitätskriterien entsprechen sollen, die wir hier ja auch postulieren. Unter dem Aspekt scheint mir sehr viel effizienter zu sein, dass man das zusammenfasst, wirklich von

Profis lässt machen und kochen und nachher von mir aus per Velokurier an die verschiedenen anderen Orte hinschickt, zumal in diesen Schulküchen, die jetzt sind, eh nicht das kann produziert werden, was dann dort gegessen wird. Ich bin aber auf der anderen Seite völlig einverstanden, dass man die bestehenden Schulküchen nicht einfach umfunktionieren oder einfach zunichtemachen soll, weil die Kinder irgendwo auch noch kochen müssen. Aber das kann nicht im Rahmen des Prozesses passieren, wo man nachher Essen für so viele Kinder produziert. Es muss einfach irgendwo jedem einleuchten und darum, also ich koche selber viel und gut und gerne und habe auch schon für X viele Lager und so weiter gekocht. Das sind ganz andere Prozesse und wenn man nachher noch den Anspruch hat, dass man dort neue Integrationsarbeitsplätze anbieten will in diesen Küchen, dann muss man erst die Sache professionalisieren und das macht man nicht, indem man irgendeine Fachstelle schafft, die vor allem koordiniert und wieder Schnittstellen zu irgendwelchen Sachen schafft. Sondern man macht das, indem man eben dort produziert an einem Ort und dann kann man sich die Fachstelle auch leisten. Danke vielmals für das Zuhören.

Präsidentin: Merci vielmals, Francesca. Dann hat Ueli Jaisli das Wort für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ich will mich kurzfassen. Wir sind gegen eine Küche, also dass man einfach die kleine Küche schliesst. Also nicht gegen eine Küche, aber eben, dass man einfach da die kleinen Küchen generell schliesst und nachher eigentlich auch in einer Grossküche die Mahlzeiten bereitet. Mich erinnern das irgendwie ein bisschen an das Inselspital dort arbeiten im Moment 150 Köche. Ja, dort ist das auch möglich. Das ist auch von den Transportwegen möglich. Das wird sofort verteilt im ganzen Spital, die Mahlzeiten, aber dass man das jetzt einfach generell einfach auch so ein bisschen nachmacht da, und auch mit dem Gesamteinkauf, dass mag ja auch gut klingen. Aber ob das schlussendlich eben wirklich viel günstiger kommt, das Ganze, wenn man eben den Einkauf voll zentralisiert, da haben wir sehr grosse Fragezeichen. Ich finde es eigentlich auch schade nachher für die Kinder, die nachher in diesen Kitas sind, die nachher irgendwie das Essen einfach angeliefert bekommen, in einem Karton drin, auf den Tisch gestellt wird und nachher irgendwann wieder einmal abgeräumt wird. Das ist doch auch sehr interessant, auch für ein Kind etwa zu schauen, wie so eine Mahlzeit entsteht und vielleicht sogar ein bisschen mithelfen kann. Wir sind gegen die globale Zentralisierung in der Stadt des Essenzubereitens und wir werden das Ganze auch negativ zur Kenntnis nehmen.

Präsidentin: Danke, Ueli. Dann Johannes Wartenweiler für die SP/JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Es ist ja schön, wenn es am Schluss noch ein bisschen Stimmung gibt, in diesem Saal. Irgendwie wenn ich diesen Voten zuhöre, höre ich irgendwie "Kraut und Rüben" und ich weiss insbesondere nicht was jetzt deine Äusserungen speziell mit dem Mahlzeitenkonzept und mit dieser Mahlzeitenstrategie zu tun gehabt hat. Es ist mehr ein Votum gegen unseren Antrag gewesen. "Ma fois." Wir nehmen die Mahlzeitenstrategie negativ zur Kenntnis. Es ist die Aufgabe der Stadt Bern, die Verpflegung der Kinder und Jugendlichen in den verschiedenen Betreuungsinstitutionen sicherzustellen. Und aufgrund der steigenden Nachfrage ist das nicht nur Aufgabe, sondern auch eine Herausforderung. Und wir wollen, dass die Stadt in Zukunft auch selber macht, weil wir damit sicherstellen können, dass erstens Mahlzeiten hohe Ansprüche an Qualität und Nachhaltigkeit genügen können, dass

zweitens in grossen Quartierküchen Massnahmen für die soziale und berufliche Integration vorgesehen werden können, und drittens, dass die Stadt verpflichtet wird, genügend Ausbildungsplätze in den Küchen anzubieten. Wir halten die jetzt vom Gemeinderat vorgelegte Strategie für mutlos und auch strategisch für falsch, weil sie am Grundsatz von der dezentralen Produktionsküche und kleinen Küchen festhalten will, wie das vorher auch mein Kollege Raffael Joggi von der AL gefordert hat. Das im Jahr 2016 verabschiedete Konzept Vielfalt, das jetzt weitergeführt werden soll, hat zur Folge, dass wir heute insgesamt 32 Küchenstandorte in der Stadt Bern haben. 32 Standorte meistens kleinere Küchen, die pro Jahr 640'000 Mahlzeiten produzieren sollen und das Konzept wird definitiv an eine Grenze kommen, wenn man sich bewusst macht, dass bis 2030 über 1'000'000, also noch 30% mehr Mahlzeiten als heute sollten produziert werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Effizienz mit der Schaffung eines Fachbereichs Verpflegung im Schulamt nicht wesentlich verbessert werden kann. Die Koordination von Produktionsküchen in einer Verwaltungsstelle vorzusehen, scheint uns doch reichlich praxisfremd. Die Mahlzeitenproduktion in der Stadt Bern ist teuer und aufwändig. Und das zeigt sich zum Beispiel im Vergleich mit Biel. In Biel hat man innerhalb eines Jahres die zentralen Mahlzeitenproduktionen und den externen Caterer durch eine zentrale Grossküche ablösen können. Trotzdem hat Biel das Label "gesunde Ernährung" und arbeitet eng mit lokalen Bioproduzenten und -produzentinnen zusammen. Die Grossküche wird in einer Sonderrechnung geführt und finanziert sich selbst. Das Beispiel zeigt, dass der Service Public durchaus effizient, finanziell attraktiv und nachhaltig sein kann. Das ist auch der Anspruch der SP/JUSO in finanziell schwierigen Situationen. Und wir reden halt über aktuelle Zeiten, da muss es unser oberstes Ziel sein, weiterhin einen guten, gutausgebauten Service Public für alle bieten zu können. Wir gefährden das Ziel, wenn wir nicht bereit sind, die staatlichen Leistungen so zu organisieren, dass sie nicht nur effektiv, sondern halt auch effizient sind. Mit einer ersten Planungserklärung fordert die SP/JUSO den Gemeinderat auf, die vorgelegte Strategie nicht mehr weiterzuverfolgen. Wir verlangen keine zentrale Grossküche wie in Biel, sondern wir erachten es als sinnvoll, 3 bis 5 Quartierküchen auszubauen und damit die verschiedenen Standorte mit entsprechenden Mahlzeiten zu beliefern. Die Regenerationsküchen vor Ort machen es auch weiterhin möglich, mit den Kindern zu kochen und pädagogische Konzepte umzusetzen. Durch einen koordinierten und zentralen Einkauf könnte die Stadt zukünftig Einfluss auf die Produzenten in der Region nehmen und den Anbau von Bioprodukten fördern. Ein funktionierendes Bestellsystem kann zudem den Food Waste verringern. Mit einer zweiten Planungserklärung verlangen wir auch, auf die Schaffung des neuen Fachbereichs Verpflegung zu verzichten. Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag der SBK ab. Um unsere Forderung Nachdruck zu verleihen, haben wir heute Abend zusammen mit der Fraktion der Mitte und der GFL eine dringliche Motion eingereicht. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Johannes. Gibt es noch Einzelvoten? Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich möchte zuerst Raffael Joggi danken. Er hat mir absolut aus dem Herzen gesprochen mit diesem Antrag. Dort müssen wir hingehen. Ich rede nicht von Regenerationsküchen, ich rede von Degenerationsküchen. Ich bin einer, der selber gerne gut isst und kocht. Und wenn ihr nachher am Montag das Essen aufbereitet, dann bekommen die einen es am Dienstag über, die anderen am Mittwoch und dann verwechseln sie dann vielleicht noch die Kartons, die die für am Mittag sind, bekommen sie an am übernächsten Tag über, das ist auch in Punkt Ökologie und Nachhaltigkeit völlig verfehlt. Ich sage, meine Tochter, dass sie dort das Glück hat, dass sie

eben noch eine Küche haben, wo sie ab und zu dem Koch über die Schultern schauen können. Sie selber kocht manchmal auch gerne ein bisschen mit. Macht es auch zu Hause und sagt dem Vater nachher manchmal, wie sie es haben will und dann paniert sie das Kalbskotelett. Das darf ich nicht mehr. Das sind alles Sachen, die ihr machen könnt. Aber mit dieser aufgewärmten Küche, ich sage euch klar, wenn ich in ein Altersheim komme und diesen Frass habe mit diesen Konservierungsmitteln, dann lebe ich nicht mehr lange. Darum versuche ich so lange als möglich diesem Regenerations-Food und dem aufgewärmten Konservierungs-Food, der in irgendeiner zentralen Küche hergestellt wird, nachher mit möglichst vielen Konservierungsmitteln auf gepanscht wird, die ich nicht vertragen zu entgehen. Ich gehe davon aus, es gibt viele Kinder, die es so haben. Den Weg, den ihr eingeht, ist falsch. Ihr werdet überrascht sein. Die SVP wird den Antrag grossmehrheitlich unterstützen. Es ist der richtige Weg. Ich danke euch, dass ihr den gestellt habt. Merci.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann Ingrid Kissling-Näff.

Ingrid Kissling-Näf (SP), Einzelvotum: Nur ganz kurz: Wir haben seitens der Berner Fachhochschule (BFH) eine zertifizierte Küche, sogenannte "BioCuisine" zertifizierte Küche. Die Produktion erfolgt in Zollikofen, wird an verschiedene Standorte verteilt, ist regional, teilweise vegetarisch-vegan, aber auch mit Fleisch. Man spricht von einer Top-Qualität, kann ich euch bestätigen. Ich lade gerne Alex Feuz einmal zum Essen ein. Ich glaube, es geht in dieser Debatte wirklich darum zu überlegen, wie können wir bis zu einer Million Mahlzeiten im Jahr professionell und auf einem absolut hohen Standard produzieren und dafür gibt es Möglichkeiten. Aber die Möglichkeiten können unmöglich 3 Dutzend kleine Küchen in Bern sein. Es braucht eine Zentralisierung, es braucht eine entsprechende Qualitätssicherung und ich kann mir nicht vorstellen, dass man dafür eine neue Abteilung oder eine neue Amtsstelle innerhalb der Direktion von Franziska Teuscher schafft, sondern es braucht einen gastronomischen Betrieb, der diesen hohen Ansprüchen genügt.

Präsidentin: Danke, Ingrid. Dann Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ich rede hier als Lebensmittelproduzent: Zuckerrüben, Zuckerproduzent, Kartoffelproduzent, aber auch das Brot backen wir selber bei uns in unserem Betrieb. Diejenigen, die mal Lust haben, dürfen auch schauen kommen, wie das geht. Jetzt will man doch das Nützliche mit dem Guten verbinden. Wir reden von Schulen, wir reden von der Weiterbildung. Ich kann mich noch erinnern, als ich in Hindelbank zur Schule ging. Da hatten wir auf der einen Seite Gartenbau gehabt. Da haben die Kinder gelernt, wie man eben Lebensmittel produziert, wie man Fenchel pflanzt, wie man Bohnen pflanzt und schon vor 20 Jahren, man stelle sich das vor, alles zusammen biologisch. Wenn man, doch jetzt würde die Schulen weiterhin so ein bisschen fördern im Gartenbau und eben auch im Kochbereich, da hätte man eine Win-Win-Situation. Man könnte schauen, dass vielleicht die eine Klasse eben die Lebensmittel herstellt, und die andere Klasse kocht sie. Man kann das im Wahlfachsystem fördern. Und somit könnte man dann gleich wie Stadtrat Wartenweiler es gesagt hat, vielleicht noch eine Quartierküche haben und die Quartierküche könnte dann vielleicht noch etwas ergänzen. Aber ich bin ganz sicher gegen eine industrielle Grossküche, dass man das nachher in der ganzen Weltgeschichte so führt. So wie es Raffael gesagt hat, die Idee ist gut, klein und fein. Und eben, ich koche auch gerne und das Kochen habe ich auch in der Hochschule gelernt und das Gartenbauen habe ich in der Gartenbauschule

gelernt, was ein Wahlfach ist. Und das wäre wirklich eine ideale Sache und nicht so eine gross aufgeblasene Sache, wo einfach die Kinder nachher die Sachen serviert bekommen. Darum muss ich sagen, bin ich gegen das Konzept und befürworte eher ein bisschen andere Konzepte, einfacher nachhaltiger, aber auch für eine Schule lehrhaft. Da kann man nachher, wenn man aus der Schule kommt, vielleicht auch einmal ein Spiegelei machen, einfach kochen, gut kochen und man weiss auch, woher die Lebensmittel kommen. Besten Dank.

Präsidentin: Merci, Thomas. Es gibt keine Einzelvoten mehr. Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Wir diskutieren wieder einmal hier drin über Mahlzeiten und da gehen die Wogen hoch. Ich muss sie leider enttäuschen. Ich kann mein Votum nicht kurz machen, auch wenn es jetzt schon spät ist, aber hier drin wurden so viele Dinge gesagt, die nicht stimmen und die möchte ich gerne zurück berichtigen. Wir haben in der Stadt Bern während 50 Wochen ein sehr geschätztes Angebot bei der Tagesbetreuung für unsere Kinder. Wir haben eine sehr gute Qualität bei der Mahlzeitenproduktion und beim Essen und Essen ist ein zentraler Bestandteil des Angebots, das in der Tagesbetreuung da ist und das Essen wollen wir weiterhin beibehalten in einer sehr hohen Qualität. Und auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch die Wirtschaftlichkeit berücksichtigen. Es wurde hier manchmal gesagt, wir könnten es uns nicht leisten, nicht wirtschaftlich zu produzieren. Um das zu erreichen, hat der Gemeinderat das Mahlzeitenkonzept, die Strategieviefalt, die hier drin auch nach heftigsten Debatten grossmehrheitlich verabschiedet wurde, genommen und überarbeitet, weil wir mehr Mahlzeiten produzieren müssen, weil wir bei der Kinderbetreuung in den Schulen ein viel höheres Wachstum haben als bei den Schülerinnen- und Schülerzahlen. Ich gehe primär auf die Planungserklärungen ein, die hier vorgestellt wurden. Die Planungserklärung der SBK zur Partizipation: Ich glaube, der Gemeinderat oder ich persönlich unterstütze die Partizipationsplanungserklärung, denn uns ist es wichtig, dass man gerade in diesem wichtigen Bereich von Mahlzeiten in der Schule auch mitreden kann, dass die Mitarbeiter*innen, die Schüler*innen und die Eltern eingebunden sein müssen. Die Qualität von der Verpflegung hat ein grosses Gewicht. Darum kochen wir auch nach Ernährungsrichtlinien, die überall dieselben sind. Jede Küche in der Stadt Bern, sei es klein oder gross, erfüllt genau die Ernährungsrichtlinien von Fourchette verte. Und es ist auch zu sagen, dass das nicht, wie gesagt wurde, eine schlechte Qualität bei der Anlieferung ist, wenn wir das über eine Grossküche machen und es nachher regeneriert wird. Das ist nicht warm angeliefert, sondern das ist in guter Qualität überall auf dem Tisch.

Die Anpassung der Mahlzeitenstrategie war herausfordernd, denn dort haben etwa die gleichen Meinungen geherrscht wie hier im Saal, die gesagt haben, wir dürften auf jeden Fall nicht weiter zentralisieren. Wir müssen alle unsere Küchen, die noch vor Ort produziert, denn das ist an vielen Orten in der Stadt Bern auch schon nicht mehr so, erhalten. Und die andere Seite hat gesagt: "Nein, das ist alles vorbei. Wir müssen jetzt Grossküche haben im Sinne von dieser Planungserklärung, wo sagt 3 bis 5 Grossküchen und der Rest ist völlig nicht ökonomisch. Das wollen wir nicht." Und darum haben wir wirklich 2 Jahre lang an dieser Mahlzeitenstrategie gearbeitet. In Workshops alle Beteiligten der Verwaltung, von den Schulen, von der Tagesbetreuung, Vertretungen der Küchen und die Schülerinnen und Schüler miteinbezogen und was wir euch heute vorlegen. Das ist ein Kompromiss. Es ist ein Kompromiss, der sagt: "Okay, wir können es uns in der Stadt Bern nicht mehr leisten, jede Produktionsküche aufrechtzuerhalten,

weil der Gemeinderat klare ökonomische Vorgaben gemacht hat, die jede Küche einhalten muss. Also haben wir gesagt, kleine Produktionsküche können wir in der Zukunft nicht mehr erhalten aus ökonomischen Gründen." Aber wir haben auch gesagt, wir wollen nicht nur Grossküchen, weil es nicht sinnvoll ist, wenn wir nur Grossküchen produzieren. Und darum haben wir gesagt, der Schritt geht langsam in die Grossküche, damit wir möglichst ökonomisch produzieren können, aber dort, wo wir eine Produktionsküche haben, die ökonomisch produziert, macht es keinen Sinn zu sagen, die Küche soll nicht mehr produzieren vor Ort, sondern man soll sie mit einer Regenerationsküche ersetzen. Das ist eigentlich eine Vernichtung von gut funktionierenden Küchen, wo man jetzt im SP-Antrag sagt: "Nein, wir stoppen jetzt das, wir bauen jetzt Regenerationsküchen ein." Wenn wir die Produktionsküchen in Regenerationsküchen umbauen, hat das etwa zur Folge, dass wir 1 Mio. Franken investieren müssten, 1 Mio. Franken für das Ersetzen von Küchen, die noch gut funktionieren. Das ist für mich nicht ökonomisch. Das ist für mich eigentlich ein ökonomischer Blödsinn, dass wir Geldausgaben für etwas, was wir in dem Sinne gar nicht müssen.

Die zentralen Lösungen werden auch im Konzept des Gemeinderates, bei dem ich gesagt habe, es sei ein Kompromiss, werden auch dort ein grösseres Stadtgewicht erhalten. Aber es ist dermassen schwierig, in dieser Stadt Bern einen Standort zu finden für eine Grossküche, dass wir jetzt über 2 Jahre gesucht haben. Es ist nichts zu Stande gekommen und jetzt haben wir wieder einmal das Glück in Anführungszeichen, dass wir ein Spital haben, das der Stadt zurückgegeben wurde, wie wir es beim Zieglerspital hatten. Wir haben nämlich unsere erste Grossküche im Zieglerspital eingerichtet und jetzt richten wir dann die zweite Grossküche im Tiefenauspital ein. Wo man innerhalb von den nächsten 2, 3, 5 Jahren will weitere 2 bis 3 Standorte finden will, ist mir persönlich schleierhaft. Ich setze die Produktion der Mahlzeiten nicht aufs Spielen, indem wir sagen: "Jetzt wollen wir zentralisieren." Mit Zentralisieren ist alles besser und ich staune sehr, dass solch ein Vorschlag von Seiten SP kommt, denn dieser Vorschlag ist sozial nicht nachhaltig. Dadurch, dass wir unsere Produktionsküchen schliessen, verlieren 30 Köche in dieser Stadt Bern ihre Stelle. Den 30 Köche können wir nicht in den Grossküchen brauchen. In den Grossküche hat man ganz eine andere Ausbildung, die man haben muss, wenn da kocht. Wenn die SP in Kauf nehmen will, dass nachher 30 Leute ihre Stelle verlieren, finde ich, dass das nicht ein sozialer Ansatz ist, dass das eigentlich auch nicht ein gewerkschaftlich verträglicher Ansatz ist. Ich komme zur Fachstelle, die wir im Schulamt schaffen wollen. Da muss ich ihnen sagen, die Fachstelle ist schon im Budget 2024 drin vorgesehen gewesen. In der Budgetdebatte hättet ihr die Möglichkeit gehabt, die Fachstelle zu streichen, wenn ihr das gewollt hätte, ihr habt das nicht gemacht. Diese Stelle ist längstens ausgeschrieben. Wir sind im Moment im Bewertungsverfahren. Das Bewerbungsverfahren ist schon fast abgeschlossen, also die Stelle wird sowieso kommen, ob ihr jetzt die Planungserklärung überweist oder nicht. Ich staune auch, wenn nachher vorhin von Johannes Wartenweiler gesagt wurde: "Wir müssen zentral einkaufen. Es muss alles zentral sein, das geht nicht mit einer Stelle im Schulamt." Genau, das ist das Ziel dieser Stelle im Schulamt, dass wir einen zentralen Einkauf machen, damit wir ökonomisch besser unterwegs sein können. Und darum ist die Stelle auch so sinnvoll. Mit dieser Stelle können wir Einsparungen machen, weil wir grössere Mengen beziehen, sie nachher ausliefern, dort, wo produziert wird. Der Gemeinderat legt euch eine ausgewogene Strategie vor, sie ist sozialverträglich, sie ist ökonomisch verträglich und sie ist ökologisch verträglich. Sie ist ein Kompromiss, der von allen zusammen mitgetragen wird, von den Schulen, der Verwaltung, von denen, die produzieren. Und daher finde ich es auch ein bisschen heuchlerisch, wenn

man nachher sagt: "Ja, die Partizipation ist uns wichtig." Wenn man nachher eine Strategie, die im Partizipationsprozess entstanden ist, sagt: "Die lehnen wir in dem Sinne ab." Insofern bitte ich sie, dem Gemeinderat zu folgen und dieser Strategie zuzustimmen oder diese zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Merci.

Präsidentin: Vielen Dank, Franziska. Dann kommen wir zu den Abstimmungen über die Planungserklärungen. Es sind 5 Planungserklärungen eingegangen. Wir beginnen gleich mit der Ersten der SBK über die Mitwirkung aller betroffenen Personen.

Antrag

1 Planungserklärung SBK

In der Umsetzung der Mahlzeitenstrategie soll eine Mitwirkung aller betroffenen Personen angestrebt werden. Zusätzlich zu Schulleitungen und Tagesbetreuungsleitungen sollen auch Küchenpersonal, Kinder, Eltern, Schul- und Quartierkommissionen und wo vorhanden weitere betroffene Personengruppen in die Entscheidungen miteinbezogen werden.

Abstimmung Nr. 051

2014.BSS.000068: Antrag 1	
Ablehnung	
Ja	22
Nein	41
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt die Planungserklärung abgelehnt. Die Planungserklärung 2 und 3 werden gegenübergestellt. Wer der Planungserklärung der GLP/JGLP/EVP/FDP und JF zustimmen will, dass auf die Mehrkosten von 35'000 Franken im AFP verzichtet werden soll. Wer jetzt zustimmen will, stimmt Grün. Wer der Planungserklärung Nummer 3 der SP/JUSO, GFL und der Mitte zustimmen will, dass auf die Schaffung vom neuen Fachbereich verzichtet werden soll, stimmt Rot. Wer sich enthält, stimmt Weiss.

Antrag

2 Planungserklärung GLP/JGLP/EVP, FDP/JF

Auf die Aufnahme der Mehrkosten von CHF 35'000 für den Fachbereich Verpflegung in den AFP 2025-2028 ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 052

2014.BSS.000068: Antrag 2	
Annahme	
Ja	37
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt der Planungserklärung Nummer 2 den Vorzug gegeben. Die Planungserklärung Nummer 3 hat 24 Stimmen bekommen. Wir stimmen über die Planungserklärung Nummer 2 ab.

Antrag

3 Planungserklärung SP/JUSO, GFL, Mitte

Auf die Schaffung des neuen Fachbereichs Verpflegung ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 053

2014.BSS.000068: Antrag 3

Annahme

Ja	36
Nein	21
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr nehmt die Planungserklärung an. Es gibt eine weitere Gegenüberstellung der Planungserklärung Nummer 4 und 5. Wer die Erklärung der SP/JUSO, GFL und Mitte annehmen will, dass die Mahlzeitendienste in der Stadt zentralisiert werden sollen, stimmt Grün, wer die Erklärung der AL/PdA-Fraktion bevorzugen will, stimmt Rot, wer sich enthält, stimmt Weiss.

Antrag

4 Planungserklärung SP/JUSO, GFL, Mitte

Der Mahlzeitendienst der Stadt ist zu zentralisieren. Die Produktion soll in drei bis fünf Grossküchen erfolgen. Die dezentralen Standorte sind mit Regenerationsküchen auszurüsten. Bei den umliegenden Gemeinden sind mögliche Synergien abzuklären. Allfällige Restrukturierungen sind sozialverträglich unter Einhaltung der Sozialplanartikel im Personalreglement umzusetzen.

Abstimmung Nr. 054

2014.BSS.000068: Antrag 4

Ablehnung

Ja	27
Nein	32
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt der Planungserklärung der AL/PdA den Vorzug gegeben mit 32 Stimmen, bei 27 Stimmen für die Planungserklärung Nummer 4. Wir Stimmen ab über die Planungserklärung.

Antrag

5 Planungserklärung AL/PdA

Sanierungsbedürftige "Produktionsküchen" sollen nicht automatisch zu "Regenerationsküchen" oder grösseren Produktionsküchen umgebaut werden. Stattdessen sollte es möglich sein, gut funktionierende kleine Produktionsküchen weiterzubetreiben.

Abstimmung Nr. 055

2014.BSS.000068: Antrag 5

Ablehnung

Ja	22
Nein	40

Enthalten	2
-----------	---

Präsidentin: Ihr habt die Planungserklärung der AL/PdA-Fraktion abgelehnt. Wir kommen zur letzten Abstimmung für heute, und zwar, ob ihr den Bericht, diese Strategie zustimmend, ablehnend oder ohne Wertung zur Kenntnis nehmt.

Abstimmung Nr. 056

2014.BSS.000068

Kenntnisnahme ablehnend

Ja	20
Nein	35
Enthalten	9

Präsidentin: Ihr nehmt diese Strategie ablehnend zur Kenntnis. Ueli Jaisli würde gerne noch 30 Sekunden etwas sagen und nachher sind wir fertig für heute.

Ueli Jaisli (SVP): Nur noch schnell, ganz kurz. Am 23. März haben wir unseren Skitag, die Verhältnisse sind im Moment ideal. Sie sind traumhaft. Es ist ein Traum, wir haben 1 Meter Neuschnee, wir haben schönes Wetter hoffentlich und es würde mich freuen, wenn wir hier eben einen schönen Tag zusammen geniessen könnten. Okay, ich wünsche eine gute Heimreise und eine gute Nacht. Danke.

Präsidentin: Danke, Ueli. Ich wünsche allen eine gute Heimreise und eine gute Nacht.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

8 Personalamt (Dienststelle 640): Nachkredit zum Globalbudget 2023 2023.FPI. 000033

9 Steigerhubelstrasse 65, 3008 Bern: Baurechtsvertrag zur Übernahme des Kirchgemeindehauses Steigerhubel (RefBernImmo AG); Verpflichtungs- und Investitionskredit 2023.FPI. 0102

11 Postulat Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher/Katharina Gallizzi, GB): Priorisierung der Velohaupttrouten; Prüfungsbericht 2020.SR. 000146

12 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP/Ruth Altmann, FDP): Die Fussgänger im Gebiet Tierpark-Elfenau bis zur Gemeindegrenze Muri müssen infolge der befürchteten Zunahme der Widerhandlungen des Fahrverbotes durch Zweiradfahrer besser geschützt werden! 2021.SR. 000040

13 Motion Jemima Fischer (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Langsamverkehr: mit den neuen Mehrheitsverhältnissen endlich richtig 2021.SR. 000051

14 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Weyermann/Ueli Jaisli, SVP): Parkplatzzählungen: Wie läuft dies ab? Werden effektiv die Bedürfnisse der Anwohner eruiert oder geht es dem Gemeinderat nicht vielmehr darum, bereits mit geeigneten Parametern weitere Parkplätze abzubauen? 2021.SR. 000238

- 15 Interpellation Simone Machado (GaP), Alexander Feuz (SVP), Ruth Altmann (parteilos): Wie kommt der Gemeinderat den denkmalpflegerischen Anforderungen bei der Neugestaltung des Hirschengrabens nach? 2022.SR. 000052
- 16 Motion Fraktion GB/JA! (Mahir Sancar/Anna Jegher/Nora Joos, JA!): Umverteilung der MIV-Infrastruktur 2022.SR. 000158
- 17 Postulat Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller/Sara Schmid, SP): E-Trottinets dürfen kein Hindernis darstellen 2022.SR. 000180
- 18 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA!, GLP/JGLP (Michael Sutter, SP/Tanja Miljanovic, GFL/Claude Grosjean, GLP/Jelena Filipovic, GB): Abstellplätze für Cargobikes 2022.SR. 000202
- 19 Interfraktionelles Postulat SVP, Mitte, FDP/JF, AL/PdA, GB/JA (Alexander Feuz, SVP / Milena Daphinoff, Mitte / Thomas Hofstetter, FDP / Raffael Joggi, AL / Vanessa Salamanca, GB) und Simone Machado (GaP): Erstellung von mobilen Toiletten bei städtischen Kinderspielplätzen «im Grünen» 2023.SR. 0097
- 20 Interfraktionelles Postulat GLP/JGLP, GFL/EVP, GB/JA, AL/PdA, SP/JUSO (Michael Ruefer, GLP / Tanja Miljanovic, GFL / Nora Joos, JA / David Böhner, AL / Laura Binz, SP): Überprüfung Basisstrassennetz Regionalkonferenz Bern-Mittelland: Bahnhofplatz entlasten, Bollwerk aufwerten, Klimastrategie umsetzen 2023.SR. 0102
- 21 Motion Fraktion GB/JA (Nora Joos, JA) und Michael Ruefer (GLP): MIV – Sperrung der Kornhausbrücke 2023.SR. 0124

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Frauen EM 2025: Ersatz Fussballplätze für YB auf der Grossen Allmend: Drohen dem Steuerzahler wirklich keine Mehrkosten? Können die engen Zeitvorgaben eingehalten werden? Wann erfolgt die Publikation?
2. Kleine Anfrage Fraktion SP/JUSO (Mehmet Özdemir, SP): Ungenügende Schulweg-sicherheit der neuen Volksschule Baumgarten
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Ueli Jaisli/Daniel Michel, SVP): Unbefriedigte Park-platzsituation an der Bümplizstrasse 83-173 und der Morgenstrasse 83-89. Warum sind an diesen Strassen weisse, taxpflichtige Parkzonen entstanden anstatt blaue Zonen?
4. Interpellation Fraktion SVP (Thomas Glauser/Alexander Feuz, SVP): Stadt Bern dis-kriminiert ältere Menschen und fördert die Altersarmut
5. Motion Emanuel Amrein (SP), Bernadette Häfliger (SP), Johannes Wartenweiler (SP), Francesca Chukwunyere (GFL), Milena Daphinoff (Mitte): Eine zentrale Produk-tion der Mahlzeiten für die Betreuungseinrichtungen
6. Kleine Anfrage Oliver Berger (FDP): Sicherheitslage in der Stadt Bern
7. Interpellation Nik Eugster (FDP), Florence Pärli (JF): Neue Organisationsverordnung: Ist die Zuteilung der Aufgaben auf die einzelnen Direktionen ausgewogen?
8. Dringliche Motion David Böhner (AL), Anna Jegher (JA), Paula Zysset (JUSO), Nora Krummen (SP), Matteo Micieli (PdA), Seraphine Iseli (GB), Mirjam Roder (GFL): Keine Kollektivstrafen bei Sportveranstaltungen
9. Motion Milena Daphinoff (Mitte), Simone Richner (FDP), Maurice Lindgren (GLP), Bernadette Häfliger (SP), Janosch Weyermann (SVP): Klare Kriterien für die Auftrags-vergabe von städtischen Bildungsaufträgen
10. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Braucht es noch wei-tere Tote und Verletzte auf dem Vorplatz bis der Gemeinderat dort selber Überwa-chungskameras aufstellt?

11. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Braucht es noch weitere Tote und Verletzte auf dem Vorplatz bis der Gemeinderat seinen politischen und rechtlichen Kampf gegen die Änderungen des kantonalen Polizeigesetzes aufgibt?
12. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Braucht es noch weitere Tote und Verletzte auf dem Vorplatz bis der Gemeinderat seinen politischen und rechtlichen Kampf gegen die Änderungen des kantonalen Polizeigesetzes aufgibt?
13. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Braucht es noch weitere Tote und Verletzte auf dem Vorplatz bis der Gemeinderat seinen politischen und rechtlichen Kampf gegen die Änderungen des kantonalen Polizeigesetzes aufgibt?
14. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Die Unterbindung der wichtigen Zu- und Wegfahrten zum Neufeldtunnel (Anschluss Autobahn) durch die Stadt- und Verkehrsplanung: Was sind die Auswirkungen für andere Stadtteile (Innenstadt? Kirchenfeld)? Was sagt das ASTRA dazu? Wird der Neufeldtunnel mittelfristig umgenutzt? Champignons Zucht oder bestehen andere Alternativen?
15. Dringliche Interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GFL, SVP (Maurice Lindgren, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Francesca Chukwunyere, GFL/Matthias Humbel GFL/Janosch Weyermann, SVP): Entschiedenenes Handeln gegen Antisemitismus an Berner Schulen
16. Interfraktionelle Motion GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GB/JA (Maurice Lindgren, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Franziska Geiser, GB) und Francesca Chukwunyere(GFL), Matthias Humbel (GFL): Bekämpfung von Antisemitismus – insbesondere an Berner Schulen
17. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Braucht es noch weitere Tote und Verletzte auf dem Vorplatz bis der Gemeinderat dort selber Überwachungskameras aufstellt?
18. Kleine Anfrage Yasmin Abdullahi (JGLP), Michael Hoekstra (GLP): Finanzierung der Quartierfeste in der Stadt Bem
19. Interpellation Oliver Berger (FDP), Ursula Stöckli (FDP): Grad der Partizipation und Chancengerechtigkeit in den Quartierkommissionen
20. Interpellation Michael Ruefer (GFL), Katharina Gallizzi (GB), Laura Binz (SP), David Böhner (AL): Mobility as a Service – wie gut ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer Mobilitäts-App für Bern, Basel und Zürich?
21. Postulat Fraktion GB/JA (Franziska Geiser, GB/Seraphine Iseli, GB): «Ökologisch schlöfeln auf Plastik»
22. Motion Matteo Micieli (PdA) und Raffael Joggi (AL): Für eine soziale Wohnungspolitik – Mietzinsdeckel statt Luxussanierungen

Schluss der Sitzung: 22.53 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

26.04.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

29.04.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPFER

Redaktion: Clara Rüsi